

Die neue Trumpsche Welthandelsunordnung

Fritz Breuss

Fritz.Breuss@wifo.ac.at; Fritz.Breuss@wu.ac.at

10. September 2026

Abstract

US-Präsident Trump hat seine Vorliebe für Zölle am Beginn seiner zweiten Amtszeit mit einem Zollschock eindrücklich unterstrichen. Am 2. April 2025, dem „Liberation Day“ verkündete er die Einführung von „reziproken Zölle“ mit der Begründung des „nationalen Notstandes“. Neben einer Reihe anderer spezifischen Zölle auf Aluminium, Kupfer, Stahl und Fahrzeuge läutete er eine Spirale des neuen Protektionismus ein, um das chronische Defizit in der US-Handelsbilanz zu beseitigen. Mit der Androhung immer höherer Zölle erpresste er Trade Deals mit den wichtigsten Handelspartnern (EU, Japan, Südkorea, Großbritannien). Das einzige Land, das sich dem Zolldiktat Trumps nicht beugte, war China, das einen Handelskrieg riskierte. Seit der Vergeltung auf US-Zölle im September 2026 ist Kanada das zweite Land, das sich gegen Trumps Zölle wehrt.

Anfang 2026 hob der Supreme Court alle (reziproken) Zölle auf, die mit der Begründung des nationalen Notstandes eingeführt wurden. Damit war der Kern der neuen Trumpschen Zollpolitik gescheitert. Trump kündigte daraufhin trotz einer Weiterführung seiner wunderbaren Zollpolitik (10% auf Importe aus allen Ländern) an, allerdings jetzt basierend auf anderen rechtlichen Grundlagen. Nach Ablauf der 150-Tage-Frist, gab es neue Zölle von 10%-12,5% gegen 60 Länder, die kein Einfuhrverbot für mit Zwangsarbeit hergestellte Waren durchgesetzt hatten.

Hier werden die möglichen ökonomischen Auswirkungen der neuen Trumpschen Zollpolitik in den beiden Phasen (2025 und nach dem Supreme-Court-Urteil), ermittelt mit Modellsimulationen der tatsächlichen Entwicklung der US-Wirtschaft gegenübergestellt. Es stellt sich heraus, dass das Hauptziel (Verringerung des Handelsbilanzdefizits) verfehlt wurde und die zusätzlichen Zolleinnahmen größtenteils wieder refundiert werden mussten. Außer Verunsicherung und Handelsumlenkungen war die Trumpsche Zollpolitik weder für die USA noch für die Handelspartner von Nutzen.

Keywords: Computable General Equilibrium Models; Trade Policy; Trade simulations

JEL Classification: C68; F13; F17.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Trumps Zollpolitik 2025	4
2.1 <i>Rechtliche Basis</i>	4
2.1.1 Eine kurze Geschichte der US-Zollpolitik	5
2.1.2 Sektorale Zölle	6
2.1.3 IEEPA- und reziproke Zölle	8
2.1.4 Sind Trumps Zölle optimal?	13
2.2 <i>Bilaterale Handelsabkommen</i>	16
Box 1: <i>United States of America-United Kingdom Economic Prosperity Deal</i>	16
Box 2: <i>EU-USA Framework Agreement on Reciprocal, Fair and Balanced Trade</i>	17
Box 3: <i>A Historic U.S.-Japan Framework Agreement und Technology Prosperity Deal</i>	20
Box 4: <i>Trade Deal USA-Südkorea und Technology Prosperity Deal</i>	21
Box 5: <i>US-China Handelskrieg: „Tit for Tat“</i>	21
2.3 <i>Modellsimulationen</i>	27
2.3.1 Was kann man von Modellsimulationen erwarten?	28
2.3.2 Modellvergleich mit statischen CGE-Modellen	30
2.3.3 Zwei dynamisches Modelle	39
2.4 <i>Was hat Trumps Zollexperiment gebracht?</i>	44
2.4.1 Einzige Leistung Trumps: Unsicherheit und Zerstörung	45
2.4.2 Handelsdefizitziel verfehlt	46
2.4.3 Welthandel trotz Trumps Zollschock robust	50
2.4.4 Erstaunliche Resilienz der US-Wirtschaft	54
2.4.5 Retten die Trade Deals die US-Wirtschaft?	57
2.4.6 Geldpolitische Abfederung der Zollschocks	58
3. Nach dem Supreme-Court-Urteil	59
3.1 <i>Trump sucht Ersatz</i>	61
3.2 <i>Ein Handelskrieg USA-Kanada bahnt sich an</i>	67
3.3 <i>Was bleibt von den Handelsabkommen?</i>	69
3.4 <i>Trumps handelspolitische Agenda 2026</i>	69
3.5 <i>Modellsimulationen</i>	71
4. Globale Ungleichgewichte - Lösungsansätze	75
4.1 <i>Ohnmächtige WTO hat versagt</i>	75
4.2 <i>IMF-Analysen mit vagen Empfehlungen</i>	80
4.3 <i>Koalition der Willigen</i>	82
4.4 <i>EU sucht neue Handelspartner</i>	84
5. Schlussfolgerungen	87
6. Literatur	89
7. Anhänge	93

1. Einleitung

Bereits in seiner ersten Amtszeit (2017-2021) galt für US-Präsident Donald Trump¹: *“Tariff is the most beautiful word in the dictionary”*. Trump hat den Slogan „Make America Great Again,, (MAGA), mit dem er die Präsidentschaftswahlen 2024 gewann, auch auf die Handelspolitik („America First Trade Policy“) übertragen. Die Trumpsche Zollpolitik geht schon in das zweite Jahr. Dem Ansinnen, länderweise unterschiedlich hohe „reziproke Zölle“ je nach der Höhe des bilateralen Handelsbilanzdefizits aufzuerlegen, pompös am 2. April 2025, dem „Liberation Day“ verkündet und nach heftigen Börsenreaktionen mehrfach abgemildert, hat allerdings Anfang 2026 der Supreme Court einen Riegel vorgeschoben. Er hob die wegen der Handelsbilanzdefizite laut dem International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977 mit „nationalem Notstand“ begründeten und vom Präsidenten allein per Dekret eingeführten Zölle auf, einerseits weil der IEEPA keine Zölle begründe und zum anderen, weil dafür der Kongress zuständig wäre. Damit waren auch die IEEPA-Zölle (die sogenannten „Fentanylzölle“) gegen China, Kanada und Mexiko wegen der Drogenimporte in die USA hinfällig.

Mit seiner „reziproken“ Zollpolitik hat Trump die bisher auf Regeln basierende Welthandelsordnung (WTO), wonach alle Länder gleich zu behandeln sind, verletzt. Er hat damit die Welthandelsordnung durch eine Welthandelsunordnung mit großen Unsicherheiten ersetzt². Um die neue US-Handelspolitik von US-Präsident Trump zu verstehen, muss man die seinem Handeln zugrunde liegenden strategischen Studien „Project 2025“ und den „Mar-a-Lago Accord“ heranziehen. Eines der wichtigsten Hauptziele der USA, eine ausgeglichene Handelsbilanz wird auch ausdrücklich in der neuen „Sicherheitsstrategie“³ (Seite 13) der USA vom November 2025 erwähnt. Und das alles unter dem Motto „America First“.

Das „Project 2025“⁴ startete 2022 und diente dazu, die US-Präsidentschaft durch einen konservativen Präsidenten (die Projektteilnehmer nannten keinen bestimmten Kandidaten, orientierten sich aber an Trumps früheren Aussagen) zu gewinnen. Der Plan saht eine schnelle Übernahme der gesamten US-Exekutive im Rahmen einer Maximal-Version der Theorie einer

¹ Siehe: Trump 2.0 Tariff Tracker, November 2, 2025:

<https://www.tradecomplianceresourcehub.com/2025/11/02/trump-2-0-tariff-tracker/>

² Selbst die WTO-Chefin findet, dass das „Welthandelssystem gestört ist“: Interview von Ngozi Okonjo-Iweala im ARD, 17. September 2025: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/wto-okonjo-iweala-interview-100.html>

³ Siehe: National Security Strategy of the United States of America, November 2025 (<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>).

⁴ Siehe: „Projekt 2025“ verändert die USA, ARD, 22. Oktober 2025: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-project-2025-umsetzung-100.html>; und: Wikipedia „Projekt 2025“: https://de.wikipedia.org/wiki/Projekt_2025

„einheitlichen Exekutive“ vor, die besagt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten die absolute Macht über die Exekutive haben würde – und zwar bereits mit seiner Amtseinführung. Trump exekutiert diesen Anspruch bereits dadurch, dass er Zölle gleich direkt per Dekret einführt, obwohl dafür eigentlich der Kongress zuständig wäre.

Der „*Mar-a-Lago Accord*“⁵ ist bezüglich der künftigen neuen Handelspolitik konkreter. Er verfolgt folgende Hauptziele:

- Mittels Erhebung von *Zöllen* soll die Industrie veranlasst werden, ihre Produktionsanlagen auf das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten zu verlegen; zugleich sollen die Zölle dauerhaft hohe Staatseinnahmen generieren und das Handelsbilanzdefizit beseitigen.
- *Abwertung des US-Dollars*: Durch die Schwächung des Dollars sollen US-Exporte wettbewerbsfähiger und Importe weniger attraktiv gemacht werden
- *Umschuldung der US-Staatsschulden*: Ausländische Gläubiger, darunter Europa, Japan und China, sollen dazu verpflichtet werden, US-Staatsanleihen mit längeren Laufzeiten und niedrigeren Zinsen zu akzeptieren.

Einerseits erleben die USA mit ihrer neuen Zollpolitik einen Rückfall in das imperiale Verhalten der Völker im 19. Jahrhundert, als nicht allgemeine Handelsregeln galten, sondern die Macht des Stärkeren. Mit politischem Druck lassen sich ökonomische Diktate (Zölle) durchsetzen (siehe Trade Deals). Andererseits ist das Trumpsche Verhalten auch Ausdruck einer „*Geoökonomie*“⁶ bzw. ein „Krieg mit anderen Mitteln“ (Blackwill-Harris, 2016; Felbermayr, 2022, 2025), die dadurch gekennzeichnet ist, dass mittels ökonomischer Macht politische Ziele durchgesetzt werden (z.B. der Druck auf die europäischen NATO-Staaten ihre Verteidigungsausgaben über das Ziel hinaus von 2% des BIP auszuweiten, um ihre militärische Trittbrettfahrermentalität zu beenden). Gerade der USA-EU Trade Deal (eigentlich eine Kapitulation) ist ein Musterbeispiel von Geoökonomie, ausgeübt durch die USA auf dem Rücken den vom US-Militärschutz abhängigen Europäern. Das außenpolitische Verhalten der USA seit Trump II wird vielfach als „Predatory Hegemony“ (räubersiche Hegenomie oder raubgierige Vorherrschaft) bezeichnet (siehe Walt, 2026).

Andererseits steckt hinter der Absicht, die Handelsbilanzdefizite durch hohe Schutzzölle zu beseitigen und so die heimische Wirtschaft zu stärken, eine Rückbesinnung auf das Denken

⁵ Siehe: „Wikipedia: Mar-a-Lago Accord“: https://de.wikipedia.org/wiki/Mar-a-Lago_Accord

⁶ Siehe: „Wikipedia: Geoökonomie“: <https://de.wikipedia.org/wiki/Geo%C3%B6konomie>; und: Babic (2025), Felbermayr (2022, 2025), Clayton et al (2025).

des Merkantilismus von Ludwig XIV und dessen Finanzminister Jean-Baptiste Colbert⁷ aus den 17. Jahrhundert. Als Nebeneffekt sollten die neuen Zölle dazu beitragen, das hohe Budgetdefizit, das durch das „neue schöne Steuergesetz“ vom 4. Juli 2025 (The One Big Beautiful Bill Act of 2025⁸) noch wachsen dürfte, teilweise zu finanzieren.

Die Trinität der Trumponomics von Eingriff in den internationalen Handel (Zölle), Staatsfinanzierung und Stimulierung der heimischen Wirtschaft ist nichts anderes als „Neomerkantilismus“ reloaded (Buchter, 2025). Verstand man früher unter „*Washington Consensus*“⁹ ein vom IMF und der Weltbank propagiertes und gefördertes Bündel an wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaften von verschuldeten Entwicklungsländern, wobei die „Liberalisierung der Handelspolitik“ ganz oben auf der Liste stand, so ist die erratische protektionistische und den Welthandel störende Zollpolitik Donald Trumps ein „*Washington Consensus reversed*“. Er ist eine Abkehr vom regelbasierten globalen Freihandel und eine Rückkehr zum Protektionismus, dieses Mal gewürzt durch machtpolitische Erpressung durch den „Predatory Hegemon“.

Trump benutzte die „reziproken Zölle“ auch als Instrument der Erpressung (Predatory Hegemony – „Macht geht vor Recht“), um von Handelspartnern einen für ihn vorteilhaften Handelsdeal zu erreichen. Tatsächlich „kapitulierten“ viele Handelspartner, so die EU, Japan, Südkorea, Großbritannien. Das einzige Land, das einen Handelskrieg riskierte, war China. Nach dem Urteil des Supreme Court und der Einführung neuer allgemeiner Zölle von 10% ist nicht klar, welche der bisher abgeschlossenen Trade Deals noch Bestand haben werden.

In diesem Beitrag werden die Erwartungen der neuen Trumpschen Zollpolitik in den beiden Phasen (2025 und nach dem Supreme-Court-Urteil) mittels Modellsimulationen der tatsächlichen Entwicklung der US-Wirtschaft gegenübergestellt. Es stellt sich heraus, dass das Hauptziel (Verringerung des Handelsbilanzdefizits) verfehlt wurde und die zusätzlichen Zolleinnahmen größtenteils wieder refundiert werden müssen. Außer Chaos und Handelsumlenkungen war die Trumpsche Zollpolitik weder für die USA noch für die Handelspartner von Nutzen.

⁷ Tatsächlich gibt es eine interessante historische Parallele zwischen dem Frankreich des 17. Jahrhunderts und den Vereinigten Staaten des 21. Jahrhunderts (siehe Schieritz, 2025). Colbert griff auf Zölle zurück, weil der französische Adel nicht bereit war, einen ausreichenden Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen zu leisten. Diese litten unter Kriegen und einem teuren Hofstaat. Trump steht vor einem ähnlichen Problem: Weil die Lobby der superreichen Amerikaner Steuern vermeiden wollen, beschloss Trump mit seinem „One Big Beautiful Bill Act“ vom 4. Juli 2025 Steuersenkungen, die die Staatsverschuldung in immer neue Höhen treibt, sodass er dringend auf Einnahmequellen aus Zöllen angewiesen ist.

⁸ Siehe IRS: <https://www.irs.gov/newsroom/one-big-beautiful-bill-act-of-2025-provisions#:~:text=It%20was%20signed%20into%20law%20on%20July%204%2C,significant%20effect%20on%20your%20taxes%2C%20credits%20and%20deductions.>

⁹ Siehe Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Consensus

2. Trumps Zollpolitik 2025

2.1 Rechtliche Basis

Grundsätzlich ist laut US-Verfassung der Kongress für Steuern und Finanzangelegenheiten zuständig: „*The Congress shall have Power To lay and collect Taxes, Duties, Imposts and Excises, to pay the Debts and provide for the common Defense and general Welfare of the United States*”¹⁰. Doch dieser hat einen Teil seiner Kompetenzen an die Exekutive, den Präsidenten delegiert.

Die US-Zollpolitik basiert auf mehreren Zollgesetzen. Tabelle 1 gibt einen groben Überblick über die rechtlichen Grundlagen¹¹. Eine detaillierte Darstellung der US-Handelspolitik im Jahr 2025 gibt der Bericht des United States Trade Representative (USTR, 2026) in seinem Bericht an den Kongress vom 1. März 2026. Einen Überblick über die geltenden Zölle in den USA liefert die Zollbehörde U.S. Customs and Border Protection (CBP)¹².

Tabelle 1: Legale Basis und Klassifikation der US-Zölle

Gesetz	Aktion	Betroffene Länder	Bedingungen	Grenze/Ablauf
Trade Act of 1974 Section 122	Alle Güter	Alle Länder	Große Zahlungsbilanzdefizit , große Abwertungsgefahr für den USD Präsident hat Zahlungsbilanzautorität	Maximal 15% Zusatzzölle für maximal 150 Tage
Trade Act of 1974 Sections 201-203	Solarpaneele (PV-Module) Waschmaschinen	China, 2017	Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit	Ablauf nach 4 Jahren. Ausnahmen gewährt
Trade Act of 1974 Section 301	Drohnen Polysilizium Medizinische Ausrüstung Elektroautos	China, 2018 60 Länder, Juli 2026 (10-12,5%) ("Zwangsarbeit") China, 2024 (100%)	USTR findet, dass ein Drittland US-Rechte unter einem Handelsabkommen verletzt oder die US-Wirtschaft auf unfaire Weise behindert ("Unfaire Handelspraktiken")	Ablauf nach 4 Jahren. Ausnahmen gewährt
Trade Expansion Act of 1962, Section 232	Sahl, Aluminium, Autos, Pharmaprodukte Kupfer und viele ander Güter.	Kein spezifisches Land als Ziele. Hauptsächlich China, EU, Indien, Kanada, Mexiko. Aber seit Trump II alle Länder	Department of Commerce untersucht, ob Importe dieser Güter eine Bedrohung für die US-Sicherheit darstellen ("Nationale Sicherheit")	Bis die Bedrohung beseitigt ist
Tariff Act of 1930 Smoot-Hawley Section 338	Autos, alkoholische Getränke, Milchprodukte	Kanada, 2026 (50%)	Diskriminierung US-amerikanischer Produkte	Bis die Bedrohung beseitigt ist
International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) of 1977	"Reciprocal Tariffs" Liberation Day tariffs vom 2. April 2025, modifiziert und in Kraft 7. August 2025	Alle Länder. Sonderregelungen mit jenen Ländern, mit denen es einen Trade Deal gibt	Wegen anhaltend hoher Handelsbilanzdefizite erklärt US-Präsident den "Nationalen Notstand" Suprem Court hebt am 20.2.2026 die IEEPA-Zölle auf	Ablauf nach 4 Jahren. Es sei denn, der Präsident verlängert

USTR = Office of the United States Trade Representative

Quellen: Anil (2025), USTR, Council on Foreign Relations und eigene Ergänzungen.

¹⁰ Siehe: Article I, Section 8, Clause 1 of the U.S. Constitution: <https://constitution.congress.gov/browse/article-1/section-8/>

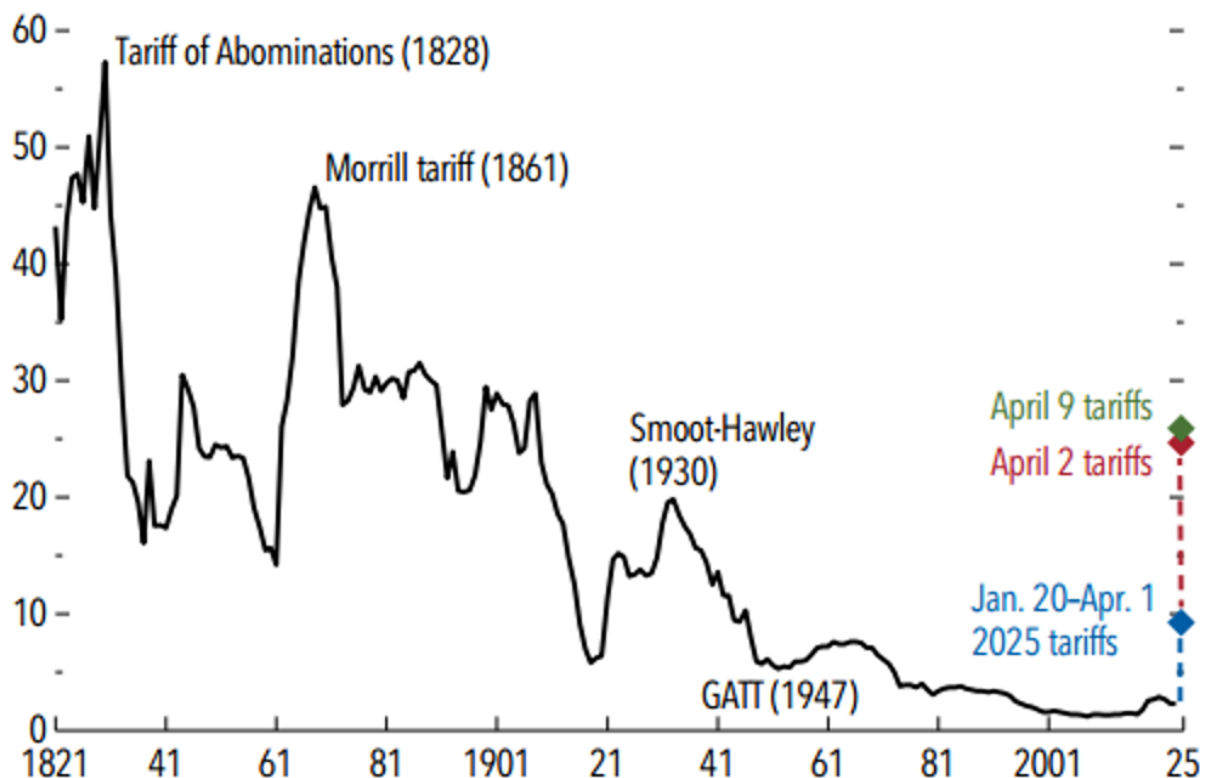
¹¹ Siehe: Office of the United States Trade Representative: "Presidential Tariff Actions": <https://ustr.gov/trade-topics/presidential-tariff-actions>

¹² Siehe: https://www.cbp.gov/sites/default/files/2026-02/U.S.%20Tariff%20Overview%20February%202026_0.pdf

2.1.1 Eine kurze Geschichte der US-Zollpolitik

Im World Economic Outlook vom April 2026 (IMF, 2026) behandelt der IMF die jüngsten Entwicklungen der US-Zollpolitik, die Schockwellen für die Weltwirtschaft aussandten. Eingebettet in den historischen Verlauf der effektiven Zollsätze in den USA zeigt sich, dass die mit dem „Liberation Day“ vom 2. April 2025 angekündigten Zölle, Höhen erklommen, die sogar die Niveaus der protektionistischen 1930er Jahre (Smoot-Hawley-Act) überschritten (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Eine Geschichte der Entwicklung der US-Zollpolitik
(Effektive Zollsätze auf alle Importe in %)



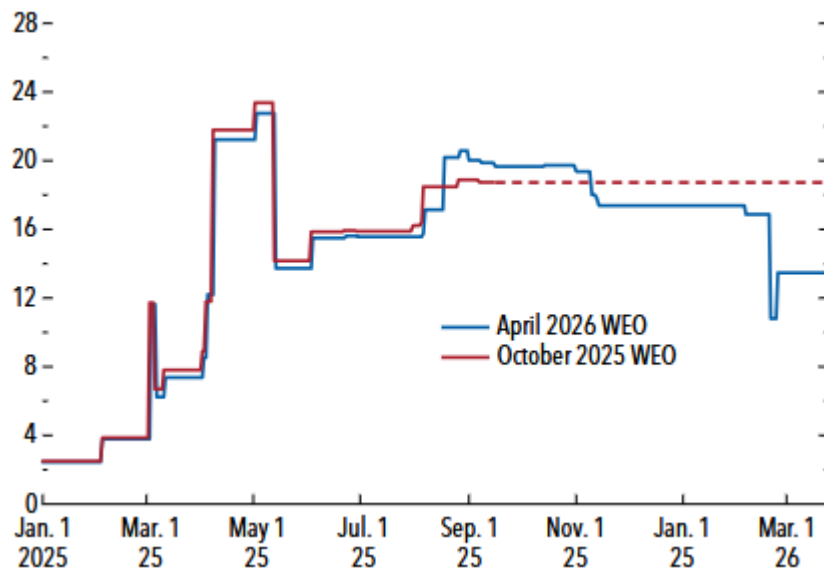
Die Zölle vom 20. Jänner – April 2025 beinhalten 20% Zölle auf Importe aus China, 25% auf Stahl und Aluminium, 25% auf Importe aus Kanada und Mexiko, 10% Zoll auf kanadische Energieimporte. Das USMCA (United States-Mexico-Canada Agreement) führt dazu, dass die Zölle für Kanada und Mexiko halbiert werden. Die Zölle des „Liberation Day“ (2. April 2025) beinhalten länderspezifische (reziproke) Zölle. Die Zölle ab 9. April 2025 inkludieren Zölle von 145% auf China-Importe und eine Reduktion der reziproken Zölle auf 10%.

Quelle: IMF (2026), S. XV (basierend auf US Bureau of the Census: Historical Statistics of the United States, 1789-1945; US International Trade Commission).

Zoomt man Abbildung 1 mit der historischen Darstellung der US-Zollpolitik hinein und greift nur das Jahr 2025 seit dem Amtsantritt von Trump II heraus, so zeigt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 2). Kurz nach dem Zollschock des „Liberation Day“ (2. April 2025)

mit der Ankündigung länderspezifischer, reziproker Zölle kam es zu einem Sprung in den effektiv gesetzlichen Zollsätzen bis zu 23%. Nach der vorübergehenden Aussetzung der reziproken Zölle und deren Revision im August 2027 sank das Zollniveau auf rund 17%, das der IMF in seinem World Economic Outlook (WEO) vom October 2025 auch für das Jahr 2026 fortgeschrieben hat. Nach dem Urteil des Supreme Courts vom Februar 2026 hat der IMF im WEO vom April 2026 eine Korrektur nach unten auf rund 12% vorgenommen.

Abbildung 2: IMF senkt US-Zollbelastung nach dem IEEPA-Urteil des Supreme Courts (Effektiv gesetzlicher Zollsatz, in %)



WEO = IMF World Economic Outlook. Der „effektive gesetzliche Zollsatz“ ist ein gewichteter Durchschnitt der bekannt gegebenen gesetzlichen Sätze, berechnet anhand der Einfuhrgewichte vor Einführung der Zölle (d. h. vor Substitution). Die Berechnungen berücksichtigen nur Zölle, die zu dem auf der x-Achse angegebenen Zeitpunkt in Kraft waren; Maßnahmen, die noch nicht festgelegt und umgesetzt wurden, sind nicht enthalten. WEO = World Economic Outlook

Quelle: IMF (2026), S. 2

2.1.2 Sektorale Zölle

Bereits unter Trump I (2017-2021)¹³ sowie unter Präsident Joe Biden (2021-2025) wurden eine Reihe von speziellen Zöllen nach dem Trade Act von 1974 (Sections 201-203 und 301) erlassen. Hauptsächlich waren davon Importe aus China betroffen (siehe Tabelle 1). Eine neue Untersuchung startete das USTR am 5. Mai 2026 nach Section 301(b) des Trade Act von 1974 wegen industrieller Überkapazitäten in folgenden Ländern: China, EU, Singapur, Schweiz, Norwegen, Indonesien, Malaysia, Kambodscha, Thailand, Korea, Vietnam, Taiwan, Bangladesch, Mexiko, Japan und Indien.

¹³ Siehe Breuss-Christen (2019).

Im Jahr 2025 hat Präsident Donald Trump eine Welle von Zöllen und Untersuchungen gemäß Section 232 eingeleitet, um die nationale Sicherheit der USA zu schützen¹⁴. Section 232 wurde durch den Trade Expansion Act von 1962 geschaffen und ermächtigt den Präsidenten, Zölle zu erheben, bis die Ergebnisse einer Untersuchung des Handelsministeriums zu den Auswirkungen der Importe auf die nationale Sicherheit vorliegen. Die Regierung von Präsident Donald Trump hat dieses Instrument bereits genutzt, um Zölle auf Aluminium (Zollsatz 50%), Stahl (50%, Ausnahme: Großbritannien 25%), Autos und Autoteile (jeweils 25%, Ausnahmen: Großbritannien 10%, EU, Japan, Korea jeweils 15%; für Autos aus Kanada und Mexiko, die nach dem USMCA-Abkommen produziert werden, gilt der 25%-Zoll nur auf jene Teile, die nicht in den USA produziert werden), Kupfer (50%), Nadel- und Schnittholz (10%) Möbel (25%; ab 2026 30% Zoll auf Polstermöbel und Stühle; Küchenschränke 50%; Ausnahme: Holzprodukte aus Großbritannien 10%; für EU, Japan, Korea gilt die Obergrenze von 15%), Lastwagen (25%), Buse (10%) zu erheben – und hat Untersuchungen gemäß Section 232 zu neun weiteren Produktarten eingeleitet: Zivile Flugzeuge und Flugzeugmotoren, pharmazeutische Produkte, Halbleiter, verarbeitete kritische Mineralien, Drohnen, Polysilizium, Windturbinen, medizinische Ausrüstung, Roboter und Industriemaschinen.

Am 2. April 2026 hat Trump eine Anpassung der Zölle nach Section 232 auf pharmazeutische Produkte und deren Bestandteile verlautbart¹⁵. Zunächst gelten auf patentierte Arzneimittel ein Zoll von 20%, der vier Jahre nach dieser Verkündung auf 100% steigen wird. Nicht betroffen sind jene Länder, mit denen die USA bereits Handelsabkommen geschlossen haben, also die EU (für die ein Maximalsatz von 15% gilt), Japan, der Republik Korea sowie der Schweiz und Liechtenstein. Dasselbe gilt für Großbritannien, wenn das pharmazeutische Abkommen mit den USA abgeschlossen ist (eine Grundsatzvereinbarung wurde am 1. Dezember 2025 erzielt). Zum einen will Trump mit dieser Verschärfung ausländische Unternehmen in die USA holen, zum anderen sind ihm seit Längerem die hohen Arzneimittelpreise in den USA (im Vergleich zu jenen in Europa) ein Dorn im Auge.

¹⁴ Siehe: Council on Foreign Relations: “A Guide to Trump’s Section 232 Tariffs, in Maps”:

<https://www.cfr.org/articles/guide-trumps-section-232-tariffs-nine-maps>

¹⁵ Siehe: The White House: Proclamations, April 2, 2026: “Adjusting Imports of Pharmaceuticals and Pharmaceutical Ingredients into the United States”: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/04/adjusting-imports-of-pharmaceuticals-and-pharmaceutical-ingredients-into-the-united-states/>

2.1.3 IEEPA- und reziproke Zölle

Die große Neuerung von Trump II war die – ohne Absprache mit dem Kongress – per Dekreten eingeführten, je nach Land unterschiedlich hohen Zölle, basierend auf dem International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977.

Auf Grundlage des IEEPA erließ Trump die sogenannten „*Fentanyl-Zölle*“ und die „reziproken Zölle“. Der illegale Drogenschmuggel von Drogen könnte noch mit einem „nationalen Notstand“ begründet werden, aber kaum die Handelsbilanzdefizite, die „reziproke Zölle“ auslösten. Wegen des illegalen Grenzübertritts von Drogen wurden am 1. Februar 2025 Zölle in Höhe von 25 % auf die meisten Waren aus Kanada¹⁶ und Mexiko¹⁷ erhoben und 10% auf Waren aus China¹⁸. Die Zölle auf USMCA-konforme mexikanische und kanadische Waren wurden schnell ausgesetzt, aber der „Fentanyl-Zoll“ auf chinesische Waren wurde im März auf 20 % erhöht¹⁹.

Mit einer großen Show vor dem Weißen Haus hat US-Präsident Trump am 2. April 2025 den „Liberation Day“ verkündet²⁰. Auf einer hochgehaltenen Tafel proklamierte er die „reziproken Zölle“. Sie waren je nach der Höhe des bilateralen Handelsbilanzdefizits gestaffelt, angefangen mit China 34%, EU 20% etc. Nach seiner Rechtsauffassung erlaubt ihm der IEEPA wegen der Handelsbilanzdefizite den „nationalen „Notstand“ auszurufen und Zölle einzuheben.

Die „*reziproken Zollsätze*“ des „Liberation Day“ (2. April 2025) wurde nach einer einfachen Formel berechnet. Sie sollten dazu führen, die bilateralen Handelsbilanzdefizite der USA zu beseitigen. Laut United States Trade Representative (USTR) Tariff Calculator²¹ lautet die Formel:

$$\Delta\tau_i = (x_i - m_i)/(\varepsilon \times \varphi \times m_i).$$

¹⁶ Siehe: The White House: Executive Order 14193 of February 1, 2025: “Imposing Duties To Address the Flows of Illicit Drugs Across Our Northern Border”: <https://www.federalregister.gov/documents/2025/02/07/2025-02406/imposing-duties-to-address-the-flow-of-illicit-drugs-across-our-northern-border>

¹⁷ Siehe: The White House: Executive Order 14194 of February 1, 2025: “Imposing Duties To Address the Situation at Our Southern Border”: <https://www.federalregister.gov/documents/2025/02/07/2025-02407/imposing-duties-to-address-the-situation-at-our-southern-border>

¹⁸ Siehe: The White House, Executive Order 14195 of February 1, 2025: “Imposing Duties To address the Synthetic Opioid Supply Chain in the People’s Republic of China”: <https://www.federalregister.gov/documents/2025/02/07/2025-02408/imposing-duties-to-address-the-synthetic-opioid-supply-chain-in-the-peoples-republic-of-china>

¹⁹ Siehe: “Wikipedia: “Tariffs in the second Trump administration”: https://en.wikipedia.org/wiki/Tariffs_in_the_second_Trump_administration

²⁰ Siehe: The White House: Executive Order 14257 of April 2, 2025: “Regulating Imports With a Reciprocal Tariff To Rectify Trade Practices That Contribute to Large and Persistent Annual United States Goods Trade Deficits”: <https://www.federalregister.gov/documents/2025/04/07/2025-06063/regulating-imports-with-a-reciprocal-tariff-to-rectify-trade-practices-that-contribute-to-large-and>

²¹ USTR Tariff Calculator: <https://tariffs.inasimonovska.com/>. Über die Sinnhaftigkeit “reziproker Zölle”, siehe: Lawrence (2025).

$\Delta\tau_i$ ist der Zollsatz auf Importe aus Land i , der dazu führen soll, dass das bilaterale US-Handelsbilanzdefizit ausgeglichen wird. x_i sind die US-Exporte nach Land i und m_i sind die US-Importe von Land i . ε ist die Elastizität der Veränderung der Handelsströme als Reaktion auf die Änderung der Zollsätze. φ ist die Rate, die angibt, wie stark sich Zollsatzänderungen auf die inländischen Preise in den USA durchschlagen (pass-through rate). Unter folgender Annahme - $\varepsilon = 4$ und $\varphi = 0.25$ – lautet die vereinfachte Formel für die bilateralen „reziproken Zölle“: Division des bilateralen Handelsbilanzsaldo mit Land i , dividiert durch die US-Importe aus Land i , multipliziert mit 100. Großzügigerweise hat Trump am „Liberation Day“ diese Sätze halbiert. Allerdings gibt es eine Untergrenze der „reziproken Zollsätze“ von 10%. Auch Länder, mit denen die USA einen Handelsbilanzüberschuss haben (wie z.B. mit Großbritannien) werden mit dem Mindestzollsatz von 10% belastet. Daraus ergab sich, basierend auf Handelsdaten von 2023, z.B. für die EU ein Zollsatz von 20%, für China 34%, für Japan 24%, für die Schweiz 31%, für Norwegen 16%, für Vietnam 46%, für Taiwan 32% und für Brasilien 10%. Für die meisten Entwicklungsländer wurde der Mindestsatz von 10% festgelegt.

Die „reziproken Zollsätze“ des Liberation Day sollten laut Trump auch Währungsmanipulationen und nicht-tarifarische Handelsbarrieren abdecken. Sie bestanden also aus einem zusätzlichen Basissatz von 10% für Importe aus allen Ländern und dem für jedes Land unterschiedlichen „reziproken“ Zollsatz laut Anhang I der Executive Order (EO) 14257²². Die Basiszölle traten am 5. April 2025 in Kraft, die länderspezifischen reziproken Zusatzzölle für 57 Länder hätten am 9. April 2025 gelten sollen. Die Ankündigung löste eine Panik an den US-Börsen (Aktien, Wertpapiere) aus. Am 9. April 2025 hat Trump die Einführung der länderspezifischen reziproken Zölle für alle Länder (außer für China²³) für 90 Tage ausgesetzt²⁴. Seither haben mehr als 75 Länder beim Weißen Haus um Verhandlungen eines Handelsdeals nachgesucht.

Mit dem Dekret (Executive Order) des US-Präsidenten vom 31. Juli 2025²⁵ wurden die im April angekündigten (später vorübergehend ausgesetzten) „reziproken Zollsätze“ für 70

²² Siehe: *Tariffs in the second Trump administration*:

https://en.m.wikipedia.org/wiki/Tariffs_in_the_second_Trump_administration

²³ China war (neben Kanada) das einzige Land, das durch Vergeltungszölle den bereits länger schwelenden Handelskrieg USA-China soweit eskalierte, dass die USA Anfang April 2025 auf chinesische Importe 145% Zölle einhob, worauf China mit Zöllen auf US-Importe von 125% antwortete. Mehr über den *China-United States trade war*, siehe: https://en.wikipedia.org/wiki/China%E2%80%93United_States_trade_war.

²⁴ Siehe: The White House, Executive Order (EO 14266), April 9, 2025: *Modifying reciprocal tariff rates to reflect trading partner retaliation and alignment*: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/04/modifying-reciprocal-tariff-rates-to-reflect-trading-partner-retaliation-and-alignment/>

²⁵ Siehe The White House: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/07/further-modifying-the-reciprocal-tariff-rates/#>

Staaten modifiziert und per 7. August 2025 in Kraft gesetzt²⁶. Sie umfassen eine Spannweite von 10% bis 50%. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der US-Zölle seit der Ankündigung der „Liberation-Day-Zölle.

Tabelle 2: USA - Reziproke Zölle und Effektiv-Zölle auf Importe aus den wichtigsten Handelspartnern (in %)

	"Liberation Day"	Modifiziert	Effektive Zölle ^{*)}		Zollsätze, gewichtet ²⁾	
	2. April 2025	31. Juli 2025 ¹⁾	Jänn 2025	Dez 2025	Jänn 2025	Dez 2025
China	34	30 ^{+/**}	10.1	29.1	12.3	37.5
EU27	20	15 ⁺	1.3	10.0	1.1	10.6
Mexiko		25 ^{&)}	0.3	9.0	0.1	14.8
Vietnam	46	20 ⁺	3.7	17.3	4.4	24.2
Japan	24	15 ⁺	1.5	11.6	1.8	16.4
Südkorea	25	15 ⁺	0.2	12.9	0.6	16.0
Taiwan	32	20 ⁺	0.9	8.2	2.2	21.4
Kanada		35 ^{&)}	0.1	6.3	0.0	9.6
Indien	26	50/18 ^{#)}	2.5	29.0	3.3	21.7
Thailand	36	19 ⁺	1.7	14.7	2.4	22.2
Schweiz	31	39/15 ⁺	0.4	6.6	0.6	4.8
Australien	10	10	0.1	6.0	0.0	7.6
Brasilien	10	50/10 ^{#)}	1.4	17.9	2.1	23.7
Großbritannien	10	10 ⁺	1.0	7.9	0.8	7.2
Rest der Welt ¹⁾	10	10				
Durchschnitt^{§)}	17.0	13.0	1.8	13.3	2.3	17.0

¹⁾ In Kraft seit 7. August 2025. Mindestzollsatz gilt auch für Länder, mit denen die USA einen Handelsbilanzüberschuss habe (z.B. Australien, Brasilien). Quelle: The White House:

<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/07/further-modifying-the-reciprocal-tariff-rates/#>

²⁾ Gewichtet mit Handelsdaten von 2024. Quelle: UN Trade & Development: Tariff dashboard – tracking the evolution of US tariffs: <https://unctad.org/topic/trade-analysis/tariffs/tariff-dashboard>

^{*)} Effektiv-Zölle: Zolleinnahmen dividiert durch Importe mal 100 (handelsgewichtet)
Quelle: Oxford Economics, Jänner 2026.

^{**)} April/Mai 2025: 139,1%

⁺⁾ Für Großbritannien, EU, Japan und China nach Trade Deal. In der Schweiz auf 15% gesenkt.

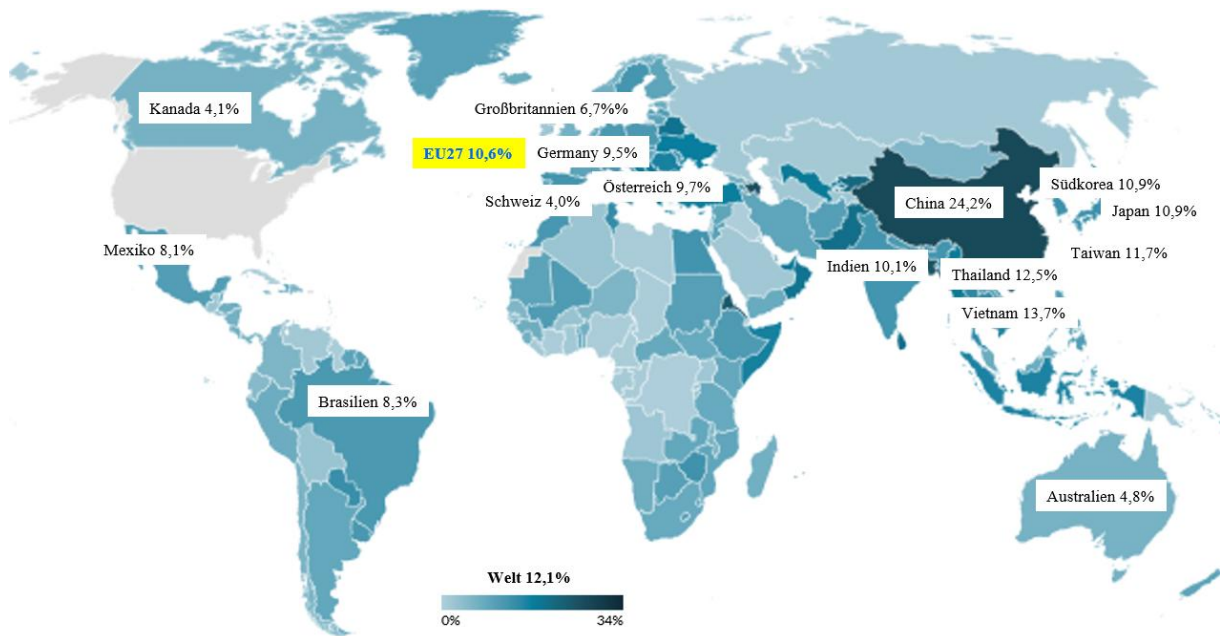
^{#)} Indien: Plus 25% wegen Kauf von Öl aus Russland ergibt einen Satz von 50%. Nach Abkommen vom 6.2.2026 gelten reziproke Zölle von 18%.

Brasilien: Plus 40% wegen Anklage gegen Expräsident Bolsonaro ergibt einen Satz von 50%. Seit 21. November 2025 wieder beseitigt. Damit gilt ein Satz von 10%.

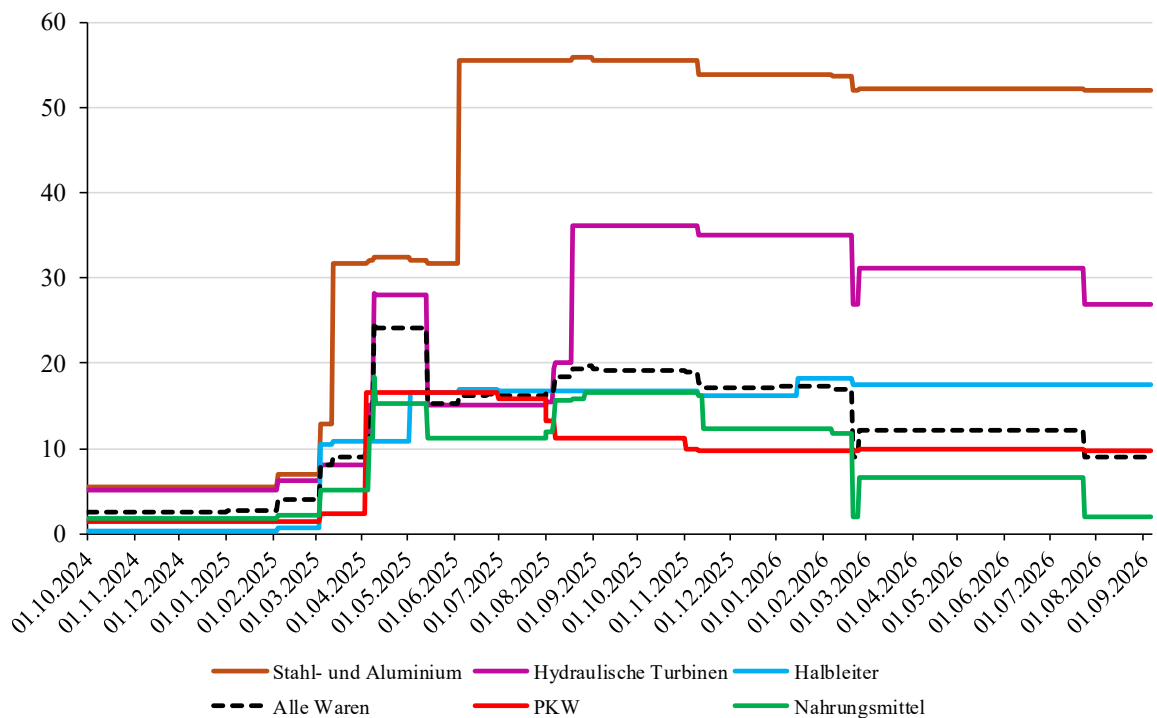
^{&)} Mexiko und Kanada Sonderregelung: Zölle nur auf Nicht-USMCA-Waren.

^{§)} USA: Einfacher Durchschnittszollsatz 2024 3,4%; landwirtschaftliche Produkte 4,7%, nicht-landwirtschaftliche Produkte 3,2% (Quelle: WTO, 2025A). Die Durchschnittswerte der „reziproken Zölle vom 2. April und 31. Juli 2025 sind handelsgewichtete Durchschnitte der gesetzlichen Zollsätze.

²⁶ Einen detaillierten Überblick über die bisherigen Etappen der US-Zollpolitik findet man auf der Webseite des PIIE (Peterson Institute for International Economics), unter Chad P. Bown (2025). Siehe auch: York-Durante (2025) und Trump 2.0 Tariff Tracker (<https://www.tradecompliancesourcehub.com/2025/09/18/trump-2-0-tariff-tracker/>). Siehe auch Hufbauer und Zhang (2025A, 2025B).

Abbildung 3: Durchschnittliche angewandte Zollsätze nach Ländern: Stand 6. April 2026

Zollsätze sind länderweise in der EU unterschiedlich, je nach Betroffenheit durch die sektoralen Zölle.
 Quelle: TPC Tariff Tracker: <https://taxpolicycenter.org/features/tracking-trump-tariffs#snapshot>

Abbildung 4: Durchschnittliche angewandte Zollsätze auf ausgewählte Produkte

Gewichtete Zollsätze mit 2024 Importvolumina.

Quelle: TPC Tariff Tracker: <https://taxpolicycenter.org/features/tracking-trump-tariffs#snapshot>

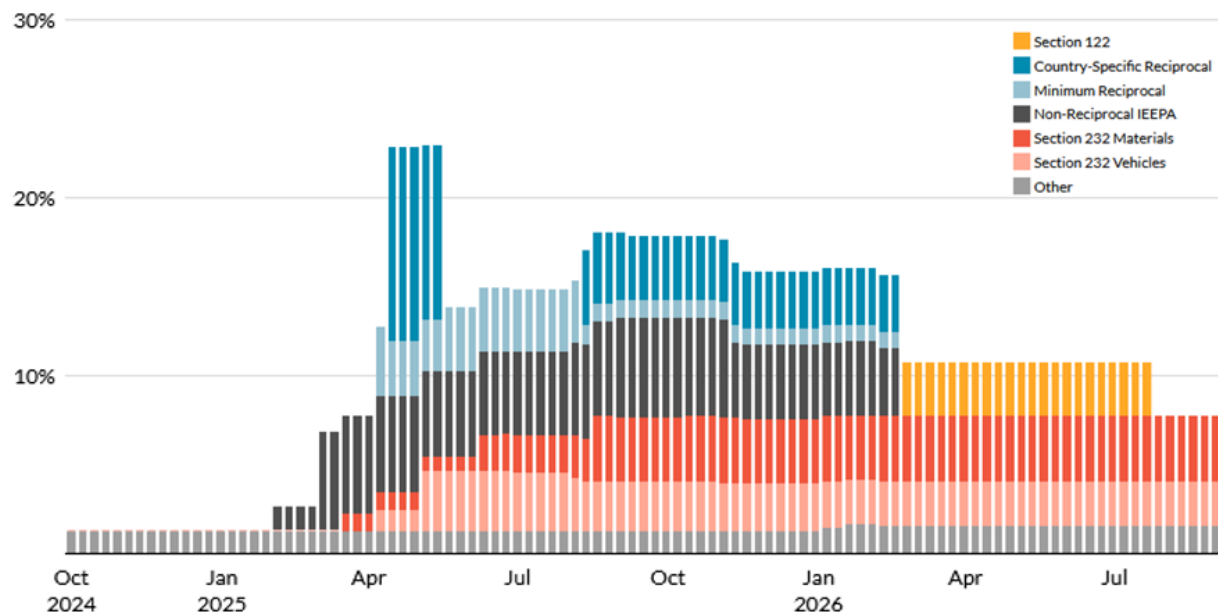
Bisher war Europa (EU27, Großbritannien und Schweiz nach dem Zollabkommen) gegenüber den asiatischen Ländern zollmäßig bevorzugt (siehe *Tabelle 2* und *Abbildung 3*).

Mit dem Auslaufen der reziproken (IEEPA) Zöllen dürfte Asien wieder mit Europa gleichziehen. Abbildung 3 zeigt die durchschnittlichen Zollsätze, wie sie das Tax Policy Center (TPC) nach dem Urteil des Supreme Court vom 20. Februar 2026 schätzt. Auch unter Einbeziehung der neu angekündigten Zölle auf Arzneimittel, dürfte der Durchschnittszollsatz bei 10% zu liegen kommen, rund 1,4% niedriger als zuvor.

In Abbildung 4 ist der zeitliche Verlauf der Trumpschen Zollpolitik für ausgewählte Produkte dargestellt. Die höchsten Zölle gibt es für die Sektoren Aluminium und Stahl, gefolgt von hydraulischen Turbinen und Halbleitern. Unter den handelsgewichteten Gesamtzollsätzen liegen jene für PKWs und Nahrungsmittel. Für Aluminium und Stahl sieht das TPC sogar für den Verlauf von 2026 eine Senkung von 50% auf 30% vor.

Die Darstellung des zeitlichen Verlaufs der Zollsätze nach Zolltypen (Abbildung 5) zeigt zunächst den hohen Anstieg der länderspezifischen „reziproken Zölle“, proklamiert am „Liberation Day“. Diese wurden dann geändert und traten erst im August 2025 in Kraft. Durch das Urteil des Supreme Courts im Februar 2026 sind sie ausgelaufen. Damit verbleiben noch die Section 122 (neue als Ersatz für die IEEPA-Zölle) sowie die Sektorzölle (Aluminium, Kupfer, Stahl, PKW etc.) nach Section 232 sowie ein Rest nach Section 203 und 301.

Abbildung 5: Angewandte Zollsätze nach Zolltypen



Quelle: TPC Tariff Tracker: <https://taxpolicycenter.org/features/tracking-trump-tariffs#snapshot>

2.1.4 Sind Trumps Zölle optimal?

Nachdem die Euphorie eines globalen und freien Welthandels bereits seit längerem abgekühlt ist und nachdem Trump seine Vorliebe für Zölle auch in die Tat umsetzt, gibt es eine Wiederbelebung der alten Debatte, ob es einen Optimalzoll gibt, der den Nutzen einer Volkswirtschaft über jenen von Freihandel zu heben imstande ist. Ein theoretischer Pionier in der Optimalzolldebatte ist Johnson (1953-1954)²⁷. Wenn das Importland groß ist und durch seine Monopsonmacht die Preise für seine Importe drücken kann, verbessern sich die Terms of Trade. Der Optimalzoll ergibt sich durch die einfache Formel: eins dividiert durch die Angebotselastizität (ε) des ausländischen Anbieters. Je kleiner (größer) ε , umso größer (kleiner) ist der Optimalzoll. Für kleine Länder (mit unendlich hoher ε) ist ein Zollsatz von null (Freihandel) optimal. Voraussetzung ist immer, dass es zu keinen Retorsionsmaßnahmen des Handelspartners kommt.

Es gibt zahlreiche empirische Schätzungen von optimalen Zöllen für die USA. Sie reichen von 14% (Irwin-Soderbery, 2021²⁸) über 19% (Ignatenko et al., 2025) bis zu 60% (Ossa, 2014) oder sogar höher, je nach Modell und zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere der Elastizität des ausländischen Angebots. Nach eigenen Schätzungen mit dem RunGTAP-Modell würden die Optimalzölle der USA für Importe von Stahl bzw. Autos z.B. aus der EU nur 5% betragen, für Importe aus einem kleinen Land wie z.B. Mexiko 10%. Der Optimalzoll ist bei einem Zollsatz erreicht, bei dem der Nutzen (die Wohlfahrt) des Importeurs maximal ist. Dabei stellt sich jeweils auch die Frage wie Nutzen bzw. Wohlfahrt definiert wird.

Auray et al. (2025) quantifizieren die makroökonomischen Auswirkungen starker Zollerhöhungen auf die Weltwirtschaft anhand eines neukeynesianischen Zwei-Länder-Modells, das auf die USA und den Rest der Welt kalibriert ist. Sie untersuchen sowohl eine einseitige Zollerhöhung um 10 Prozentpunkte als auch ein Szenario eines globalen Handelskriegs mit Vergeltungszöllen ähnlicher Größenordnung. Unter Verwendung einer Vielzahl von Annahmen bezüglich Preisbildung, Geldpolitik, Produktions- und Handelselastizitäten stellen die Autoren fest, dass Zölle in der Regel unmittelbar nach ihrer Einführung, wenn auch nicht immer, kontraktiv für den Zollsetzer (USA) sind, in den meisten

²⁷ Einige Autoren (siehe Felbermayr et al. 2013) bauen Optimalzölle in eine Melitzstruktur ein und zeigen theoretisch, dass kleine, arme Länder niedrigere Nash-Zölle einführen als große Länder. Bekkers et al. (2025) zeigen, dass die Einbeziehung der Einkommensungleichheit als Determinante der sozialen Wohlfahrt die nichtkooperativen Nash-Ergebnisse erheblich verändern kann.

²⁸ Ferry (2023) gibt einen Überblick über Studien zu optimalen US-Zöllen noch vor Trump II. Laut Irwin-Soderbery (2021) lagen die optimalen US-Zölle in den 1930er Jahren (Smoot-Hawley Act) bei 17,5%. Diese lagen sehr nahe bei den Optimalzöllen von 14% in der Periode 1988-2007. Eigene Schätzungen von Ferry (2023) mit einem GTAP-Handelsmodell ergeben, dass 35% Zölle auf Industriewaren und 15% auf nicht-industrielle Waren (Agrarwaren) zu einem Anstieg des US-BIP um 6,95% führen. Selbst bei einem Zollkrieg (Retaliation im selben Ausmaß von den Handelspartnern) würde das US-BIP immer noch um 5,95% steigen.

Fällen die Inflation erhöhen und das Handelsbilanzdefizit verringern. Langfristig wirken Zölle immer kontraktiv. Gemessen an der Wohlfahrt führt ein einseitiger US-Zoll zu Gewinnen aufgrund einer starken Aufwertung der Terms of Trade, doch diese Wohlfahrtsgewinne schwinden mit globalen Vergeltungsmaßnahmen (Handelskrieg).

Mit einem neukeynesianischen Drei-Länder-DSGE-Modell (USA, Euroraum, China) analysieren Pariès et al. (2026) die Auswirkungen des US-China-Handelskrieges von 2025 auf den nicht direkt beteiligten Euroraum. Der Handelskrieg verursachte große und asymmetrische Wohlfahrtsverluste für die USA und China, während der Euroraum vorübergehend von Handelsumlenkungen profitierte. Sobald sich die Zölle auf Waren aus dem Euroraum ausweiten, kehrt sich die Wohlfahrt in Drittländern ins Negative um und der Konjunkturrückgang in China verschärft sich. Wohlfahrtsmaximierende Vergeltungszölle des Euroraums bringen nur bescheidene inländische Verbesserungen, auf Kosten großer zusätzlicher Verluste für die USA und China. Insgesamt wirkt die Handelspolitik von Natur aus multilateral: Gewinne von Drittländern unter bilateralem Protektionismus sind kurzlebig, kehren sich um, sobald der Schutz ausgeweitet wird, und lassen sich nicht aus einer Zwei-Länder-Analyse ableiten.

Tabelle 3: Nash-Gleichgewichte der Handelskrieg zwischen den USA, EU, China und dem ROW (Wohlfahrtseffekte, gemessen in Equivalent Variation (EV) in Mio. USD)

Exporteure ↓	Importeure			
	USA	China	EU27	ROW
USA		Optimalzoll -3% EV, Mio.\$ USA: 7033 China: -20181	Optimalzoll 8% EV, Mio.\$ USA: -24339 EU27: -11883	Optimalzoll 18% EV, Mio.\$ USA: -214898 ROW: 35558
China	Optimalzoll 4% EV, Mio.\$ USA: 7033 China: -20181		Optimalzoll 4% EV, Mio.\$ EU27: 20130 China: -10312	Optimalzoll 9% EV, Mio.\$ China: -137767 ROW: 21296
EU27	Optimalzoll 5% EV, Mio.\$ USA: -24339 EU27: -11883	Optimalzoll -6% EV, Mio.\$ EU27: 20130 China: -10312		Optimalzoll 12% EV, Mio.\$ EU27: -134603 ROW: -40688
ROW	Optimalzoll 9% EV, Mio.\$ USA: -214898 ROW: 35558	Optimalzoll 1% EV, Mio.\$ China: -137767 ROW: 21296	Optimalzoll 9% EV, Mio.\$ EU27: -134603 ROW: -40688	

Nash-Gleichgewichte in gelben Boxe.

Quelle: Eigene Simulationen mit RunGTAP

Eigene Schätzungen von hypothetischen Handelskriegen zwischen USA, China, EU27 und dem Rest der Welt (ROW) werden mit einem 4x4-CGE-Modell simuliert. Es enthält vier Länder (USA, China, EU27, ROW) mit vier Sektoren (Landwirtschaft, Rohstoffe, Industrie, Dienstleistungen) und fünf Produktionsfaktoren. Verwendet wurde das CGE-Modell von

RunGTAP mit Daten von 2017. Methodisch wird so vorgegangen wie in Balistreri und Hillberry (2017). Zunächst werden die *Optimalzölle* für jeweils Paare der vier Handelsmächte ermittelt. Dies geschieht dadurch, dass ein Land (z.B. die USA) gegenüber den Handelspartnern (EU27, China und ROW) zusätzlich zu den bestehenden Basiszöllen schrittweise die Zölle (zusätzlich zu den bestehenden Zollsätzen) auf alle Importe anhebt, bis ein Maximum an Wohlfahrt (Equivalent Variation: EV) erreicht wird. Dabei darf der Handelspartner seine Zölle nicht verändern. Dieselbe Vorgangsweise wird angewandt, wenn die Handelspartner (EU27, China und ROW) ihre Zölle auf US-Importe anheben.

Als Ergebnis (siehe Tabelle 3) findet man, dass der Optimalzoll der USA gegenüber China 4% ist und jener Chinas gegenüber den USA -3%. In der übrigen Länderpaarung ergeben sich folgende Optimalzölle: Im Handel USA-EU USA 5% versus EU 8%²⁹; im Handel EU mit China EU 4% versus China -6%; im Handel USA-ROW USA 9% versus ROW 18%; im Handel EU-ROW EU 8% versus ROW 9%.

Tatsächlich liegen die gegenseitig erhobenen „reziproken“ Zölle weit über dem simulierten Optimum. Die USA erheben einen effektiven Gesamtzoll (Zolleinnahmen dividiert durch Importe) auf China-Importe von 29% (laut Oxford Economics am Ende von 2025; siehe Tabelle 2). China erhebt derzeit auf US-Importe Effektivzölle von rund 18%.

Handelskriege werden hier als simulierte Nash-Gleichgewicht interpretiert. Diese ergeben sich, wenn die jeweiligen Länder-Paare ihre Optimalzölle anwenden würden. Nash-Gewinne und -Verluste werden gemessen an den Wohlfahrtseffekten (EV in Millionen USD). Der Nash-Handelskrieg USA-China geht zugunsten der USA und zulasten Chinas aus (siehe Tabelle 3). Im Falle eines hypothetischen Handelskriegs USA-EU sind beide Verlierer. Ein Handelskrieg EU-China würde die EU gewinnen. In einem hypothetischen Handelskrieg gegenüber dem Rest der Welt (ROW) würden die USA und China verlieren und der ROW gewinnen. In einem Handelskrieg EU-ROW wären beide Verlierer.

Tatsächlich ist der gegenwärtig stattfindende Handelskrieg USA-China (siehe Box 5: 47,5% US-Zölle und 31,9% China-Zölle) für beide Länder verlustreich, weil die Zölle weit über den hypothetischen Optimalzöllen liegen.

²⁹ In einer ifo-Analyse stellen sich Kamin-Mahlkow (2025) die Frage, ob die EU auf den US-Zollschock mit eigenen Optimalzöllen antworten soll und geben gleich eine abschlägige Antwort. Nach Simulationen mit dem KITE-Modell würden die Optimalzölle der EU gegenüber den USA 9%, gegenüber China 11% und gegen anderen wichtige Handelspartner 10% betragen. Würden alle Handelspartner mit gleicher Münze, d.h. mit ähnlich hohen Optimalzöllen zurückschlagen (Handelskrieg), würde der Wohlfahrtsverlust in der EU 0,44% des BIP betragen.

2.2 Bilaterale Handelsabkommen

Die am „Liberation Day“ verkündeten „reziproken Zölle“ wurde im Lauf des Jahres 2025 mehrfach geändert. Sie dienten Präsident Trump als Drohung und Erpressung von bilateralen Trade Deals. Insgesamt gibt es laut USTR zwischenzeitlich 19 Rahmenabkommen³⁰. In den Boxen eins bis fünf werden die Inhalte der Trade Deals mit den fünf wichtigsten US-Handelspartnern (EU, Großbritannien, Japan, Südkorea and China) kurz dargestellt.

Zusätzlich haben die USA noch Rahmenabkommen (Agreements on Reciprocal Trade) mit folgenden Ländern abgeschlossen³¹: Malaysia (26.10.2025), Kambodscha (26.10.2025), Thailand (26.10.2025), Vietnam (26.10.2025), Ecuador (13.11.2025), Schweiz (14.11.2025), El Salvador (29.1.2026), Guatemala (20.1.2026), Argentinien (5.2.2026), Indien (6.2.2026), Bangladesch (9.2.2026), Taiwan (12.2.2026), Nord-Mazedonien (12.2.2026).

Mit der Executive Order vom 20.11.2025³² wurden die politisch motivierten „Strafzölle“ gegen Brasilien von zusätzlich 40% (zu den bestehenden 10%) größtenteils wieder zurückgenommen. Am 5. September 2025 hat Präsident Trump in einem Fact Sheet die modifizierten reziproken Zölle nochmals erläutert und das Prozedere zur Implementierung der Trade Deals spezifiziert³³: Zum einen wurden die am „Liberation Day“ verkündeten „reziproken Zölle“ geändert bzw. angepasst, zum anderen wurden sie unter Berücksichtigung der Trade Deals so geändert, wie in Tabelle 2 aufgelistet.

Box 1: United States of America-United Kingdom Economic Prosperity Deal

Das erste Handelsrahmenabkommens haben die USA mit Großbritannien abgeschlossen. Bereits am 8. Mai 2025 haben der britische Prime Minister und der US-Präsident einen grundlegenden Deal vereinbart¹). Die allgemeinen Bedingungen für den „*United-States of America-United Kingdom Economic Prosperity Deal (EPD Deal)*“ wurden in der Executive Order vom 16. Juni 2025 festgelegt²). Mit dem Fact Sheet wurde am 17. Juni 2025 die Implementierung des EPD Deals spezifiziert³). Dabei wurden folgende Eckpunkte vereinbart:

- Der *Basiszollsatz* (reziproker Zoll) beträgt 10% auf fast alle US-Importe aus Großbritannien (bereits der „Leberation-Day-Zoll“ vom 2. April 2025 betrug 10%).
- Auf Importe von *Aluminium und Stahl* beträgt der Zollsatz für alle Länder 50%. Nur für Großbritannien gibt es den ermäßigten Zollsatz von 25%. Diese Ausnahmen für Großbritannien wurden bereits in der Proklamation vom 3. Juni 2025 erwähnt⁴)

³⁰ Siehe: Office of the United States Trade Representative: “Presidential Tariff Actions”: <https://ustr.gov/trade-topics/presidential-tariff-actions>

³¹ Sie dazugehörigen Dekrete des US-Präsidenten mit den Zollvereinbarungen sind zu finden in: <https://ustr.gov/trade-topics/presidential-tariff-actions>.

³² Siehe: The White House, Executive Order, November 20, 2025: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/11/modifying-the-scope-of-tariffs-on-the-government-of-brazil/>

³³ Siehe: The White House, Fact Sheet: “President Donald J. Trump Modifies the Scope of Reciprocal Tariffs and Establishes Procedures for Implementing Trade Deals”, September 5, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/09/fact-sheet-president-donald-j-trump-modifies-the-scope-of-reciprocal-tariffs-and-establishes-procedures-for-implementing-trade-deals/>

- Für *Autos und Autoteile*, wurde eine Zoll-Quoten-Regelung vereinbart. Generell gilt ein Zollsatz für Autoimporte von 25%. Für Importe aus der EU und Japan gibt es eine Sonderregelung mit 15%. Für Importe aus Großbritannien gibt es eine Jahresquote von 100.000 Fahrzeugen mit einem Zollsatz von 10%.

Zusätzlich zum EPD Deal wurde anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Trump in London am 17. September 2025 ein Technologie-Abkommen geschlossen. Die Unterzeichnung des „*Technology Prosperity Deal with United Kingdom*“ wurde vom Weißen Haus am 18. September 2025 verkündet⁴⁾. Insgesamt wurde von den US-Technologie- und Finanzkonzernen Investitionen in Großbritannien von 104 Mrd. EUR über mehrere Jahre zugesagt.

¹⁾ Siehe The UK Department for Business & Trade: <https://www.gov.uk/government/publications/us-uk-economic-prosperity-deal-epd/update-on-the-uk-us-economic-prosperity-deal-epd-web-accessible-version>

²⁾ Siehe The White House, Executive Order vom 16. Juni 2025: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/06/implementing-the-general-terms-of-the-united-states-of-america-united-kingdom-economic-prosperity-deal/>

³⁾ Siehe The White House, Article Fact Sheet vom 17. Juni 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/06/fact-sheet-implementing-the-general-terms-of-the-u-s-uk-economic-prosperity-deal/>

⁴⁾ Siehe The White House, Article vom 18. September 2025: <https://www.whitehouse.gov/articles/2025/09/president-trump-signs-technology-prosperity-deal-with-united-kingdom/>

Box 2: EU-USA Framework Agreement on Reciprocal, Fair and Balanced Trade

In einer Gemeinsamen Erklärung (Joint Statement) vom 21. August 2025¹⁾ haben die US-Regierung und die Europäische Kommission die in Turnberry, Schottland mündlich zwischen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Donald Trump am 27. Juli 2025 getroffenen Vereinbarungen eines „Trade Deal“ verschriftlicht. Das Abkommen trägt nun den Titel „*EU-USA Framework Agreement on reciprocal, fair and balanced trade (FARFBT)*“. Das Abkommen ist weder reziprok noch fair, sondern asymmetrisch zum Vorteil der USA konzipiert. Es enthält die folgenden Eckpunkte:

- Die EU beseitigt alle Zölle auf Importe von Industriegütern aus den USA und gewährt präferierten Zugang für einen weiten Bereich von Agrarprodukten. Die USA verpflichten sich auf die höheren MFN-Zölle oder auf einen allgemeinen Zollsatz von 15% auf fast alle Industriewaren, inklusive Flugzeuge, Pharmazeutika und chemische Produkte ab 1. September 2025.
- Die USA werden die bisherigen 25%-Zölle auf *Autos und Autoteile* auf 15% senken, sobald die EU die versprochene Beseitigung aller Zölle auf US-Importe in Kraft setzt. Die US-Regierung hat am 24.9.2025 akzeptiert²⁾, dass die EU die notwendigen rechtlichen Schritte (die Europäische Kommission hat am 28.8.2025 Vorschläge für zwei Verordnungen zur Eliminierung der Zölle auf Importe aus den USA auf den Weg gebracht³⁾ vorgenommen hat und hat die Zölle auf Importe von Autos und Autoteilen aus der EU rückwirkend ab 1. August 2025 von bisher 27,5% auf 15% gesenkt.
- Für *Stahl, Aluminium und Kupfer*, sowie deren abgeleiteten Produkte verbleiben die 50% Zollsätze.
- Die in Schottland vereinbarten *Zusatzvereinbarungen* seitens der EU - 750 Mrd. USD an Energie bis 2028 zu kaufen, sowie 600 Mrd. USD and FDIs bis 2028 in den USA zu tätigen - verbleiben. Zusätzlich wurde eine neue Verpflichtung aufgenommen, nämlich den Kauf von militärischen Gütern von den USA.
- Neu wurden in das FARFBT die Bedenken der USA aufgenommen bezüglich der Anwendung des CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism), die CSDDD (Corporate Sustainability Due Diligence Directive), und die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive). Die USA fordern in der Anwendung dieser EU-Regularien mehr „Flexibilität“.
- Eine isolierte Simulation des EU-USA Trade Deals (FARFBT) mit der CGEBox ergibt folgende Ergebnisse für die betroffenen Partner:

	BIP, real		Wohlfahrt	
	%		% BIP	
USA	-0.06		0.01	
EU	-0.05		-0.23	
	Exporte %			
	USA	EU	Welt	
USA nach ..		0.65	-1.62	
EU nach ..	-34.58		-0.34	

Das reale BIP von EU und USA wird kaum beeinträchtigt. Die USA können ihre Wohlfahrt sogar noch leicht steigern, während jene der EU sinkt. Durch den Zollabbau der EU gegenüber den USA exportieren die USA etwas mehr in die EU. Die hohen US-Zölle (reziproke und sektorale) gegen die EU führt zu starken Einbußen der EU-Exporte in die USA.

-
- ¹⁾ Siehe die Europäische Kommission: https://policy.trade.ec.europa.eu/news/joint-statement-united-states-european-union-framework-agreement-reciprocal-fair-and-balanced-trade-2025-08-21_en; und The White House: <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/2025/08/joint-statement-on-a-united-states-european-union-framework-on-an-agreement-on-reciprocal-fair-and-balanced-trade/>. Für eine Kritik am Abkommen, siehe: Evenett (2025).
- ²⁾ In einer Federal Register notice hat das Commerce Department and U.S. Trade Representative Office bekannt gegeben, dass es das Zollschemata für Importe aus der EU entsprechend dem TBABT geändert hat, das die Basiszollsätze für die meisten Importe aus der der EU, inklusive Autos senkt: <https://public-inspection.federalregister.gov/2025-18660.pdf>. Diese Entscheidung basiert auf der am 5. September 2025 von Präsident Trump verkündeten Änderung der reziproken Zölle und Errichtung des Prozederes für die Implementierung von Trade Deals: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/09/fact-sheet-president-donald-j-trump-modifies-the-scope-of-reciprocal-tariffs-and-establishes-procedures-for-implementing-trade-deals/>
- ³⁾ *Verordnung 1* (COM(2025) 471 betrifft die Anpassung der Zölle von Importen von bestimmten Waren aus den USA sowie die Einrichtung von Zollquoten. Für Waren in Anhang I gelten Zölle von 0%. Eröffnung von Zollkontingenten für bestimmte US-amerikanische Meeresfrüchte und nicht sensible landwirtschaftliche Erzeugnisse (<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/EU/30966>). *Verordnung 2* (COM(2025) 472 betrifft die Nicht-Anwendung von Zöllen auf Importe bestimmter Produkte aus den USA. Verlängerung der zollfreien Behandlung von Hummer, jetzt auch von verarbeitetem Hummer (<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/EU/30965>).

Am 26. März 2026 verabschiedete das Europäische Parlament (EP) mehrheitlich seine Position zu zwei Vorschlägen von Rechtsakten (ein Rechtsakt betrifft die Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den USA und Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den USA; der zweite Rechtsakt betrifft die Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhr bestimmter Waren) zur Umsetzung der zollrechtlichen Aspekte des *EU-US-Handelsabkommens von Turnberry* am 27. Juli 2025³⁴. Die angenommenen Texte sehen vor, dass - sofern mit den EU-Mitgliedstaaten eine Einigung darüber erzielt wird - die meisten Zölle auf US-Industrieprodukte abgeschafft und einem breiten Spektrum von US-Meeresfrüchten und

³⁴ Siehe:

https://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/2026/3/press_release/20260323IPR38830/20260323IPR38830_de.pdf; Das Turnberry-Abkommen wurde am 25. August 2025 in einer *gemeinsamen Erklärung* dargelegt. Am 28. August veröffentlichte die Kommission zwei Legislativvorschläge zur Umsetzung bestimmter zollrechtlicher Aspekte der Einigung. Der erste *gewährt US-Waren bevorzugten Zugang zur EU*; der zweite erweitert die bestehende Zollbefreiung für *Einfuhren bestimmter Arten von Hummer*.

Agrarprodukten ein bevorzugter Marktzugang gewährt werden. Dazu hat das EP folgende Bedingungen formuliert:

- *Aussetzungsklausel*: Zollpräferenzen werden ausgesetzt, wenn die USA zusätzliche Zölle einführen, die 15% übersteigen; oder wenn EU-Mitgliedstaaten diskriminiert werden oder ihre territoriale Integrität, Außen- und Sicherheitspolitik bedroht wird (siehe Grönland-Fall).
- *Sunrise-Klausel*: Die Zollpräferenzen für US-Exporte von Stahl, Aluminium werden sechs Monate nach Inkrafttreten der Verordnung außer Kraft gesetzt, sofern die USA die Zölle auf EU-Erzeugnisse nicht von 50% auf 15% senken.
- *Sunset-Klausel*: Die Zollpräferenzen sollten am 31. März 2028 auslaufen.
- *Schutzmechanismus*: Die Kommission soll die Auswirkungen der neuen Vorschriften überwachen, und könnte die neuen Zölle vorübergehend aussetzen, sollten die Einfuhren aus den USA ein Niveau erreichen, das der EU-Industrie ernsthaften Schaden zufügen könnte, beispielsweise im Falle eines Anstiegs der Einfuhren einer bestimmten Produktgruppe um 10%.

Nun wird das Europäische Parlament Verhandlungen mit den EU-Regierungen über die endgültige Ausgestaltung der Rechtsvorschriften aufnehmen.

Am 25. Juni 2026 hat der Europäische Rat³⁵ – nachdem zuvor das Europäische Parlament am 16. Juni 2026 grünes Licht gegeben hatte³⁶ - zwei Verordnungen zur Umsetzung der in der Gemeinsamen Erklärung der EU und der USA vom 21. August 2025 festgelegten Zollverpflichtungen förmlich angenommen. Es handelt sich um die Verordnung 1³⁷ (Null Zölle auf EU-Einfuhren aus den USA und 15% Zölle auf US-Einfuhren aus der EU) und die sogenannte „Lobster-Verordnung 2³⁸ (Zollfreikontingente für einige agrarische Produkte). Die Beide Verordnungen traten am 1. Juli 2026 in Kraft. Verordnung 1 gilt vom 1. August 2025 bis zum 31. Juli 2030. Die Verordnung 2 gilt vom 1. Juli 2026 bis zum 31. Dezember 2029.

³⁵ Siehe Europäische Rat vom 25.6.2026: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/06/25/eu-us-trade-council-gives-final-approval-for-the-tariff-commitments-under-joint-statement/>

³⁶ Siehe Europäisches Parlament: 16.6.2026: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260611IPR45206/handelsabkommen-der-eu-mit-den-usa-parlament-gibt-grunes-licht>

³⁷ Siehe: Verordnung (EU) 2026/1461 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2026 über die Nichtanwendung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren, ABL der EU L vom 30.6.2026: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202601455

³⁸ Siehe: Verordnung (EU) 2026/1455 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2026 zur Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Eröffnung von Zollkontingenten für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika, ABL der EU L vom 30.6.2026: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202601455

Die Kommission überwacht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Anpassung der Zölle und der Eröffnung der Zollkontingente und unterrichtet die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat über die Veränderungen des Handelsvolumens und des Handelswerts der Einfuhren.

Box 3: A Historic U.S.-Japan Framework Agreement und Technology Prosperity Deal

Am 22. Juli 2025 erzielten die USA und Japan ein Rahmenabkommen über die künftigen Handelsbeziehungen. Mit der Executive Order vom 4. September 2025 wurde das „*United States-Japan Agreement*“ implementiert¹⁾. Mit dem Fact Sheet („*A Historic U.S.-Japan Framework Agreement*“) vom 5. September 2025 wurden die im Rahmenabkommen getroffenen Vereinbarungen näher spezifiziert²⁾:

- Der *Basiszollsatz* (reziproker Zoll) beträgt 15% auf fast alle US-Importe aus Japan (der „*Liberation-Day-Zoll*“ vom 2. April 2025 betrug 24%).
- Japan wird für die amerikanische Industrie den *japanischen Markt* für folgende Produkte *öffnen*: Flugzeuge, Landwirtschaft (Reis, Korn, Sojabohnen, Bioäthanol), Nahrungsmittel, Energie, Autos im Ausmaß von 15 Mrd. USD pro Jahr.
- *FDIs in den USA*: Die japanische Regierung hat Investitionen in den USA im Ausmaß von 550 Mrd. USD zugesagt.
- Auf Importe von *Aluminium, Kupfer und Stahl* beträgt der Zollsatz für alle Länder 50%.
- Für *Autos und Autoteile*, die in Japan hergestellt werden, gelten Zölle von 15%. Generell gilt ein Zollsatz für Autoimporte von 25% für alle übrigen Länder (ausgenommen GB und die EU).
- Anlässlich des Japan-Besuchs von Präsident Trump am 28.10.2025 wurde ein Memorandum of Cooperation (MOC)³⁾ unterzeichnet, das das bisherige Handelsabkommen und den *Technology Prosperity Deal (TPD)*⁴⁾ zwischen Japan und Korea ergänzt. Es geht dabei um die Kooperation in modernen Technologien wie Künstliche Intelligenz, Forschungssicherheit, Weltraumtechnologie, Ausbau G6-Netze, sichere Lieferketten in Biotechnologie, Quanteninformationstechnologie, Fusionsenergie.
- Als Ergänzung zur Zusage Japans, in den USA FDIs im Wert von 550 Mrd. USD vorzunehmen, wurde am 28.10.2025 folgende Punkte vereinbart⁵⁾: Stärkung der US-Industrie und seiner Exporte durch die im *U.S.-Japan Framework Agreement* zugesagten Investitionen in kritische Energieinfrastruktur wie kleine Atomreaktoren (332 Mrd. USD); KI-Infrastruktur (30 Mrd. USD), Elektronik und Lieferketten (15 Mrd. USD), Investitionen in kritische Mineralien (3 Mrd. USD), Logistik (0,6 Mrd. USD). Stärkung der Lieferketten und wirtschaftlich Sicherheit: Diversifizierung des Zugangs zu kritischen Mineralien. Kampf gegen illegale Drogenverkehr. Betonung der US-Japan-Führerschaft in fortgeschrittener Technologie im MOC.

¹⁾ Siehe: The White House, Executive Order (EO 14345): Implementing the United States-Japan Agreement, September 4, 2025: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/implementing-the-united-states-japan-agreement/>

²⁾ Siehe The White House, Fact Sheet: President Donald J. Trump Implements A Historic U.S.-Japan Framework Agreement, September 5, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/09/fact-sheet-president-donald-j-trump-implements-a-historic-u-s-japan-framework-agreement/>

³⁾ Siehe: The White House: “Memorandum of Cooperation Regarding the Technology Prosperity Deal Between the Government of the United States of America and the Government of Japan, October 2025: <https://www.whitehouse.gov/articles/2025/10/u-s-japan-technology-prosperity-deal/>

⁴⁾ Siehe: The White House: Articles: “The United States Sign Technology Prosperity Deals with Japan and Korea”, October 29, 2025: <https://www.whitehouse.gov/articles/2025/10/the-united-states-signs-technology-prosperity-deals-with-japan-and-korea/>

⁵⁾ Siehe: The White House, Fact Sheet: “President Donald J. Trump Drives Forward Billions in Investments from Japan”, October 28, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/10/28195/>

Box 4: Trade Deal USA-Südkorea und Technology Prosperity Deal

Die modifizierten reziproken Zölle betragen für Südkorea seit 7. August 2025 15%³⁹.

Auf seiner Asienreise hat Präsident Trump am 29. Oktober 2025 mit Südkorea mehrere Handelsvereinbarungen getroffen:

- Wie mit Japan, wurde auch mit Südkorea ein *Technology Prosperity Deal*¹⁾ abgeschlossen.
- Investitionen in den USA²⁾: Korean Air wird 103 neue Boeing-Flugzeuge im Wert von 36,2 Mrd. USD kaufen und damit bis zu 135.000 Arbeitsplätze in den USA sichern. Um diese neuen Flugzeuge anzutreiben, wird Korean Air in einem separaten Geschäft im Wert von 13,7 Mrd. USD auch hochmoderne Triebwerke von GE Aerospace kaufen.
- Gaskäufe aus den USA: Die Korea Gas Corporation unterzeichnete Vereinbarungen über den Kauf von rund 3,3 Mio. Tonnen US-Flüssigerdgas (LNG) pro Jahr im Rahmen langfristiger Verträge. Koreanische Firmen unterstützen den Ausbau der Urananreicherungskapazitäten in Ohio. Die LS Group hat zugesagt, bis 2030 3 Mrd. USD in die US-Stromnetzinfrasturktur zu investieren. Die US-Tochtergesellschaft von LS Cable, LS Greenlink baut derzeit eine 681 Mio. USD US-Dollar teure Produktionsstätte in Virginia.
- Unterstützung der US-Führerschaft in moderner Technologie: Der Schwerpunkt liegt auf US-Exporten im Bereich KI, KI-Standards, KI-Einführung, Forschungssicherheit, 6G, Biotech-Lieferketten und Quanteninnovation.
- Schiffbaupartnerschaft: HD Hyundai und Cerberus Capital Management werden gemeinsam ein 5-Milliarden-Dollar-Investitionsprogramm zur Modernisierung amerikanischer Werften, zur Stärkung der Lieferketten und zur Anwendung neuer Technologien wie autonomer Navigation, Digitalisierung und Automatisierung durchführen.
- Zusätzlich wurde am 29.10.2025 ein Memorandum of Understanding (MOU) in Sachen KI unterzeichnet³⁾.

1) Siehe: The White House: Articles: "The United States Sign Technology Prosperity Deals with Japan and Korea", October 29, 2025: <https://www.whitehouse.gov/articles/2025/10/the-united-states-signs-technology-prosperity-deals-with-japan-and-korea/>

2) Siehe: The White House, Fact Sheet: "President Donald J. Trump Brings Home More Billion Dollar Deals During State Visit to the Republic of Korea", October 29, 2025: Implements A Historic U.S.-Japan Framework Agreement, September 5, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/10/fact-sheet-president-donald-j-trump-brings-home-more-billion-dollar-deals-during-state-visit-to-the-republic-of-korea/>

3) Siehe: The White House: "Memorandum of Understanding Between the Government of the United States of America and the Government of the Republic of Korea regarding the U.S.-ROK Technology Prosperity Deal", October 29, 2025: <https://www.whitehouse.gov/articles/2025/10/u-s-korea-technology-prosperity-deal/>

Box 5: US-China Handelskrieg: „Tit for Tat“

Bereits kurz nach US-Präsident Trump am 2. April 2025 („Liberation Day“) reziproke Zölle angekündigte, hat sich China als einziges Land getraut, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Da sich China als gleichwertige wirtschaftlich und politisch von den USA unabhängige Weltmacht empfindet, wagte es China – nicht zum ersten Mal, sondern bereits unter Trump I – die USA in einem Handelskrieg herauszufordern. Dies führte zu einer Zolleskalation von US-Zöllen bis zu 145% auf chinesische Importe, die von China mit Zöllen von 125% auf US-Importe beantwortet wurden. Am 12. Mai 2025, haben sich die USA und China bei ihrem Wirtschaftstreffen in Genf darauf geeinigt, gegenseitige Zusatzzölle teilweise für einen vorerst befristeten Zeitraum von 90 Tagen auszusetzen, eine Frist die – in der Hoffnung auf einen Trade Deal - wieder verlängert wurde. Die US-Zölle wurden auf 30% reduziert.

³⁹ Am 27.1.2026 kündigte Trump an, die vereinbarten Zölle von 15% auf 25% zu erhöhen, weil sich Korea nicht an das Handelsabkommen halte: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-zoelle-trump-bestaft-suedkorea-fuer-langsame-umsetzung-des-zolldeals/100194982.html>

Im Handelskonflikt USA gegen China geht es aber nicht mehr nur um einen Zollkrieg. Im Vordergrund steht der Kampf um die Weltführerschaft auf dem Gebiet der Hochtechnologie (Computer, Chips, künstliche Intelligenz). Die USA haben schon unter Trump I versucht, das Streben Chinas nach der Vorherrschaft bei IT durch Exportbeschränkungen von Hochleistungschips zu bremsen. Die Politik wurde von Präsident Biden fortgeführt und unter Trump II verschärft. Während in den USA das Department of Commerce die Exportbeschränkungen betreibt, macht dies in China die State Administration for Market Regulation (SAMR), die Antimonopolbehörde. Bereits am 4. April 2025 hat China als Antwort auf Trumps reziproken Zölle mit der Beschränkung des Exports von sieben Seltenen Erden geantwortet. Nach der Verschärfung der Entity List durch das Bureau of Industry and Security (BIS) des U.S. Department of Commerce (auch BIS Entity List oder MEU List genannt) am 29.9.2025¹⁾ reagierte China mit der Verschärfung bzw. Ausweitung der Exportbeschränkung der Zahl der wichtigsten Seltenen Erden von 7 auf 12 von insgesamt 17. Nunmehr sind solche darunter (wie Dysprosium und Terbium), die nur schwer ersetzbar sind²⁾. Die Beschränkungen gelten ab 1. Dezember 2025. Wer diesen Handelskrieg gewinnt ist offen. The Economist glaubt, dass China die Nase vorne hat³⁾. Daniel Gros⁴⁾ hingegen glaubt, dass sich China hier ein Eigentor schießt. Laut Gros haben die Chinesen nur bei unverarbeiteten seltenen Erden eine Monopolstellung. Viel wichtiger sind seltene Erden in einer zweiten Form als Seltenerdenverbindungen. Diese sind für die Industrie viel wichtiger. Und hier haben die USA einen großen Überschuss. China ist bei den Seltenerdenverbindungen wiederum stark von den USA abhängig. Ein Boykott Chinas bei den rohen seltenen Erden würde daher mit einem Boykott der USA bei Seltenerdenverbindungen beantwortet werden. Und hier wäre China ein Verlierer. China schießt also beim Boykott roher seltener Erden ein Eigentor.

Daraufhin kündigte am 11. Oktober 2025 Präsident Trump die Einführung von 100% Zusatzzöllen auf alle chinesischen Importe ab 1. November 2025 an⁵⁾. Nach dem sofortigen Kurssturz an den US-Börsen ruderte Trump zurück.

Hier wird beispielhaft ein Szenario mit dem CGE-Handelsmodell von CGEBox simuliert, in dem beide Handelspartner, die USA und China jeweils ihre Importzölle auf alle Nicht-Dienstleistungsimporte auf 100% setzen. Die Zölle aller anderen Länder bleiben unverändert.

	BIP, real	Wohlfahrt	
	%	% BIP	
USA	-0.53	-0.61	
China	-0.54	-1.08	
EU	0.04	0.13	
	Exporte %		
	USA	China	EU
USA nach ...		-68.06	2.07
China nach ...	-94.24		22.04
EU nach ...	16.01	-3.86	0.03

Beide Handelsrivalen würden sowohl Einbußen im realen BIP, als auch in der Wohlfahrt erleiden. Die bilateralen Exporte würden dramatisch einbrechen. Seitens China würde es zu Handelsverlagerungen auf den EU-Binnenmarkt kommen. Die EU könnte ihre Exportverluste mit China durch eine Umlenkung in die USA kompensieren.

Jede Seite spielt ihre Monopolstellung in bestimmten Bereichen (USA KI-Chips; China Selten Erden) aus, was zu einer für die IT-Branche verheerenden Mengenbeschränkung global führen kann. Die gegenseitigen Mengenbeschränkungen ähneln jenen von CoCom in Zeiten des Kalten Kriegs⁶⁾. Nur ging es damals (einseitig) darum, dem Ostblock technologisch wichtige Exportgüter vorzuenthalten. Die gegenseitigen Exportbeschränkungen USA-China sind nicht freiwillig, wie im Falle der voluntary export restraints (VER) von 1981 im Falle der PKW-Exporte Japans in die USA (siehe Breuss, 2003, S. 289-291), sondern werden gegenseitig strategisch zur Mengenbeschränkungen von für die moderne Industrieprodukten essenziellen Vorprodukten des jeweiligen Landes eingesetzt. Da es sich um die zwei wichtigsten Welthandelsmächte der Welt handelt, könnte diese Handelspolitik viel dramatischer sein als jene mit Zöllen⁷⁾.

Nach dem Treffen von Trump mit Xi Jinping am 30. Oktober 2025 im südkoreanischen Busan kam es zu einer vorübergehenden Handelsvereinbarung USA-China, veröffentlicht am 1. November 2025⁸⁾. Die wichtigsten Punkte sind:

- Aufhebung des am 9.10.2025 verhängten Exportverbots von seltenen Erden. China wird allgemeine Lizenzen für den Export von Seltenen Erden, Gallium, Germanium, Antimon und Graphit zugunsten von US-Endverbrauchern und deren Lieferanten weltweit ausstellen. Die allgemeine Lizenz bedeutet die faktische Aufhebung der Kontrollen, die China im April 2025 und Oktober 2025 verhängt hatte.
- China stoppt die (illegale) Ausfuhr von Fentanyl.
- China wird alle seit dem 4. März 2025 angekündigten Vergeltungszölle aussetzen. Dies umfasst Zölle auf eine Vielzahl von US-Agrarprodukten: Hühnerfleisch, Weizen, Mais, Baumwolle, Sorghum, Sojabohnen, Schweinefleisch, Rindfleisch, Fischereierzeugnisse, Obst, Gemüse und Milchprodukte.
- China wird alle seit dem 4. März 2025 gegen die Vereinigten Staaten ergriffenen nichttarifären Vergeltungsmaßnahmen aussetzen oder aufheben, einschließlich der Aufnahme bestimmter amerikanischer Unternehmen in Chinas Listen der Endnutzer und unzuverlässigen Unternehmen.
- China wird in den letzten beiden Monaten des Jahres 2025 mindestens 12 Millionen Tonnen (MMT) US-Sojabohnen kaufen und außerdem in den Jahren 2026, 2027 und 2028 jeweils mindestens 25 MMT US-Sojabohnen erwerben. Darüber hinaus wird China den Kauf von US-Sorghum und Hartholzstämmen wieder aufnehmen.
- China wird geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Wiederaufnahme des Handels aus den Werken von Nexperia in China sicherzustellen, damit die Produktion wichtiger Legacy-Chips in den Rest der Welt fließen kann.
- Die USA werden die Zölle auf chinesische Importe, die zur Eindämmung des Fentanyl-Handels eingeführt wurden, mit Wirkung zum 10. November 2025 um 10 Prozentpunkte des kumulativen Satzes senken und die Aussetzung der erhöhten Gegenzölle (34% reziproker Zoll) auf chinesische Importe bis zum 10. November 2026 aufrechterhalten. Der derzeitige Gegenzollsatz von 10 % bleibt während dieser Aussetzungsfrist in Kraft. Seit 12. Mai 2025 pausiert der Zollstreit mit China. Seit diesem Tag gilt ein Zollsatz von 30% auf Warenimporte aus China (setzt sich zusammen aus den seit Februar gültigen 20% Zöllen auf Basis der Fentanylkrise und der seit Anfang Mai gesenkten reziproken Zöllen von 10 %. Am 11. August wurde die Pause nochmals bis zum 11. November 2025 verlängert (Executive Order vom 11.8.2025). Die Zölle gelten zusätzlich zu allen anderen Zöllen, Gebühren, und Abgaben, die auf die betreffenden Einfuhren erhoben werden wie z.B. den seit längerem bestehenden Section 301 Zöllen, die zwischen 7,5 % und 25 % liegen. Insgesamt lagen die US-Zölle auf chinesische Importe bis zum jüngsten Treffen Trump- Xi Jinping bei 57%. Nach dem 1.11.2025 werden sie für ein Jahr auf 47,5% gesenkt. Die Zölle Chinas auf US-Importe liegen laut PIIE seit November bei 31,9%, jene der USA gegenüber Drittstaaten bei 18,5% (jene Chinas für den Rest der Welt bei 6,5%)⁹⁾. Diese Zölle betreffen alle Güterimporte.
- Die USA werden die Geltungsdauer bestimmter Zollbefreiungen gemäß Section 301, die am 29. November 2025 ausgelaufen sind, bis zum 10. November 2026 verlängern.
- Die USA werden die Umsetzung der vorläufigen endgültigen Regelung mit dem Titel „Ausweitung der Endnutzerkontrollen auf verbundene Unternehmen bestimmter gelisteter Unternehmen“ (*Expansion of End-User Controls to Cover Affiliates of Certain Listed Entities*) ab dem 10. November 2025 für ein Jahr aussetzen.
- Die USA werden die Umsetzung der gemäß der Untersuchung nach Section 301 ergriffenen Gegenmaßnahmen gegen Chinas Bestrebungen, eine Vormachtstellung in den Bereichen Seeverkehr, Logistik und Schiffbau zu erlangen, ab dem 10. November 2025 für ein Jahr aussetzen. In der Zwischenzeit werden die Vereinigten Staaten gemäß Section 301 Verhandlungen mit China führen und gleichzeitig ihre historische Zusammenarbeit mit der Republik Korea und Japan zur Wiederbelebung des amerikanischen Schiffbaus fortsetzen.
- 15.1.2026: USA verhängen 25% Zölle auf bestimmte Computerchips. Betroffen sind unter anderem der KI-Prozessor H200 von Nvidia und der Halbleiter MI325X von AMD.
- Für Importe von *Elektrofahrzeugen (EVs)* aus China gilt immer noch der von Präsident Biden am 24.9.2024 eingeführte prohibitive Sonderzoll von 100%. Dadurch gibt es

praktisch keine chinesischen EVs mehr auf dem US-Markt. Die derzeit geltenden 25%-Zölle auf Autos gelten für die restlichen chinesischen Autos.

- Eine isolierte Simulation des USA-China-Handelskriegs (derzeit erheben laut PIIE die USA Zölle auf Warenimporte aus China von 47,5%, China auf Importe aus den USA 31,9%) mit der CGEBox ergibt folgende Ergebnisse für die betroffenen Partner:

	BIP, real	Wohlfahrt	
	%	% BIP	
USA	-0.38	-0.42	
China	-0.37	-0.86	
	Exporte %		
	USA	China	Welt
USA nach ..		-51.97	-3.64
China nach ..	-85.17		-3.79

Das reale BIP dürfte sowohl in den USA als auch in China um rund 0,4% schrumpfen, die Wohlfahrt in China stärker als in den USA sinken. Der bilaterale Handel ist stark betroffen.

-
- ¹⁾ Die Entity List ist eine Exportbeschränkungsmaßnahme, die ausländische Personen, Unternehmen oder Regierungen betrifft, die die nationale Sicherheit gefährden könnten. Durch die Ausweitung der Liste unterliegt jedes Unternehmen, das zu mindestens 50% im Besitz eines Unternehmens der Entity List steht, automatisch der Exportlizenzbeschränkung der BIS Entity List/MEU (Military End-User List). Siehe: <https://www.bis.gov/press-release/department-commerce-expands-entity-list-cover-affiliates-listed-entities>. Das jüngste drastische Beispiel ist der Fall Nexperia. Die USA übten auf die niederländische Regierung Druck aus, der in den Niederlanden ansässige Chiphersteller Nexperia zu verstaatlichen, weil ihre chinesische Partnerfirma Wingtech auf der Entity List steht. Als Folge davon, stoppte China die Auslieferung der einfachen Nexperio-Chips, was für manche deutschen Autobauer, vor allem VW zu argen Versorgungsproblemen führte. Siehe: Handelsblatt vom 16. Oktober 2025: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/halbleiter-nexperia-bekommt-deutschen-chef/100163249.html>; auch: DIE ZEIT, „Einfache Chips, riesiges Chaos“, Nr. 45, 23.10.2025, S. 19. Siehe auch die Consolidated Screening List of the International Trade Administration: <https://www.trade.gov/consolidated-screening-list>. Seit dem Asienbesuch von Präsident Trump hat sich die Lage um die Nexperia-Chips entspannt. Nexperia liefert auch wieder nach Europa, hat aber nach wie vor Probleme mit der holländischen Regierung (siehe: ORF.at, 2.11.2025: <https://orf.at/stories/w3410276>).
 - ²⁾ Siehe: The Economist: „China has a weapon that could hurt America: rare-earth exports“, Apr 10th 2025: <https://www.economist.com/finance-and-economics/2025/04/10/china-has-a-weapon-that-could-hurt-america-rare-earth-exports>; und: DIE ZEIT: „Alle wollen Dysprosium“, 16. Oktober 2025, S. 22 (<https://www.zeit.de/2025/44/seltene-erden-china-monopol-handelskrieg-usa-gxe>)
 - ³⁾ The Economist, „Why China is winning the trade war“, Oct 23th, 2025: <https://www.economist.com/leaders/2025/10/23/why-china-is-winning-the-trade-war>
 - ⁴⁾ Siehe: Daniel Gros: „Chinas Eigentor bei den seltenen Erden“, Der Standard, 10. November 2025, S. 19: <https://www.project-syndicate.org/commentary/belief-in-china-rare-earth-dominance-is-based-on-misunderstanding-by-daniel-gros-2025-11/german>
 - ⁵⁾ Siehe: ORF.at, 11. Oktober 2025: <https://orf.at/stories/3408043/>
 - ⁶⁾ Näheres über den Koordinationsausschuss für Ost-West-Handel mit Sitz in Paris, das Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (COCOM), in Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Coordinating_Committee_on_Multilateral_Export_Controls. Über aktuelle Exportbeschränkungen von industriellen Rohstoffen, siehe (OECD, 2025).
 - ⁷⁾ Siehe: DIE ZEIT, „Nexperia: Einfache Chips, riesiges Chaos“, Nr. 45, 23.10.2025, S. 19: <https://www.zeit.de/2025/45/nexperia-halbleiter-autoindustrie-niederlande-china-gxe>
 - ⁸⁾ Siehe: The White House: Fact Sheet: “President Donald J. Trump Strikes Deal on Economic and Trade Relations with China“, November 1, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/11/fact-sheet-president-donald-j-trump-strikes-deal-on-economic-and-trade-relations-with-china/>; siehe auch: Siehe: ORF.at vom 30. Oktober 2025: <https://orf.at/stories/3409926/>; auch: ARD Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/trump-xi-treffen-100.html>.
 - ⁹⁾ Siehe: Chad P. Bown: “US-China Trade War Tariffs: An Up-to-Date Chart“, November 10, 2025: <https://www.piie.com/research/piie-charts/2019/us-china-trade-war-tariffs-date-chart>

Am 13. November 2025 kündigte US-Präsident Trump Handelsabkommen mit *lateinamerikanischen Ländern* an⁴⁰. Mit El Salvador, Argentinien, Ecuador und Guatemala wurden Vereinbarungen getroffen, die einen stärkeren Marktzugang für US-Firmen erlauben. Dazu zählt der Abbau von NTBs (z.B. für Autos und Autoteilen sowie bei landwirtschaftlichen Produkten in El Salvador). In Argentinien sollen die Märkte auch für medizinischen und chemische Produkte, für Maschinen, Autos und viele Agrarprodukte geöffnet werden. In Guatemala soll der digitale Handel erleichtert werden durch Wegfall von Digitalsteuern und Maßnahmen, die solche US-Dienstleistungen erschweren. Ecuador soll eine breite Palette an Zöllen über viele agrarische Produkte beseitigen. Ecuador hat sich zu hohen Umweltstandards verpflichtet und die Verpflichtungen der WTO *Agreement on Fisheries Subsidies* implementiert.

Am 14. November 2025 haben die USA mit der *Schweiz* und Liechtenstein ein Handelsabkommen mit folgenden Eckpunkten vereinbart⁴¹:

- Der reziproke Zollsatz von 39% wird auf das maximale Niveau von 15% wie in der EU gesenkt. Auch der Zollsatz für Autos wird von 25% auf 15% abgesenkt.
- Unternehmen aus der Schweiz und Liechtenstein werden bis 2028 200 Mrd. USD direkt in den USA investieren, davon 67 Mrd. USD bereits 2026. Große Schweizer Firmen wie Roche, Novartis, ABB und Stadler haben bereits hohen FDIs in den USA angekündigt.
- Die Schweiz öffnet ihre Märkte für US-Agrarprodukte (Fisch, Meeresfrüchte). Vorgesehen sind auch zollfreie Kontingente für Rindfleisch (500 Tonnen), Bisonfleisch (1000 Tonnen) und Geflügelfleisch (1500 Tonnen).
- Weitere leichtere Marktzugänge für US-Firmen und Abbau von nicht-tarifarischen Handelshemmnissen (NTBs) auf dem Schweizer Markt sind vorgesehen. Die Vertragspartner beabsichtigen die Lieferketten sicherer zu machen und Schlupflöcher zu stopfen, die es Beteiligten von Freihandelsabkommen erlaubt, an öffentlichen Ausschreibungen in der Schweiz teilzunehmen.
- Die Schweiz verpflichtet sich, das hohe Handelsbilanzdefizit mit den USA (inklusive Liechtenstein betrug es 2024 38,5 Mrd. USD) bis 2028 zu beseitigen. Ob dies gelingen

⁴⁰ Siehe The White House: Fact Sheet: “President Donald J. Trump Announces Historic Trade Deals with Western Hemisphere Trading Partners”, November 13, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/11/fact-sheet-president-donald-j-trump-announces-historic-trade-deals-with-western-hemisphere-trading-partners/>

⁴¹ Siehe The White House: Fact Sheet: “The United States, Switzerland, and Liechtenstein Reach a Historic Trade Deal”, November 14, 2025: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2025/11/fact-sheet-the-united-states-switzerland-and-liechtenstein-reach-a-historic-trade-deal/>; siehe auch: Neue Zürcher Zeitung, 15. November 2025, S. 2-3: „Die Schweiz kauft sich frei“.

wird ist eine riskante Wette. Hans Gerbach vom KOF-Institut der ETH-Zürich⁴² glaubt, dass nur eine Halbierung des Defizits realistisch ist. Branchen, die traditionell einen Überschuss erzielen, sollten nicht eingeschränkt werden (Uhren, Maschinen, Präzisionsinstrumente, Nahrungsmittel). Das größte Potential für eine Anpassung gibt es laut Gersbach bei der Pharmaindustrie.

- Die USA, die Schweiz und Liechtenstein werden das bisher vorläufige Handelsabkommen (Agreement on Reciprocal, Fair, and Balanced Trade) Anfang 2026 finalisieren.

Am 13. Jänner 2026 haben die USA mit *Taiwan* ein Rahmen-Handelsabkommen mit folgenden Eckpunkten vereinbart⁴³:

- Der reziproke generelle Zollsatz von ursprünglich 32%, dann gesenkt auf 20% wird auf das maximale Niveau von 15% wie in der EU gesenkt.
- Taiwanische Chiphersteller wie TSMC (2330.TW), die ihre Produktion in den USA ausweiten, werden mit niedrigeren Zöllen auf Halbleiter oder damit verbundene Fertigungsanlagen und Produkte belegt, die sie in die USA importieren, und können einige davon zollfrei importieren.
- Generika, Flugzeugkomponenten und „nicht verfügbare natürliche Ressourcen“ werden mit einem Zollsatz von 0 % belegt, teilte das Handelsministerium mit. Die USA haben sich außerdem verpflichtet, Taiwan im Falle einer späteren Erhöhung der Chip-Zölle nicht schlechter zu behandeln als andere Länder, so Taiwan.
- Der weltweit führende Chiphersteller Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) soll sich zum Bau von mindestens fünf weiteren Produktionsstätten im US-Bundesstaat Arizona verpflichtet haben. Taiwanische Unternehmen werden 250 Milliarden US-Dollar investieren, um die Produktion von Halbleitern, Energie und künstlicher Intelligenz in den USA zu steigern. Darin enthalten sind 100 Milliarden US-Dollar, die TSMC bereits für 2025 zugesagt hat, und weitere Investitionen werden folgen.
- Taiwan wird außerdem zusätzliche Kredite in Höhe von 250 Milliarden Dollar garantieren, um weitere Investitionen zu ermöglichen, so die Trump-Regierung.

⁴² Siehe Neue Zürcher Zeitung: „Riskantes Versprechen im Zoll-Deal“, 17. November 2025, S. 22.

⁴³ Siehe Reuters vom 16. Jänner 2026: <https://www.reuters.com/world/china/us-taiwan-reach-trade-deal-focused-semiconductors-commerce-department-says-2026-01-15/>; und: Office of the United States Trade Representative: Agreement on Reciprocal Trade und USTR Fact Sheet vom 12.2.2026: <https://ustr.gov/trade-topics/presidential-tariff-actions>

- Laut USA ist es das Ziel, 40 % der gesamten Chip-Lieferkette und -Produktion Taiwans in die USA zu verlagern. Wenn Taiwans Chip-Unternehmen nicht in den USA produzieren, würde der Zollsatz wahrscheinlich 100 % betragen.
- Der Deal mit Taiwan unterstreicht die jüngste Sicht Washingtons, wonach die USA die Computerchips zunehmend als eine Frage der nationalen Sicherheit betrachten. Das wurde in der Proklamation der Weißen Hauses vom 14. Jänner 2026 bekräftigt⁴⁴.

Am 6. Februar 2026 haben die USA mit *Indien* die Eckpunkte eines Handelsabkommens in einem Joint Statement und in einem White-House Fact Sheet festgelegt⁴⁵:

- Indien wird die Zölle auf alle US-Industriegüterimporte und einen großen Teil der agrarischen Importe beseitigen oder verringern.
- Indien wird seine Importe von russischem Öl einstellen und erhält im Gegenzug einen besseren Zugang zum US-Markt. Stattdessen werde das Land Öl aus den USA und möglicherweise aus Venezuela kaufen. Damit wurde der zusätzliche Strafzoll von 25% auf alle Importe aus Indien wieder aufgehoben, der wegen der indischen Importe von russischem Öl verhängt worden war.
- Die USA senken ihre Zölle auf indische Waren von 50% (Wegfall des Strafzolls wegen des Bezugs von russischem Öl) auf einen reziproken Zollsatz von 18%.
- *Stahl und Aluminium*: Auf diese Produkte gelten Zölle von 50 % (erhöht von 25 % am 4. Juni 2025).
- Die Vereinbarung sieht zudem vor, dass Indien innerhalb von fünf Jahren US-Waren im Wert von 500 Milliarden Dollar (423 Mrd. Euro) kauft. Dazu gehören Öl, Gas, Kokskohle, Flugzeuge und Flugzeugteile, Edelmetalle sowie Technologieprodukte wie Grafikprozessoren für KI-Anwendungen.

2.3 Modellsimulationen

Zur Abschätzung der Auswirkungen von Zöllen werden Simulationen mit Modellen herangezogen. Je nach Modelltyp kann es zu unterschiedlichen Resultaten kommen. Im folgenden Kapitel 2.3.1 wird zunächst die Frage beantwortet, was man von Modellsimulationen im Falle zollpolitischer Aktionen erwarten kann. In den nächsten

⁴⁴ Siehe The White House: Proclamation: “Adjusting Imports of Semiconductors, Semiconductor Manufacturing Equipment, and their Derivate Products into the United States”, January 14, 2026: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/01/adjusting-imports-of-semiconductors-semiconductor-manufacturing-equipment-and-their-derivative-products-into-the-united-states/>

⁴⁵ Siehe: Office of the United States Trade Representative: “Presidential Tariff Actions”: <https://ustr.gov/trade-topics/presidential-tariff-actions>

Kapiteln wird dann detailliert die Trumpsche Zollpolitik im Jahr 2025 mittels Simulationen mit verschiedenen Modellen – zunächst in Kapitel 2.3.2 im Vergleich mit drei statischen CGE-Modellen, dann in Kapitel 2.3.3 mit zwei dynamischen Modellen – analysiert.

2.3.1 Was kann man von Modellsimulationen erwarten?

Im Folgenden wird beispielhaft die Einführung eines 10%-Zolls in einem Zwei-Länder-Fall durchgespielt. Die möglichen Auswirkungen werden mit drei unterschiedlichen Modelltypen simuliert. Zum einen handelt es sich um ein numerisches allgemeines Gleichgewichtsmodell, ein sogenanntes CGE-Modell, hier gerechnet mit der CGEBox und mit Daten des Jahres 2023 (GTAP12). Zum anderen wird ein sehr ausgereiftes Welt-Makromodell, das Global Model von Oxford Economics verwendet (nähere Erläuterungen zu diesen Modelltypen in Kapitel 2.3.2). Der dritte Modelltyp ist ein DSGE-Modell. Während die beiden ersten Modelltypen mit tatsächlichen Daten arbeiten und daher realistisch sind, sind die Simulationen mit dem DSGE-Modell (DSGE steht für Dynamic Stochastic General Equilibrium) eher theoretischer Natur. Es handelt sich um ein Neu-Keynesianisches Zwei-Länder Modell, das für die zwei Länder (USA und Rest der Welt – ROW) kalibriert ist. Es wurde nicht mit echten Daten geschätzt, sondern die Zolleinführung wurde nur stochastisch simuliert. In den folgenden Kapiteln (2.3.2 und 2.3.3), in denen die tatsächliche komplexe Trumpsche Zollpolitik des Jahres 2025 analysiert wird, wird dieser Modelltyp nicht mehr verwendet.

In Tabelle 4 werden zwei Szenarien im Zwei-Länder-Fall dargestellt. In Szenario I heben die USA unilateral (einseitig) einen 10%-Zoll gegenüber dem Rest der Welt (ROW) ein, während der ROW nicht reagiert. Im Szenario II kommt es zur Vergeltung: Das zweite Land (der ROW) reagiert auf die 10%-ige Zolleinhebung der USA mit einem ebenso hohen Zoll auf Importe aus den USA.

Aus den Ergebnissen in Tabelle 4 ersieht man, dass die drei Modelle sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufweisen. Im *Szenario I* besagen alle Modelle, dass sich die Einführung eines Zolls in einem 2-Länder-Fall negativ auf die heimische, die US-Produktion (BIP-Verluste) auswirkt und die Inflation ansteigen lässt. Die Importe gehen zurück (am stärksten im Falle des sektoralen CGE-Modells) und die Zolleinnahmen steigen – repräsentiert durch eine Verbesserung des Budgetsaldos. Nicht nur im zolleinhebenden Land geht die Produktion zurück, auch im Partnerland. Nur im Makromodell ist die Produktion im Partnerland (ROW) stärker betroffen als das zolleinführende Land USA. Während im statischen CGE-Modell keine Reaktion der Geldpolitik (Zinssätze und Wechselkurse) auf die Einführung eines Zolls modelliert ist, gibt es solche Reaktionen sowohl im traditionellen

Makromodell als auch im theoretisch Neo-Keynesianisch theoretisch fundierten Zwei-Länder DSGE-Modell. Die Zolleinführung in den USA führt zu einer restriktiveren Geldpolitik: die Zinsen steigen, weil die Inflation steigt. Und es kommt zu einer effektiven realen Aufwertung des Dollars.

Im *Scenario II* (Vergeltung), führt die gegenseitige Zolleinhebung zu einem noch stärkeren Rückgang des realen BIP in beiden Ländern. Im DSGE-Modell, weil es sich um ein symmetrisches theoretisches Zwei-Länder-Modell handelt um gleich hohe Effekte im In- und Ausland. Im Gegensatz zum DSGE-Modell, sinken die Zinssätze im In- und Ausland im Makromodell, weil die gegenseitigen Zolleinführung zu keinem Inflationsschub führt. Im Makromodell kommt es zur effektiven Ab-, im Ausland zur effektiven Aufwertung des Wechselkurses.

Tabelle 4: Zölle und Vergeltung: Welche makroökonomischen Auswirkungen hat ein 10%-iger Zoll in einem Zwei-Länder-Fall (USA gegen ROW)? Szenario I. USA hebt unilateral den Zoll ein. Szenario II: Der ROW vergilt mit gleich hohem Zoll

	CGE-Modell ¹⁾		Makromodell ²⁾		DSGE-Modell ³⁾	
	Szenario I: Unilateraler 10% USA-Zoll					
	USA	ROW	USA	ROW ⁺⁾	USA	ROW
BIP, real %	-0.10	-0.01	-0.06	-0.46	-1.60	-0.10
VPI, %	2.60	-2.33	0.39	-0.24	0.33	0.20
Exporte, %	-14.30	-8.13	-2.44	-2.08	-22.00	-
Importe, %	-8.13	-14.30	-3.52	-2.17	-17.00	-
Leistungsbilanz % BIP	0.31	0.14	0.23	-0.11	0.15	-
Zinssätze, %	-	-	0.05	-0.25	4.50	4.50
Effektiver WK, real % ^{*)}	-	-	1.04	-0.13	5.00	-
Budget-Saldo % BIP	0.98	0.00	0.54	-0.15	-	-
	CGE-Modell ¹⁾		Makromodell ²⁾		DSGE-Modell ³⁾	
	Szenario II. Vergeltung durch ROW mit 10% Zoll					
	USA	ROW	USA	ROW ⁺⁾	USA	ROW
BIP, real %	-0.23	-0.05	-0.50	-0.69	-2.00	-2.00
VPI, %	-0.80	1.22	0.21	-0.16	0.70	0.70
Exporte, %	-20.96	-18.02	-5.39	-4.52	-35.00	-
Importe, %	-18.02	-20.96	-6.37	-4.09	-35.00	-
Leistungsbilanz % BIP	0.94	-0.94	0.24	-0.17	0.00	-
Zinssätze, %	-	-	-0.26	-0.35	5.50	5.50
Effektiver WK, real % ^{*)}	-	-	0.56	-0.13	0.00	-
Budget-Saldo % BIP	0.86	-0.14	0.40	-0.12	-	-

⁺⁾ Die angeführten Ergebnisse für des Rest der Welt (ROW) im Makromodell beziehen sich auf Daten des Euroraums.

^{*)} Ein Anstieg (Sinken) des Wechselkurses (WK) bedeutet Aufwertung (Abwertung) des jeweiligen Wechselkurses.

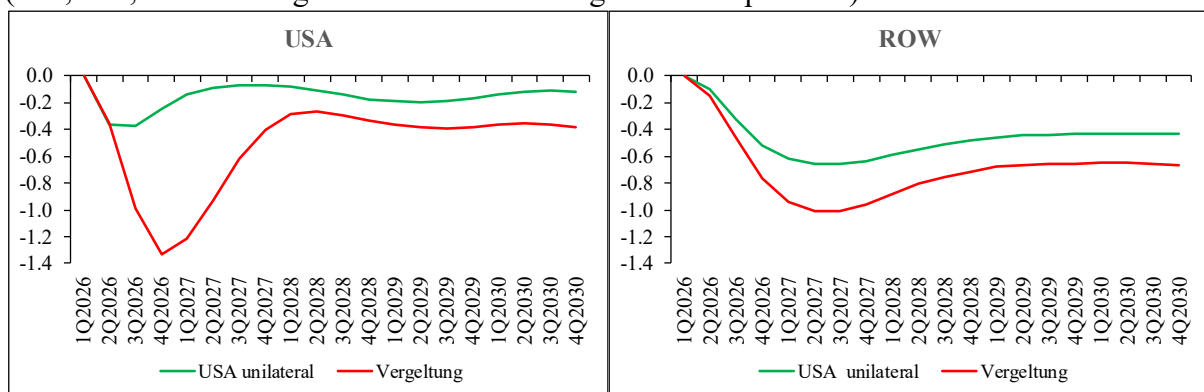
¹⁾ Eigene Simulationen mit der CGEBox und GTAP12-Daten von 2023. Die angegebenen Werte beziehen sich auf komparativ-statische Ergebnisse in mittlerer Frist.

²⁾ Eigene Simulationen mit dem Global Model von Oxford Economics: Datenbasis März 2026. Die Resultate sind Durchschnittswerte der Jahre 2026-2030.

³⁾ Theoretische Simulationen mit einem 2-Länder-DSGE-Modell von Auray et al. (2025), S. 19. Die angeführten Werte sind die sofortigen Impaktwerte, denen eine Anpassung zu einem steady-state Gleichgewicht folgt.

Hinter den Durchschnittszahlen (im Falle des Makromodells in Tabelle 4) verbirgt sich eine Dynamik, die kurz nach der Zolleinführung zu einem negativen Schock führt, der langfristig aber zu einem Gleichgewicht konvergiert. Eine unilaterale Zolleinhebung hat geringere BIP-Verluste als im Vergeltungsszenario (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Zölle und Vergeltung: Dynamische Auswirkungen im Makromodell (BIP, real, Abweichungen von der Basislösung in Prozentpunkten)



Quelle: Dynamische BIP-Entwicklung laut Tabelle 4.

2.3.2 Modellvergleich mit statischen CGE-Modellen

Im Folgenden werden drei statische numerische allgemeine Gleichgewichtsmodelle (CGE-Modelle) herangezogen, um die ökonomischen Auswirkungen der neuen US-Zollpolitik seit 7. August 2025 zu bewerten. CGE-Modelle sind besonders gut geeignet, handelspolitische Änderungen zu evaluieren. Ihre Stärke liegt vor allem darin, in Mehrsektor- und Mehrländermodellen, die durch relative Preisänderungen (nach Zollsatzänderungen) ausgelösten Allokationen von Produktionsfaktoren und sektoralen Verschiebungen im internationalen Handel (sofern man die angenommenen Preiselastizitäten akzeptiert) abzuschätzen.

Was die CGE-Modelle nicht erfassen, sind die von Trump durch seine aggressive Zollpolitik beabsichtigten Zusatzinvestitionen von Ländern, die von den Zöllen besonders stark betroffen sind. Internationale Faktorwanderungen (z.B. Direktinvestitionen) müssten exogen in die Modelle eingegeben werden. Das gilt natürlich gleichermaßen für die in den Trade Deals ausgehandelten versprochenen FDIs in den USA.

Zum Modellvergleich werden folgende CGE-Modelle verwendet:

- RunGTAP
- CGEBox
- KITE-Modell

In allen Fällen werden Daten aus 2017 (GTAP-Version 11) verwendet. Die GTAP-Welt (160 Länder, 65 Sektoren) wird jeweils auf eine „Welt“ von 33 Ländern und 33 Sektoren aggregiert (siehe Anhang I).

Das *RunGTAP*-Modell ist ein interaktives Programmpaket von Global Trade Analysis Project (GTAP⁴⁶) zur Lösung großer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle. Es verwendet das CGE-Modell und die Software von GEMPACK⁴⁷. Zur Lösung wird der nichtlineare Algorithmus Gragg verwendet. Die *CGEBox* ist ein flexibles Programm für die Lösung von CGE-Modellen und läuft mit GAMS. Es wurde von Wolfgang Britz von der Universität Bonn (Institute for Food and Resource Economics⁴⁸) entwickelt und basiert auf dem CGE-Modell von Van der Mensbrugghe (2018). Er beschreibt das GTAP-Standard-Modell in GAMS in mathematischer Notation und bildet auch die Basis für CGEBox. Als Lösungsmethode wird die für GAMS-Programme benötigte Algorithmus CONOPT verwendet, der speziell für nichtlineare Modelle geeignet ist. Das grundlegende Modell ist dasselbe wie jenes von RunGTAP und GEMPACK und müsste daher vergleichbare Ergebnisse liefern. Das *KITE-Modell* wurde vom Institut für Weltwirtschaft (ifW) in Kiel entwickelt. Es wird in Chowdhry et al. (2024) beschrieben⁴⁹ und baut auf Caliendo-Parro (2015) auf, das wiederum eine Multisektor-Version des ricardianischen Handelsmodells von Eaton-Kortum (2002) ist. Das Modell wurde von Caliendo-Parro in Matlab programmiert und vom ifW-Team in R umgeschrieben. Als Lösungsmethode wird die von Dekle, Eaton und Kortum (2008) entwickelten „Hat Algebra“-Methode verwendet.

Handelseffekte

In den Simulationen werden als Input die in Anhang II angeführt Zölle (Reziproke IEEPA-Zölle und Sektorzölle) verwendet. Die drei Modelle liefern zwar aufgrund der unterschiedlichen Spezifikation (unterschiedliche Closure Rules und Lösungsalgorithmen⁵⁰) nicht für alle Länder dieselben Ergebnisse, aber das grundlegende Muster der Handelsverlagerung auf Grund des Zollschocks ist immer zu erkennen: bevorzugte Länder

⁴⁶ Siehe: <https://www.gtap.agecon.purdue.edu/products/rungtap/default.asp>

⁴⁷ Siehe: <https://www.copsmodels.com/gempack.htm>

⁴⁸ Siehe: <https://www.ilr1.uni-bonn.de/en/research/research-groups/economic-modeling-of-agricultural-systems/cgebox>

⁴⁹ Eine aktuellere Darstellung des KITE-Modell findet man in: Hinz et al. (2025).

⁵⁰ Yuan et al. (2021) zeigen, wie unterschiedliche Closure Rules die Simulationsergebnisse beeinflussen.

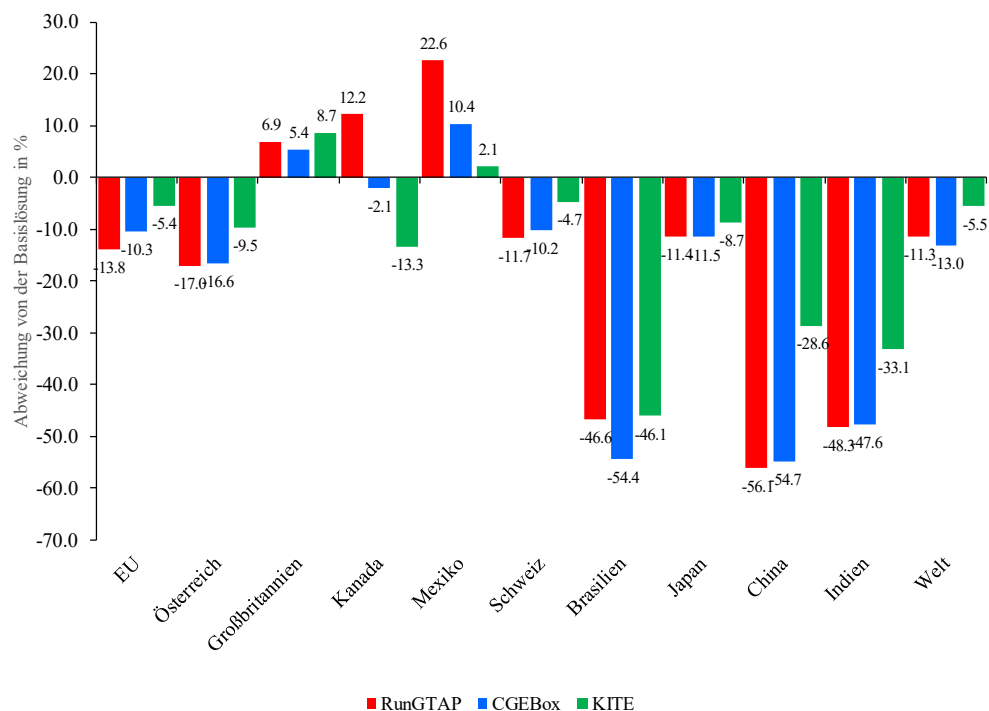
(Großbritannien, teilweise auch die EU, die Schweiz und Japan) haben komparative Zollvorteile auf dem US-Markt. Sie können dadurch mehr auf den US-Markt exportieren (Großbritannien), oder die Exportrückgänge liegen im Bereich von rund 10% (EU, Schweiz, Japan). Die größten Verlierer im Export in die USA sind die Länder mit hohen reziproken Zöllen, wie Brasilien (50%), Indien (50%), aber auch China (30%; siehe Tabelle 5 und Abbildung 7).

Tabelle 5: Handelseffekte der neuen Trumpschen Zollpolitik
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)

Exporte ...	RunGTAP			CGEBox			KITE		
	in die USA	in die Welt	Umlenkung in die EU	in die USA	in die Welt	Umlenkung in die EU	in die USA	in die Welt	Umlenkung in die EU
EU	-13.81	-0.53	0.02	-10.31	-0.39	0.03	-5.43	-0.84	-0.64
Österreich	-16.95	-0.47	0.13	-16.60	-0.46	0.18	-9.54	-0.94	-0.71
Großbritannien	6.91	-0.02	-1.92	5.39	-0.39	-1.97	8.69	-0.26	-2.19
Kanada	12.24	4.12	-14.52	-2.12	1.80	9.82	-13.35	-7.13	8.24
Mexiko	22.58	11.82	-23.53	10.37	4.22	-17.08	2.10	1.05	-3.75
Schweiz	-11.71	-1.10	0.94	-10.18	-0.91	0.96	-4.67	-1.90	-0.96
Brasilien	-46.62	-2.38	3.95	-54.39	-1.80	6.19	-46.06	-4.32	1.63
Japan	-11.40	-1.27	0.74	-11.49	-1.24	0.79	-8.66	-1.79	0.30
China	-56.07	-4.68	8.58	-54.73	-3.52	9.78	-28.57	-4.27	1.46
Indien	-48.27	-3.47	7.01	-47.64	-2.72	7.86	-33.12	-4.92	1.02
Welt	-11.28	-1.82	-0.31	-13.02	-2.36	-0.22	-5.54	-2.95	-1.25
USA		-11.68	4.90		-16.38	-9.16		-16.10	-11.59

Quelle: Eigene Simulationen mit Zollinputs von Anhang II.

Abbildung 7: Handelseffekte der neuen Trumpschen Zollpolitik: Exporte in die USA
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)



Quelle: Tabelle 5

Einen Sonderstatus haben die Mitglieder der USMCA, Kanada und Mexiko. Durch ihre niedrigen reziproken Zölle können sie sogar ihre Exporte in die USA steigern. Allerdings gibt es bezüglich der Handelseffekte dieser zwei Länder die größten Abweichungen der drei Modelle. Das gilt sowohl für die Schätzungen der Exporte in die USA, als auch für die Umlenkungsexporte in die EU.

Die Simulationen mit den drei statischen CGE-Modellen liefern Ergebnisse, die als Durchschnittswerte auf mittlere Sicht (und nicht als jährliche Werte) zu interpretieren sind. Da ein Großteil der Simulationen IEEPA-Zölle enthalten, die vom Supreme Court am 20. Jänner 2026 aufgehoben wurden, sollte man die Ergebnisse der folgenden Tabellen und Abbildungen nur als einmalige (wenn überhaupt nur für das Jahr 2025 theoretisch gültig) Änderungen der Handelsströme bzw. des BIP oder der Wohlfahrt angesehen werden.

Tabelle 6 zeigt die Auswirkungen der Exporte in die USA in den drei mit Spezialzöllen (Section-232-Zöllen) belegten Sektoren, Aluminium/Kupfer, Stahl und Autos (inklusive Autoteile). Die drei Modelle weisen erhebliche Unterschiede aus. Während das RunGTAP und die CGEBox ähnliche Ergebnisse bezüglich der Exporte der drei Sektoren (Stahl, Aluminium, Autos) liefern, sind jene des KITE-Modells wesentlich niedriger. Der relative Zollvorteil Großbritanniens in allen Sektoren schlägt sich im RunGTAP-Modell mit Exportzuwachsen in die USA nieder. In den beiden anderen Modelle ist der relative Zollvorteil Großbritanniens lediglich durch ein geringeres Schrumpfen der Exporte in die USA als jenes der anderen Länder ersichtlich.

Tabelle 6: Sektorale Exporte in die USA
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)

	RunGTAP			CGEBox			KITE		
	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos
EU	-53.63	-48.64	-7.32	-70.43	-81.47	-11.20	-33.02	-72.94	-10.70
Österreich	-52.61	-43.15	-8.79	-69.68	-78.50	-13.02	-32.49	-70.45	-12.05
Großbritannien	32.91	105.02	16.29	-15.11	-19.11	10.89	-11.45	-36.86	4.55
Kanada	-62.20	-65.28	10.37	-87.00	-82.29	22.81	-32.84	-74.50	11.19
Mexiko	-66.17	-72.19	-19.43	-76.02	-87.93	-15.49	-34.45	-76.28	-7.88
Schweiz	-53.50	-52.56	-12.01	-70.16	-81.94	-16.00	-33.11	-73.55	-15.22
Brasilien	-52.11	-54.52	-7.96	-68.52	-82.29	-45.14	-32.81	-74.46	-39.31
Japan	-54.06	-41.40	-6.88	-70.57	-77.81	-11.21	-32.93	-69.82	-10.27
China	-46.82	-37.60	-41.13	-65.37	-76.01	-43.25	-30.82	-69.47	-37.22
Indien	-52.40	-52.80	-41.59	-69.17	-81.97	-43.82	-33.04	-74.53	-38.57
Welt	-54.29	-53.08	-12.40	-34.17	-30.62	-10.06			

Quelle: Eigene Simulationen mit Zollinputs von Anhang II.

Neben der Fokussierung auf die Auswirkungen der neuen US-Zölle auf den Handel mit den USA, ist vor allem für den EU-Binnenmarkt relevant, inwieweit die länderweise ungleiche Zollbehandlung der Handelspartner zu Umlenkungen von Handelsströmen in die EU führen. In Tabelle 5 sind die *Umlenkungen der Gesamtexporte in die EU* dargestellt, in Tabelle 7 folgen jene für die drei Sektoren Aluminium und Kupfer, Autos und Stahl.

Tabelle 7: Umlenkung sektoraler Exporte in die EU
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)

	RunGTAP			CGEBox			KITE		
	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos	Stahl	Aluminium/ Kupfer	Autos
EU	-0.57	2.72	0.04	0.53	-1.18	0.18	-1.87	-1.32	-1.38
Österreich	-0.40	2.62	0.11	-0.34	1.33	-0.35	-2.09	-1.40	-1.55
Großbritannien	-2.38	-5.07	-2.08	-2.57	-2.23	-2.26	-2.44	-3.65	-2.93
Kanada	-16.50	-16.09	-17.70	5.96	12.10	-4.50	-0.99	1.63	-6.06
Mexiko	-25.10	-33.07	-23.67	-16.79	-23.12	-16.60	-3.10	-5.41	-7.71
Schweiz	0.38	-1.38	0.58	0.77	-1.84	0.25	-2.09	-3.77	-2.25
Brasilien	3.71	10.28	3.13	6.41	11.86	5.47	-1.44	0.38	-0.90
Japan	0.02	4.17	0.53	0.27	2.84	0.36	-1.51	0.07	-0.33
China	5.42	12.32	6.12	7.43	12.47	7.05	-0.66	2.08	1.22
Indien	3.73	12.48	6.06	5.05	11.80	6.68	-1.43	0.48	-0.48
Welt	-0.62	0.08	0.00	-0.71	-0.98	0.03			
USA	-22.57	-41.29	8.95	-22.00	-32.21	12.49	-8.89	-20.08	5.72

Aluminium und Kupfer sind im selben GTAP-Sektor erfasst.

Quelle: Eigene Simulationen mit Zollinputs von Anhang II.

Wie erwartet, dürften jene Länder, die von besonders hohen US-Zöllen betroffen sein, ihren Ausweg auf den EU-Markt suchen. Allen voran Brasilien, China und Indien. Die Ergebnisse für Kanada und Mexiko sind nicht eindeutig. Das RunGTAP-Modell liefert für alle drei Sektoren negative Umleitungseffekte in die EU. Die beiden anderen Modelle erzeugen heterogene Ergebnisse: Kanada leitet bei Stahl und Aluminium in die EU um, nicht aber bei Autos. Umlenkungen spielen für jene Länder, mit denen die EU Freihandelsabkommen unterhält, keine Rolle. Bereits seit 21. September 2017 ist das CETA mit Kanada vorläufig in Kraft getreten. Mit Mexiko wurde am 3. September 2025 das EU-Mexico Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement - auch als "Global Agreement" bezeichnet, jetzt „*Modernised Global Agreement*“ (MAG) genannt)⁵¹ erneuert. Brasilien ist Teil des Mercosur-Abkommens – „*EU-Mercosur Partnership Agreement*“ (EMPA)⁵² -, das am 1. Mai 2026 provisorisch in Kraft trat. Dasselbe gilt für Umlenkungen von der Schweiz. Das einzige Problemland ist wieder China.

⁵¹ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mexico_en?prefLang=de

⁵² Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1644; das EMPA wurde am 6. Dezember 2024 von beiden Partnern unterzeichnet; am 3. September 2025 hat die der Europäischen Kommission den

Wie schon im Falle des „kleinen Zollkriegs“ von Trump I (der sich hauptsächlich auf den USA-China-Handel bezog; siehe Breuss-Christen, 2019), lösen einseitige Anhebungen der Zölle z.B. gegenüber China, Umlenkungseffekte auf z.B. den großen Binnenmarkt der EU aus. Die EU hat schon damals darauf reagiert und im Falle von Stahl und Aluminium aus China Schutzzölle erhoben.

Am 7. Oktober 2025 hat die Europäische Kommission⁵³ einen Plan vorgelegt, wie die EU-Stahlindustrie vor unfairem Einfluss auf die globale Überkapazität geschützt werden soll. Der Vorschlag hält die im *EU-Aktionsplan für Stahl und Metalle* festgelegten Verpflichtungen ein, hält am Grundsatz des freien Handels fest und verstärkt die Zusammenarbeit mit globalen Partnern zur Bekämpfung von Überkapazitäten durch folgende Maßnahmen:

- Begrenzung der zollfreien Einfuhrmengen auf 18,3 Millionen Tonnen pro Jahr (eine Verringerung um 47% gegenüber den Stahlkontingenten für 2024),
- Verdopplung des Zollsatzes für Mengen außerhalb des Kontingents auf 50% (gegenüber 25% im Rahmen der Schutzmaßnahmen) und
- Verbesserung der Rückverfolgbarkeit auf den Stahlmärkten durch Einführung einer Schmelz- und Gussanforderung, um Umgehungen zu verhindern.

Nach dem Auslaufen der bisherigen Stahlschutzmaßnahmen per 30. Juni 2026 hat die EU neue Maßnahmen zur Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der EU mit zwei Rechtsakten eingeführt⁵⁴: Es handelt sich um die Verordnung (EU) 2026/1384 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2026 zur Eindämmung der negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler Überkapazitäten auf den Stahlmarkt der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) 2020/2170 (Amtsblatt L vom 24. Juni 2026) sowie um die Durchführungsverordnung (EU) 2026/1457 der Kommission vom 29. Juni 2026 über die Zuteilung der gemäß der Verordnung (EU) 2026/1384 eröffneten Zollkontingente (Amtsblatt L vom 30. Juni 2026).

Die Schutzmaßnahmen gelten für alle Einfuhren der 26 Warenkategorien, aufgelistet in Anhang I der Verordnung (EU) 2026/1384, einschließlich der Einfuhren von Waren mit Ursprung in einem Land, mit dem die EU ein Abkommen über Zollpräferenzen geschlossen hat, oder in einem Land, dem autonome Zollpräferenzen gewährt werden. Für 26

Ratifikationsprozess eingeleitet, der bis Ende 2025 abgeschlossen werden soll; dann könnte es – wie CETA – provisorisch mit dem Handelsteil in Kraft treten.

⁵³ Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2293

⁵⁴ Siehe die Europäische Kommission (Press Release) vom 30. Juli 2026: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1484, und WKÖ (<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/eu-schutzmassnahmen-gegen-einfuehren-von-stahl>)

Warenkategorien, aufgelistet in Anhang I der Verordnung (EU) 2026/1384, werden jährlich vom 1. Juli jedes Jahres bis zum 30. Juni des darauffolgenden Jahres Zollkontingente nach Maßgabe der in Anhang II der Verordnung (EU) 2026/1384 genannten Menge in Tonnen eröffnet. Die jährliche Gesamtmenge der Zollkontingente beträgt 18 345 922 Tonnen. Die relativ komplizierte Quotenregelung führt dazu, dass die zollfreien Importe von Stahl um die Hälfte gekürzt wird und der Zollsatz auf 50% verdoppelt wird⁵⁵.

Die Maßnahme gilt nicht für Erzeugnisse mit Ursprung in Island, Liechtenstein, Norwegen und in Ländern, für die bilaterale Schutzmaßnahmen nach Artikel 6 der Verordnung (EU) 2026/1384 gelten.

Die Überkapazitäten im Stahlsektor sind ein globales Problem. Global gibt es derzeit Überkapazitäten von 600 Millionen Tonnen Stahl. Die EU will daher im Rahmen des Globalen Forums zu Stahlüberkapazitäten mit willigen Ländern (auch mit den USA) kooperieren, um die Stahlflut zu bekämpfen. Angesichts dieser kritischen Herausforderungen kündigte die Kommission in ihrem Aktionsplan für Stahl und Metalle (SMAP) vom März 2025 ihre Absicht an, eine neue Stahlmaßnahme vorzubereiten.

Die EU nutzt – wie alle anderen WTO-Mitglieder – handelspolitische Schutzinstrumente, um auf unfaire Handelspraktiken zu reagieren und für die heimische Wirtschaft wieder gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Die Europäische Kommission hat bereits am 7. Oktober 2016 (vor Trump I) Antidumpingzölle auf chinesische Stahlerzeugnisse eingeführt⁵⁶. Es folgten weitere Maßnahmen, auch auf Aluminiumimporte aus China⁵⁷. Am 10. August 2017 ging die EU erneut gegen Stahlimporte aus China mit Antidumpingzöllen vor⁵⁸. Am 12. April 2021 verhängte die EU Strafzölle auf Aluminiumimporte aus China⁵⁹.

Am 20. August 2024 hat die Europäische Kommission ihre Antisubventionsuntersuchung zu Einfuhren von *Elektroautos* aus China abgeschlossen und am 30. Oktober 2024

⁵⁵ Siehe die Europäische Kommission: Factsheet: EU steel measures: https://policy.trade.ec.europa.eu/enforcement-and-protection/protecting-eu-steelmaking/factsheet-eu-steel-measure_en; und: Daniel Gros: „Die EU muss den Rest des Westens anführen“, Der Standard, 8. Juli 2026, Seite 23 (<https://www.derstandard.at/story/3000000330385/die-eu-muss-den-rest-des-gleichgesinnten-westens-anfuehren>).

⁵⁶ Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_16_3328

⁵⁷ Siehe den Überblick über die EU trade defence measures on imports from China: <https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/ongoing>

⁵⁸ Siehe die Durchführungsverordnung (EU) 2017/1444 der Kommission vom 9. August 2017 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter korrosionsbeständiger Stähle mit Ursprung in der Volksrepublik China, Amtsblatt der EU, L 207/1, 10.8.2017 (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1444>).

⁵⁹ Siehe die Durchführungsverordnung (EU) 2021/582 der Kommission vom 9. April 2021 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von flachgewalzten Aluminiumerzeugnissen mit Ursprung in der Volksrepublik China, Amtsblatt der EU, L 124740, 12.4.2021 (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0582>).

Ausgleichszölle je nach kooperierenden Unternehmen in unterschiedlicher Höhe (von 7,8% für Tesla, bis zu 35,5% SAIC-Gruppe) festgelegt⁶⁰. Trotzdem nimmt der Zustrom chinesischer Elektroautos in Europa zu, hauptsächlich wegen der immer noch niedrigeren Preise im Vergleich zu den Konkurrenzanbietern aus Europa. Am 12. Jänner 2026 hat die Europäische Kommission einen Leitfaden zur Einreichung von Preisverpflichtungsangeboten im Zusammenhang mit den geltenden Antisubventionszöllen auf batterieelektrische Fahrzeuge (BEV) aus China veröffentlicht⁶¹. Diese Maßnahme könnten dazu führen, dass die Sonderzölle verringert werden⁶².

Aber es gibt auch zunehmend ein Protektionismus im Bereich Rohstoffexporte. Die OECD (2025) hat in ihrem jüngsten Bericht über Exportbeschränkungen von Rohstoffen und kritischen Materialien festgestellt, dass sich zwischen 2009 und 2023 die Exportbeschränkungen für industrielle Rohstoffe mehr als verfünffacht haben, wobei die deutlichsten Zuwächse Anfang der 2010er Jahre zu verzeichnen waren. Eine aktuelle Studie der EZB (siehe Banin et al., 2025) bestätigt die Erkenntnis, dass die Abhängigkeit Europas von chinesischen seltenen Erden erheblich ist. Die von China am 4. April 2025 eingeführte Exportbeschränkung hat die Verwundbarkeit der europäischen Industrie wieder eindrücklich offengelegt.

BIP- und Wohlfahrtseffekte

Statische CGE-Modelle können – wie schon ihr Name sagt – keine Produktions- bzw. BIP-Dynamik erzeugen, sondern nur Allokationen zwischen den Sektoren. Wenn BIP-Veränderungen ausgewiesen werden, ergeben sich diese nur durch extrem hohe relative Preisverschiebungen, also in Ländern, die mit hohen Zollsätzen belegt wurden, wie z.B. Brasilien, China und Indien.

Wie Tabelle 8 zeigt, verändert sich das *reale BIP* in den übrigen Ländern kaum. Kanada und Mexiko sind in der bevorzugten Lage, dass die reziproken Zölle und jene auf Autos nur für Nicht-USMCA-Waren gelten. Dadurch sind sie relativ zu allen anderen Ländern – mit Ausnahme von Großbritannien – im Vorteil. Allerdings weichen die BIP-Effekte in den Simulationen nach RunGTAP und CGEBox für beide Länder voneinander ab: in ersterem Modell gibt es BIP-Zuwächse, im zweiten Modell BIP-Verluste. Nach RunGTAP sind die

⁶⁰ Siehe: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4301. Am 14. Mai 2024 hat US-Präsident Joe Biden die Zölle auf chinesische Elektroautos (EVs) auf 100% angehoben.

⁶¹ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/news/commission-issues-guidance-document-submission-price-undertaking-offers-battery-electric-vehicles-2026-01-12_en

⁶² Ein kritischer Kommentar zu dieser EU-Maßnahme stammt von Gros-Herrero (2026).

Hauptverlierer – gemessen an der Veränderung des realen BIP – Brasilien, China und Indien. Die USA dürften nach RunGTAP weniger, nach CGEBox etwas mehr an realen BIP einbüßen. Die EU würde nach den Simulationen mit den statischen CGE-Modellen kaum gesamtwirtschaftliche Verluste machen. Das KITE-Modell weist keine BIP-Zahlen aus. Da die komparative-statischen Simulationen keine Zeitdimension aufweisen, können sich die Effekte entweder auf einen sofortigen Schock-Effekt oder auf ein mittel- bis langfristiges neues Gleichgewicht beziehen.

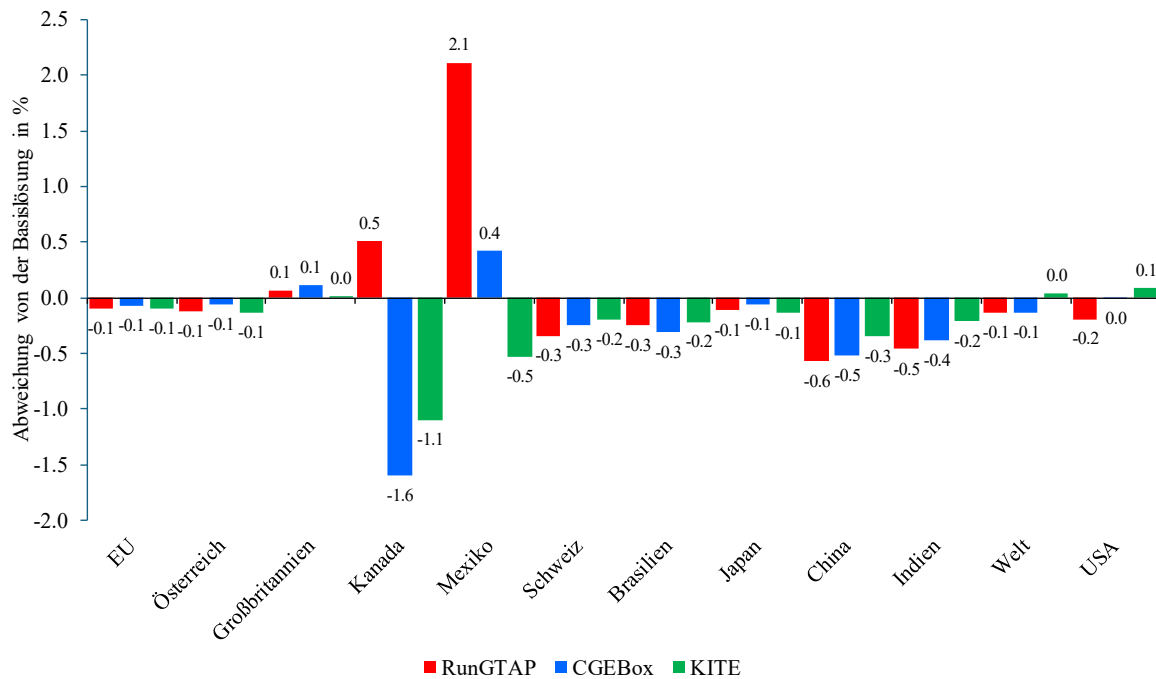
Tabelle 8: BIP- und Wohlfahrtseffekte
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)

	RunGTAP		CGEBox		KITE
	GDP, real %	Welfare (EV) % GDP	GDP, real %	Welfare (EV) % GDP	Welfare %-change
EU	0.00	-0.10	-0.01	-0.07	-0.10
Österreich	-0.01	-0.12	-0.01	-0.06	-0.13
Großbritannien	0.02	0.07	0.03	0.11	0.01
Kanada	0.13	0.51	-0.45	-1.59	-1.09
Mexiko	0.26	2.11	-0.02	0.42	-0.53
Schweiz	-0.02	-0.34	-0.01	-0.25	-0.19
Brasilien	-0.08	-0.25	-0.12	-0.31	-0.22
Japan	-0.02	-0.11	-0.02	-0.06	-0.14
China	-0.18	-0.57	-0.26	-0.52	-0.35
Indien	-0.07	-0.46	-0.06	-0.38	-0.21
Welt	-0.13	-0.13	-0.15	-0.13	0.04
USA	-0.44	-0.19	-0.43	-0.01	0.09

Wohlfahrt in den Modellen RunGTAP und CGEBox beziehen sich auf Equivalent Variations. Die Wohlfahrt des KITE-Modells entspricht dem Realeinkommen (definiert als Lohneinkommen plus Zolleinnahmen plus Handelsbilanzsaldo)

Quelle: Eigene Simulationen mit Zolinputs von Anhang II.

Aussagekräftiger sind in statischen CGE-Modellen die *Wohlfahrtseffekte* (Tabelle 8 und Abbildung 8). Die mit Sonderregelungen in Trade Deals bedachten Länder wie Großbritannien, Japan und die EU weisen unwesentliche Wohlstandsverluste aus. Die Simulationsergebnisse für die Veränderung der Wohlfahrt weichen in den drei Modellen unterschiedlich. Noch am ähnlichsten sind sie in den beiden Modellen, RunGTAP und CGEBox. Allerdings ergeben alle drei Modelle im Fall von Kanada und Mexiko unterschiedliche Werte auf. In RunGTAP würde demnach die Wohlfahrt zunehmen, im KITE-Modell in beiden Fällen sinken, und in der CGEBox würde Mexiko gewinnen und Kanada verlieren. Alle drei Modelle weisen für die EU geringe Wohlfahrtsverluste aus, für die USA sogar einen Wohlfahrtsgewinn. Dies dürfte hauptsächlich auf die massiv gestiegenen Zolleinnahmen des Staates zurückzuführen sein.

Abbildung 8: Veränderung der Wohlfahrt in %

Quelle: Tabelle 8

2.3.3 Zwei dynamisches Modelle

Die Schwäche der komparative-statischen Modelle sollten eigentlich durch dynamische Modelle beseitigt werden. Wir verwenden zwei Typen von dynamischen Modellen. Zum einen die rekursiv-dynamische Version des Modells von CGEBox, zum anderen das globale Makromodell von Oxford Economics.

Das dynamische CGE-Modell (*CGEBox*) ist eine dynamische Version (recursive dynamic) des statischen Modells. Nachdem ein großer Teil der Zölle (IEEPA-Zölle) durch den Supreme Court aufgehoben wurden, müssen die folgenden Simulationsergebnisse als Schock im Jahr 2025 betrachtet werden, deren dynamische Wirkung auf die nächsten Jahre erfolgen würde, wenn die Zölle geblieben wären.

Handelseffekte:

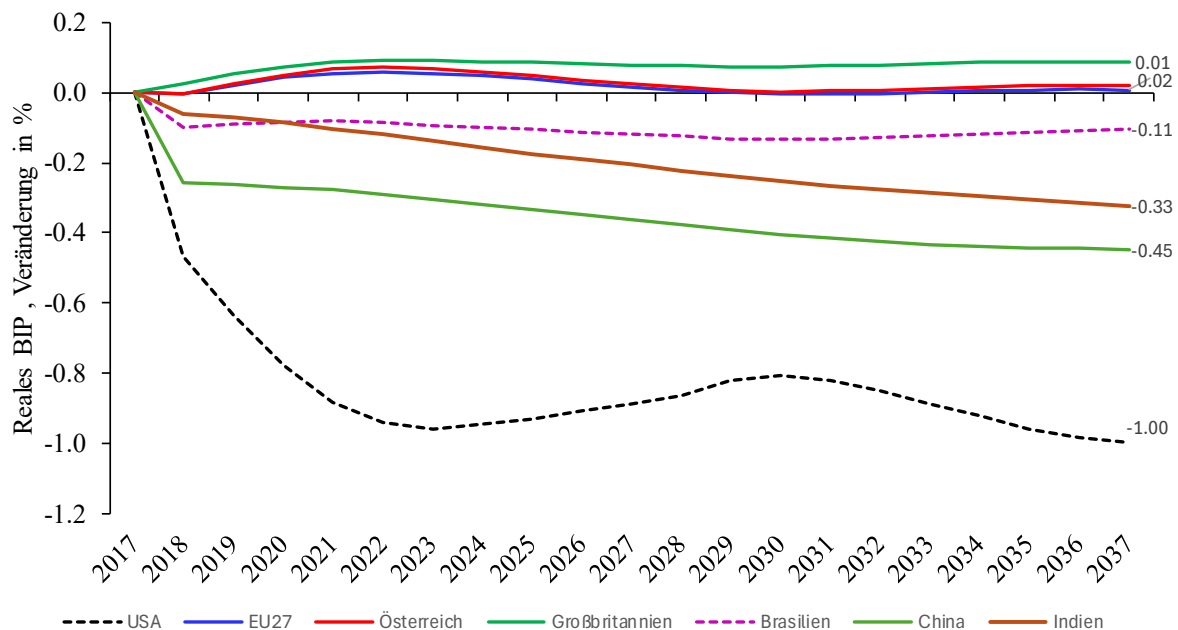
Als Beispiel sollen die Exporte der EU in die USA betrachtet werden. Zu Beginn sinken die Gesamtexporte in die USA um 1,7%, nach 20 Jahren steigen sie wieder mit 3,3%. Bei den Waren, die mit Sonderzöllen belegt sind, sind die Rückgänge natürlich noch höher: Die Stahlexporte würden demnach zu Beginn um 72% schrumpfen, nach 20 Jahren würde der Rückgang weiterhin 72%. Ähnliche Größenordnungen liefert das dynamische CGE-Modell für Aluminium und Kupfer, das auch mit 50% Zoll belegt ist (anfangs -82%, nach 20 Jahren -

81%). Im Falle von Autoexporten kommt es wegen der geringeren Zölle von 15% sogar zu einem Zuwachs, anfangs um 5%, nach 20 Jahren sogar um 12%.

BIP-Effekte:

Die milden Effekte auf das reale BIP für die EU (und damit auch für Österreich) stimmen mit den statischen Resultaten von Tabelle 8 überein. Großbritannien würde langfristig bis zu 0,1 Prozentpunkte an realem BIP gewinnen. Für die USA würde sich bei Beibehaltung der 2025-Zollpolitik nach den rekursiv dynamischen Simulationen der Trumpsche Wunsch nach „Make America Great Again“ ins Gegenteil verkehren – das reale BIP würde langfristig um nicht ganz einen Prozentpunkt schrumpfen (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Auswirkungen der US-Zollpolitik auf die Entwicklung des realen BIP (Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %)



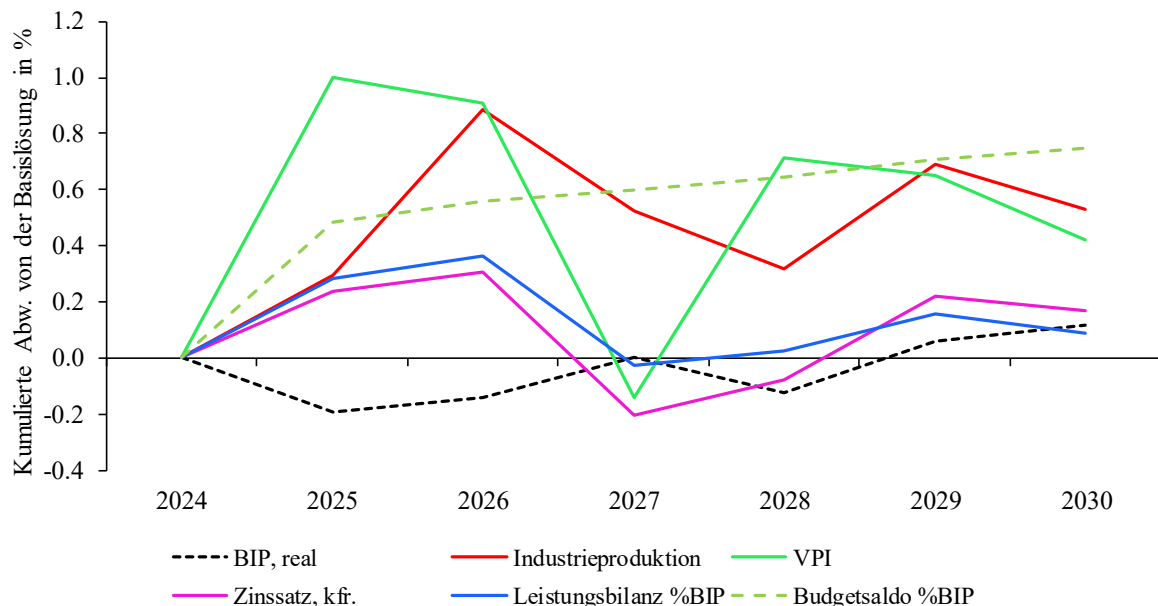
Quelle: Eigene Simulationen mit dem rekursiv-dynamischen CGEBox-Modell mit Zollinputs von Anhang II.

Die *Zolleinnahmen* würden in den USA kurzfristig um 216 Mrd. USD jährlich ansteigen und nach 20 Jahren einen jährlichen Zuwachs von 251 Mrd. USD erreichen. Die *Inflation* (gemessen an der jährlichen Veränderung des BIP-Deflators) würde im dynamischen CGE-Modell in den USA anfänglich auf 3,8% anspringen, steigen dann mittelfristig auf 4,2%, um nach 20 Jahren kumuliert bei 3,7% zu landen.

Das *Global Model von Oxford Economics*⁶³ ist ein großes Mehrländermakromodell, das in jüngster Zeit die Option von Zollsimulationen beinhaltet. Allerdings kann es – im Gegensatz zu CGE-Modellen – keine sektoralen Aussagen (und damit Allokationsfragen beantworten). Die Zollsatzänderungen werden auf die Gesamtimporte bezogen. Das Oxford-Modell liefert allerdings reichhaltige makroökonomische Antworten und berücksichtigt auch die Reaktion der Wirtschaftspolitik (z.B. Geldpolitik über eine Taylor-Regel) auf die Zollschocks.

Im Gegensatz zu den bisherigen Simulationen, die als Zollinputs die gesetzlichen Zollsätze von Anhang II verwendeten, werden in der Simulation mit dem Oxford-Modell die Effektivzollsätze verwendet, die um die Jahreswende 2025/2026 gegolten haben (siehe Tabelle 2, 5. Spalte). Es wird unterstellt, dass die Zölle von vor dem „Liberation Day“ gelten. Dieses Szenario wird verglichen mit der tatsächlichen Entwicklung (inkl. Trump-Zölle von 2025) seither.

Abbildung 10: Auswirkungen der US-Zollpolitik auf wichtige Makrovariablen in den USA (Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %)



Quelle: Eigene Simulationen mit dem Oxford Global Model.

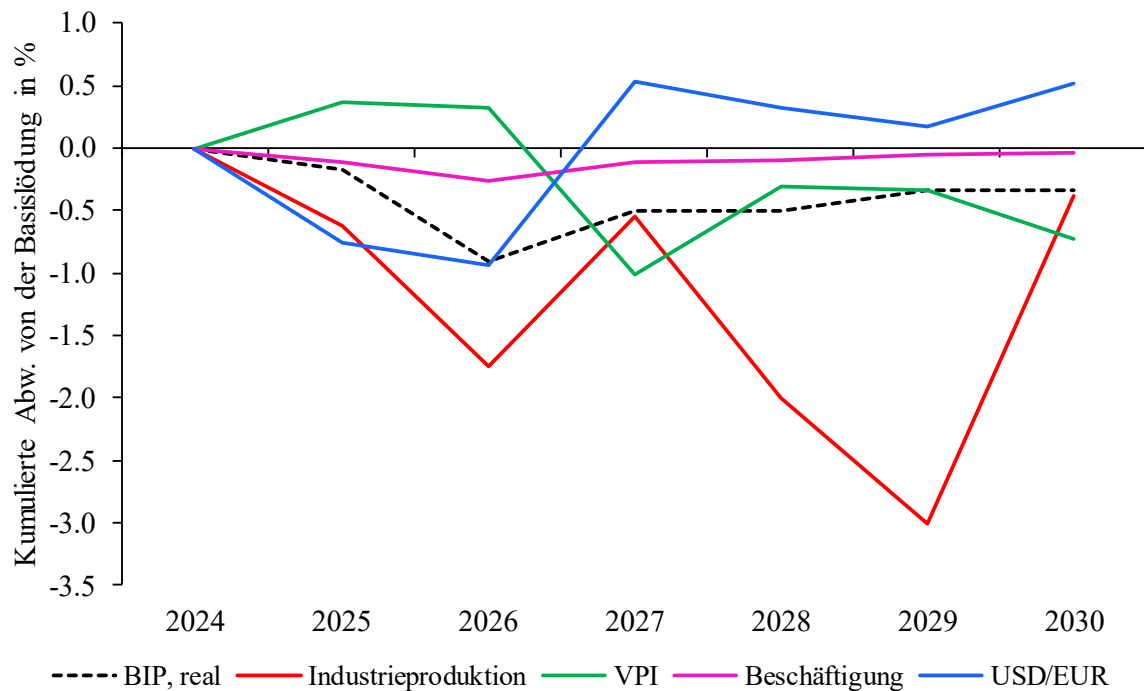
Abbildung 10 zeigt folgende Makroergebnisse für die USA: dass das reale BIP ist kurzfristig um 0,2% gesunken, die Inflation um 1% gestiegen. Der Budgetsaldo und der Leistungsbilanzsaldo haben sich verbessert.

Frühere makroökonomische Simulationen, z.B. von McKibbin-Shuetrim (2025) mit ihrem makroökonomischen Weltmodell (G-Cubed Model) finden, dass eine allgemeine 15%-ige

⁶³ Siehe: <https://www.oxfordeconomics.com/>

Zollerhöhung auf alle US-Importe das realen BIP der USA im Jahr 2026 um 0,7% schrumpfen lassen würde, sich dann aber bald wieder einem stabilen Gleichgewicht von -0,1% bis 2035 annähern. Die Analyse des Budget Lab (TBL) der Yale University noch vor dem Urteil des Supreme Courts ergibt einen Rückgang des realen BIP in den USA in den Jahren 2025 und 2026 von jeweils 0,5 Prozentpunkten⁶⁴. Würde man im Oxford-Modell auch die gesetzlichen Trump-Zölle von Anhang II simulieren, würde das reale BIP der USA im Jahr 2026 um 1,5% schrumpfen und sich dann langsam erholen. Die Inflationsrate würde um 0,5 Prozentpunkte ansteigen. Das Budgetdefizit würde sich längerfristig um 1% des BIP verringern.

Abbildung 11: Auswirkungen der US-Zollpolitik auf wichtige Makrovariablen in der EU

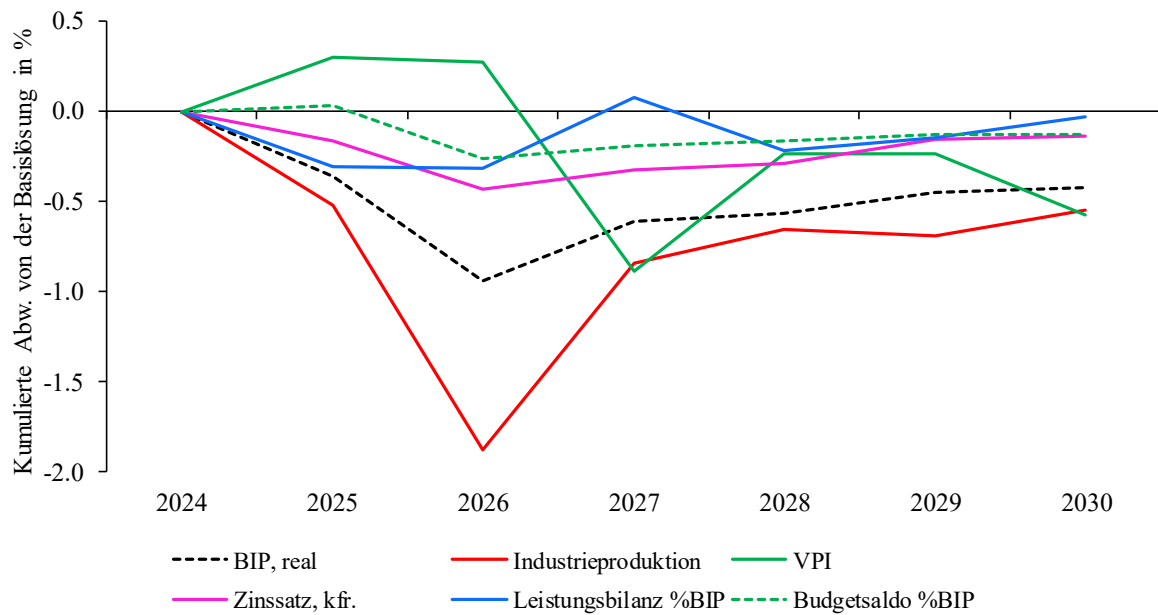


Quelle: Eigene Simulationen mit dem Oxford Global Model.

Die Beibehaltung der Trumpschen Zollpolitik aus dem Jahr 2025 hätte nahezu einen BIP-Verlust von einem Prozentpunkt in der EU (Abbildung 11) und in Österreich zur Folge (Abbildung 12). Besonders betroffen wäre die Industrieproduktion mit Verlusten von bis zu zwei Prozentpunkten.

⁶⁴ Siehe: <https://budgetlab.yale.edu/research/state-us-tariffs-august-7-2025>

Abbildung 12: Auswirkungen der US-Zollpolitik auf wichtige Makrovariablen in Österreich (Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %)



Quelle: Eigene Simulationen mit dem Oxford Global Model.

Eine Studie der Bank of International Settlement (Burgert et al., 2025) analysiert die Trump-Zölle des Jahres 2025 mit einer Kombination aus zwei Modellen: ein CGE-Handelsmodell und ein DSGE-Modell. Im Handelsmodell werden die sektoralen (allokativen) Effekte der US-Zollpolitik ermittelt, die dann als Input für das DSGE-Modell dienen, um die makroökonomischen Effekte und geldpolitischen Reaktionen zu simulieren. Ihre Simulationen führen zu folgenden Erkenntnissen: Zölle führen in den meisten Ländern zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, ihre Auswirkungen auf die Inflation sind aber unterschiedlich. In Ländern, die Zölle einführen kommt es zur Inflation, während sie für die größten Handelspartner dieser Länder in der Regel inflationsdämpfend wirken. Für andere (kleinere) Länder sind die geschätzten Auswirkungen im Allgemeinen gering, da sich ein inflationärer Impuls durch Störungen der globalen Lieferketten mit dem disinflationären Effekt eines geringeren globalen Wachstums ausgleicht. Eine Herausforderung stellt die neue US-Zollpolitik für die Geldpolitik dar.

Die BIS-Studie (Burgert et al., 2026) liefert relativ starke Auswirkungen der US-Zollpolitik des Jahres 2025 (Stand 25. August 2025). Das reale BIP sollte demnach in den USA um 0,8% gesunken sein, jenes in Kanada (-1,2%) und Mexiko (-1%) sogar noch stärker, während die Wirtschaftsleistung in anderen Weltregionen unter 0,2% sinken dürfte. Für die USA wird ein starker Inflationsanstieg (+3%) errechnet, während die Inflation in vielen Handelspartnern sinkt. Wie die tatsächlichen Daten des Jahres 2025 zeigen (siehe Kapitel 2.4), sind diese

Schätzungen – insbesondere bezüglich der Inflationswirkungen – in den USA maßlos übertrieben.

Eine andere BIS-Studie (Kohlscheen et al., 2025) untersucht die makroökonomischen Auswirkungen der Zoll- und Politikunsicherheit seit Trump seine zweite Amtszeit Anfang 2025 begann. Sie stellt die eigenen Schätzungen der US-Zollpolitik des Jahres 2025 jenen anderer Studien gegenüber (siehe Tabelle 9). Die meisten Studien sehen für die USA einen Wachstumsverlust zwischen 0,5 und einen Prozentpunkt voraus. Überraschend stark negativ werden die Auswirkungen auf Kanada und Mexiko veranschlagt, was angesichts der Ausnahmeregelungen im Rahmen der USMCA wohl als übertrieben bewertet werden muss.

Tabelle 9: Vergleich von Schätzungen der Trumpschen Zollpolitik von 2025 (BIP, real in %)

	USA	Euroraum	China	Kanada	Mexiko
Kalemlı-Özcan et al. (2025)	-0.8	0.1	-0.1	-0.4	-1.0
Rodríguez-Clare et al. (2025)	-1.0	-	-0.5	-2.0	-2.8
BIS (Zhao, 2026)	-1.0	-0.1	-0.1	-1.4	-1.0
Budget Lab at Yale (15.4.2025)	-1.1	-	-	-	-
Budget Lab at Yale (update)	-0.5	-	-	-	-
McKibbin et al. (2024)	-1.3	-	-	-	-
IMF GIMF (2025B)	-1.3	-0.6	-1.1	-1.9	-1.9

Zha (2026), Intermediate goods and economic impacts of tariff shocks, forthcoming.

Quelle: Kohlscheen et al. (2025), S. 2.

2.4 Was hat Trumps Zollexperiment gebracht?

Die Zollpolitik von US-Präsident Trump war - neben der Befriedigung seiner persönlichen Präferenzen („*Tariff is the most beautiful word in the dictionary*“) – eine der Säulen seiner wirtschaftspolitischen Agenda. Politisch diente die Ausrufung des „nationalen Notstandes“ nach IEEPA zur außenpolitischen Erpressung mit „reziproken Zöllen“ und Fentanyl-Zöllen. Die heimische Wirtschaft sollte durch die Einführung von Zöllen „great again“ machen⁶⁵.

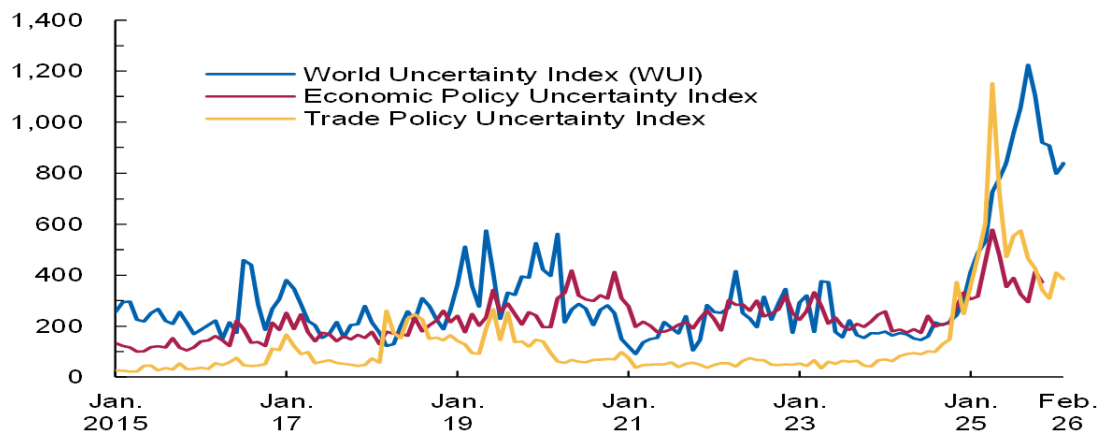
Zum einen sollte das hohe Defizit in der Handelsbilanz verringert werden. Dann sollten die Zolleinnahmen zur Verringerung des wachsenden Defizits im Staatshaushalt dienen. Und durch die Erpressung von ausländischen Direktinvestitionen in Trade Deals sollte die amerikanische Wirtschaft – vor allem die Industrie - gestärkt werden.

⁶⁵ Oberhofer (2026) und Badinger-Oberhofer (2026) analysieren die Erfahrung nach einem Jahr Trumpscher Zollpolitik. Auch The Economist vom 29. April 2026 nimmt „Ein Jahr Trump - 464 days into Donald Trump's term“ unter die ökonomische Lupe: <https://www.economist.com/interactive/trump-approval-tracker/economy>

2.4.1 Einzige Leistung Trumps: Unsicherheit und Zerstörung

Die Trumpsche Politik ist chaotisch und anscheinend planlos. Seine größte Leistung war, die Welt ökonomisch zu schocken, die WTO zu schwächen und regelbasiertes globales Handeln durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen. Trump hat nicht nur gegen WTO-Regeln verstoßen, sondern mit seiner Zollpolitik international eingespielte Lieferketten gestört. Er wird in die Geschichte als großer Zerstörer eingehen.

Abbildung 13a: Trump schockt die Weltwirtschaft



Quelle: IMF (2026), S. 2.

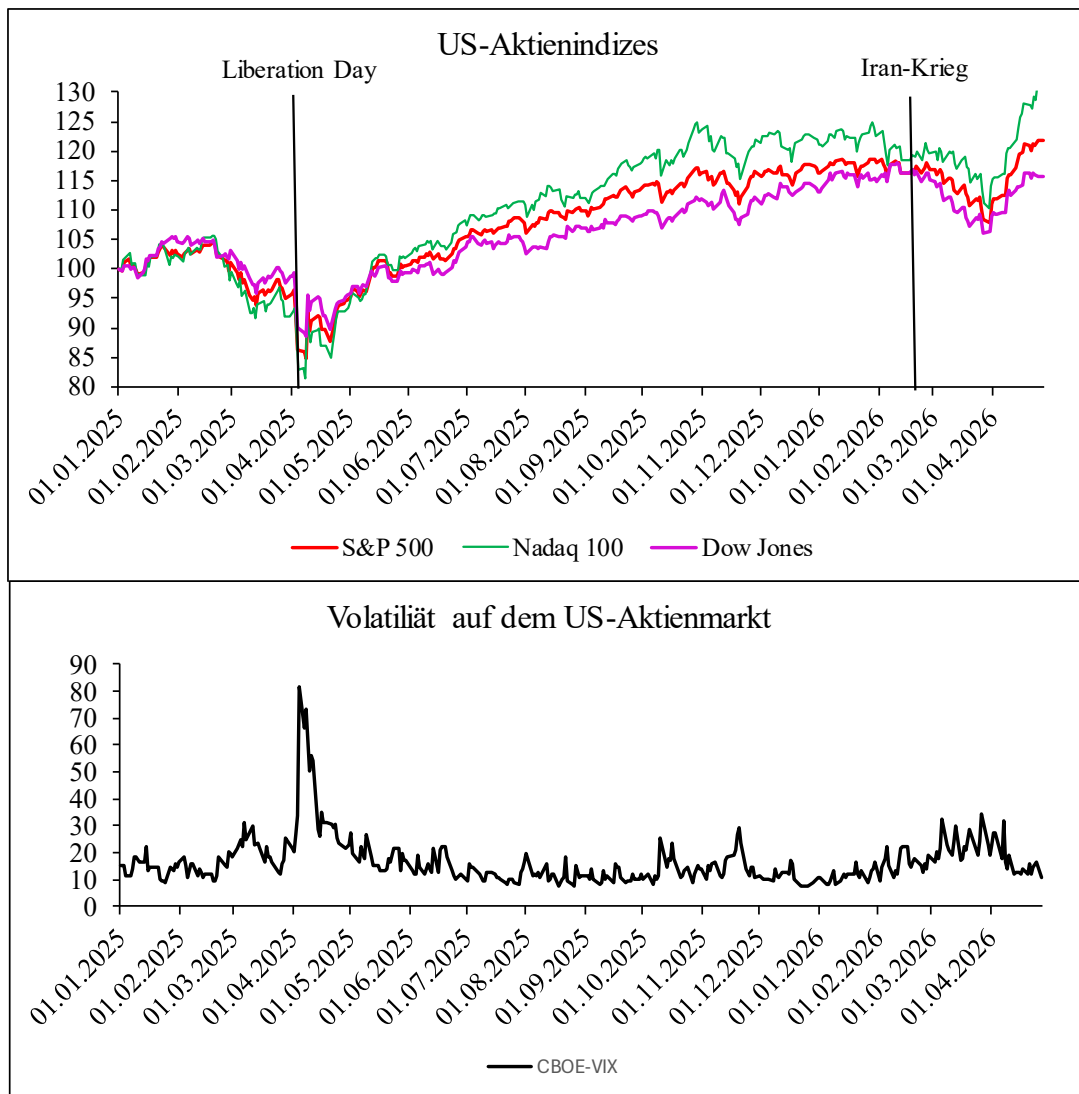
Seit dem Beginn seiner zweiten Amtszeit hat Trump bereits zwei große Schocks in der Weltwirtschaft ausgelöst (siehe Abbildung 13a)⁶⁶. Der erste entstand durch die Zollankündigung 2. April 2025, dem „Liberation Day“. Der zweite Trump-Schock verursachte er durch den militärischen Angriff des Iran (zusammen mit Israel) am 28. Februar 2026 und der dadurch folgenden globalen Energiekrise. Lieferketten wurden – wie das ASCII (The Supply Chain Intelligence Institute Austrian) analysiert⁶⁷ - ebenfalls nicht nur durch die Trumpsche Zollpolitik gestört, sondern erneut durch den Iran-Krieg⁶⁸.

Auch die Aktienmärkte haben die Trumpsche Zoll- und Außenhandelspolitik zu spüren bekommen. Besonders die überfallsartige Ankündigung von „reziproken Zöllen“ am „Liberation Day“ (2. April 2025) hat die Aktienmärkte geschockt (siehe Abbildung 13b).

⁶⁶ Siehe auch die Darstellung des IMF (2026, S. 4) von geopolitischen Risiken. Eine Studie zum Thema ökonomische Auswirkungen von Zollunsicherheit, siehe Gréus et al. (2025).

⁶⁷ Siehe ASCII: „Neue US-Zölle schwächen Österreichs Industrie“: <https://ascii.ac.at/news-events/neue-us-zolle-schwachen-osterreichs-industrie-vor-allem-durch-indirekte-abhangigkeiten/>

⁶⁸ Siehe ASCII: „Hormus-Blockade setzt globale Lieferketten unter Druck“: <https://ascii.ac.at/news-events/presse-meldung-%e2%94%82-studie-hormus-blockade-setzt-globale-lieferketten-unter-druck-deutschland-vor-allem-indirekt-betroffen/>

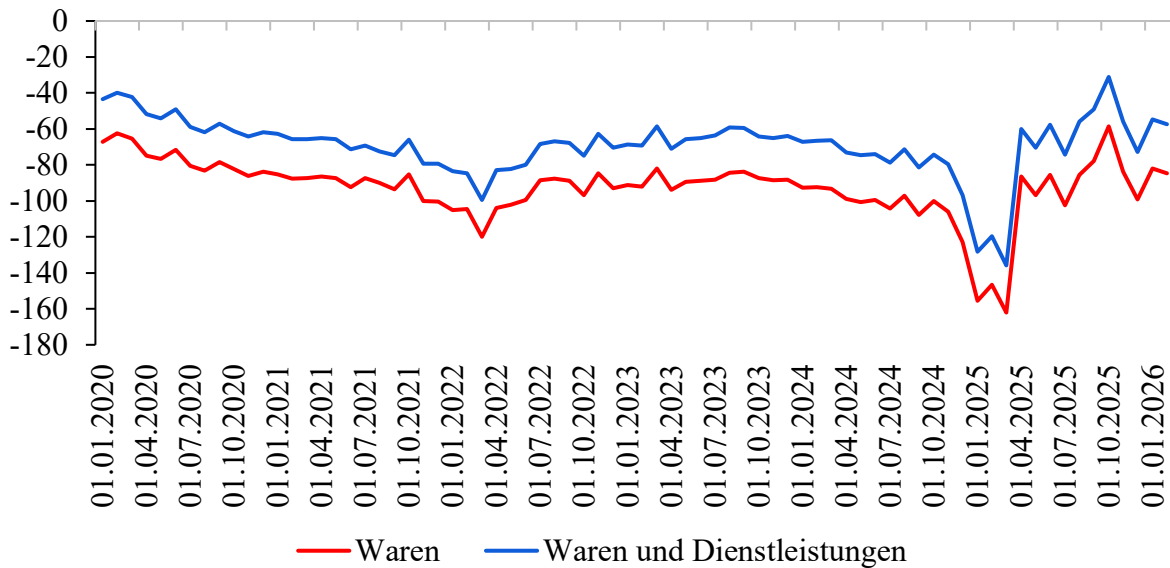
Abbildung 13b: Trump schock die US-Aktienmärkte

Quelle: Macrobond

2.4.2 Handelsdefizitziel verfehlt

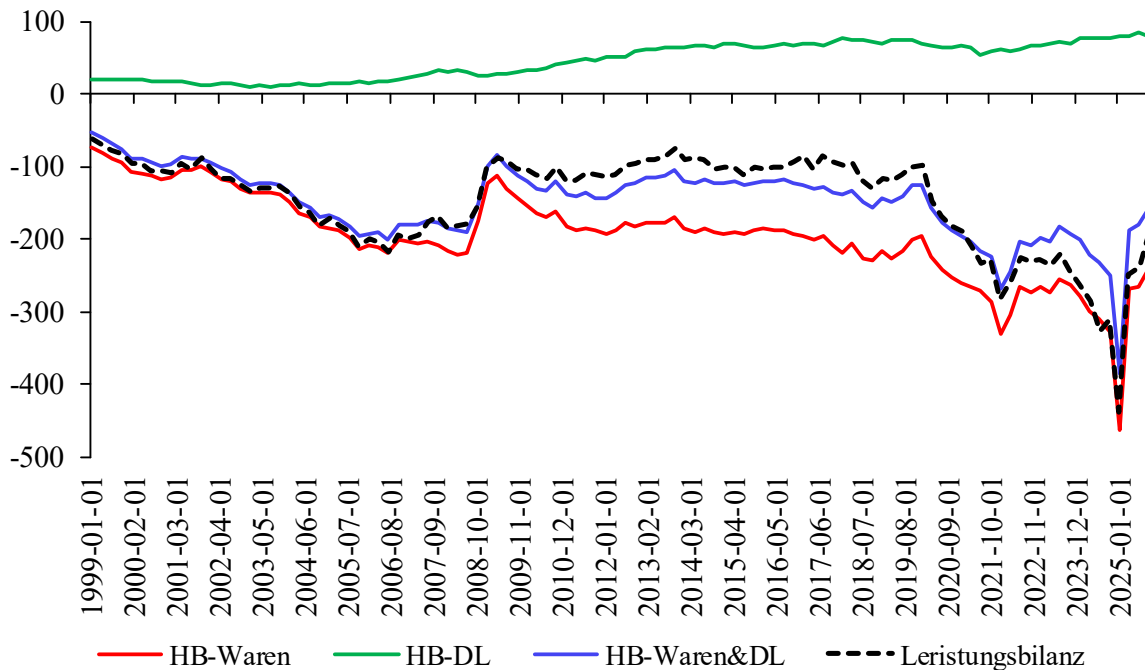
Das erste und das Hauptziel, das Defizit in der *Handelsbilanz* zu verringern, wurde klar verfehlt. Nach der starken Zunahme des Defizits in der Handelsbilanz Waren und jene von Waren und Dienstleistungen zu Jahresbeginn 2025 (Vorzieheffekts wegen der zu erwartenden neuen Zölle) haben sich die Defizite bis November zwar verringert, sind im Dezember aber wieder angewachsen (siehe Abbildung 14a). Im Jahresdurchschnitt hat sich der Saldo der Bilanz von Waren und Dienstleistungen um 2,1 Mrd. USD verbessert, jener der Handelsbilanz (nur Waren) aber um 25,5 Mrd. USD verschlechtert. Der längerfristige Trend der Verschlechterung der Bilanzen konnte nicht nachhaltig gestoppt werden. Der steigende Trend in der Verbesserung der Dienstleistungsbilanz konnte aber den negativen Trend der Handelsbilanz nicht wesentlich umdrehen (siehe Abbildung 14b).

Abbildung 14a: Trend des steigenden US-Handelsbilanzdefizits kaum korrigiert
(Monate: Mrd. USD)



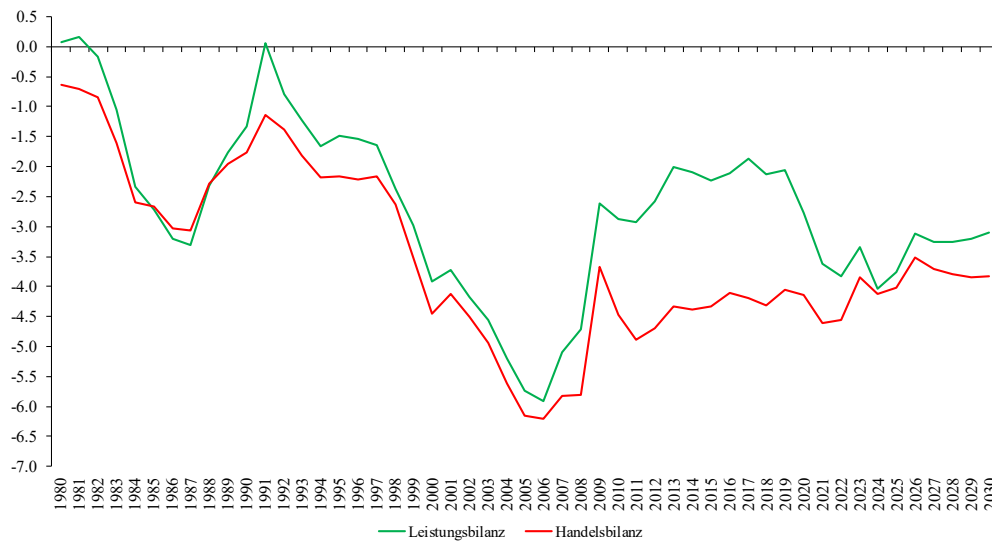
Quelle: <https://fred.stlouisfed.org/series/BOPGTB#>

Abbildung 14b: Positive Dienstleistungsbilanz kann negative Handelsbilanz nicht kompensieren (Quartale: Mrd. USD)



HB = Handelsbilanz; DL = Dienstleistungen; Leistungsbilanz = Exporte minus Importe von Waren plus Dienstleistungen plus Primär- und Sekundäreinkommen

Quelle: <https://fred.stlouisfed.org/series/IEABCS#>

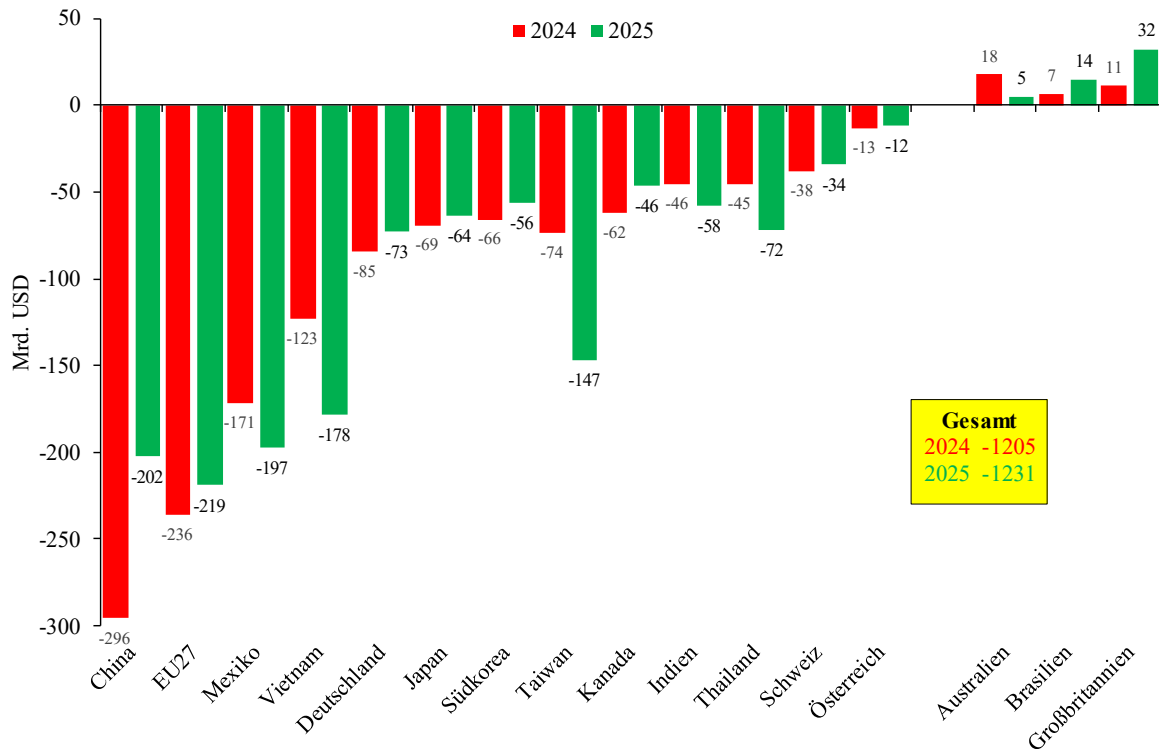
Abbildung 15: USA – Handels- und Leistungsbilanz in % des BIP

Quelle: Oxford Economics

Die *US-Leistungsbilanz* (Exporte minus Importe von Waren plus Dienstleistungen plus Primär- und Sekundäreinkommen) war 1980 noch ausgeglichen und sankt dann zusehends bis 1988 (-2,3% des BIP; siehe Abbildung 15. Anfangs der neunziger Jahre kam es kurzfristig wieder zum Ausgleich. Seit 1992 stieg das Defizit wieder bis zum vorläufigen Tiefpunkt im Jahr 2006 (-5,9% des BIP). Seither kam es zu einer graduellen Verbesserung auf rund -2% bis 2019. In der CORONA-Pandemie begann wieder eine Verschlechterung, die zum Tiefpunkt im Jahr 2024 führte (-4% des BIP). Da die USA ein Netto-Exporteur von Dienstleistungen sind, hat sich die Handelsbilanz zwar parallel zur Leistungsbilanz entwickelt, das Defizit lag aber immer unter jenem der Leistungsbilanz.

Auch die *bilateralen Handelsbilanzdefizite* haben sich trotz stark ansteigender „reziproker Zölle“ nur unwesentlich verändert (siehe Abbildung 16). Am stärksten hat sich die Handelsbilanzposition der USA gegenüber China verbessert, relativ wenig gegenüber der EU27, Japan, Korea und Kanada. Gegenüber den anderen wichtigen Handelspartnern hat das Defizit weiter zugenommen, am stärksten gegenüber Taiwan und Thailand. In den in Abbildung 14 angeführten Ländern, mit denen die USA Überschüsse erwirtschaftet, sind sie gegen Brasilien und Großbritannien gestiegen, gegenüber Australien kleiner geworden.

Abbildung 16: US-Handelsbilanzsalden mit den wichtigsten Handelspartnern: 2024 und 2025 (Mrd. USD)



Quelle: United States Census: U.S. Trade in Goods by Country:

<https://www.census.gov/foreign-trade/balance/#V>

Seitens der EU wird immer wieder eingewendet, dass die USA zwar ein hohes Handelsbilanzdefizit mit der EU aufweisen, dies aber größtenteils mit einem Überschuss in der Dienstleistungsbilanz kompensiert wird. Diese Tatsache negiert Donald Trump. Während die USA im Handel mit Gütern chronisch ein Defizit aufweisen, erwirtschaften sie mit Dienstleistungen Überschüsse. Laut Daten von BEA (Bureau of Economic Analysis – U.S. Department of Commerce⁶⁹) betrug das Handelsbilanzdefizit der USA 2024 insgesamt 1215,4 Mrd. USD (mit der EU -237 Mrd. USD). Die Bilanz im Dienstleistungshandel weist für 2024 insgesamt einen Überschuss von 311,9 Mrd. USD aus (mit der EU 88,6 Mrd. USD). Allerdings differieren die entsprechenden Statistiken mit jenen von Eurostat⁷⁰.

Der Trumpsche Ansatz, mit Zöllen allein das Defizit der Handelsbilanz (auf die sich Trump fixiert) und letztlich der Leistungsbilanz zu beseitigen, ist zum Scheitern verurteilt. Das zeigen eigene Simulationen mit dem Oxford Economics Global Model. Es würde unplausibel hohe allgemeine Zollsätze erfordern, um dieses Ziel zu erreichen.

⁶⁹ Siehe: <https://www.bea.gov/>

⁷⁰ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states_en

Selbst wenn die Zölle auf Importe der 15 wichtigsten Handelspartner (inklusive Kanada und Mexiko) auf 50% angehoben werden, würden die Defizite in beiden Bilanzen nur um rund einen Prozentpunkt kleiner ausfallen: bis 2030 würde das Defizit der Leistungsbilanz (Handelsbilanz) von -3% (-3,7%) des BIP auf rund -2% (-2,8%) schrumpfen. Das reale BIP würde kurzfristig um 0,3% schrumpfen und die Inflation um 1 ½% steigen.

Eine anhaltende Sanierung der Außenwirtschaftsbilanzen ist nur durch einen policy-mix aus Zöllen, Dämpfung der Inlandsnachfrage (Absorption: Konsum plus Investitionen) und einer Abwertung des US-Dollars zu bewerkstelligen. Eigene Simulationen mit dem RunGTAP-Modell mit Daten von 2023 (GTAP-Version 12) geben einen Hinweis, wieviel die US-AmerikanerInnen auf Konsum verzichten bzw. sparen müssten. Wenn die US-Regierung eine ausgeglichene Leistungsbilanz (ohne Zölle und Abwertung des Dollars) erzielen möchte, müsste der private und öffentlich Konsum um jeweils 6% und die Investitionen um 26% sinken, was zu einem Rückgang des nominellen BIP um 6% zur Folge hätte. Weil bei diesem Experiment der Deflator des BIP ebenfalls um 6 ½% sinken würde, wäre das mit einem leichten Anstieg des realen BIP von ½% verbunden. Die Wohlfahrt (Equivalent Variation) würde um ½% des BIP schrumpfen.

Neben dem makroökonomischen Ansatz müsste aber auch die inländische Industriebasis gestärkt werden, um die komparativen Vorteile, die durch die Auslagerung heimischer Wertschöpfung im Zuge der Hyperglobalisierung⁷¹ und wegen des Drucks unfairer Wettbewerber verloren gegangen sind, zurückzuerobieren.

2.4.3 Welthandel trotz Trumps Zollschock robust

Die aggressive Zollpolitik Trumps hat zwar große Verunsicherung im Welthandel ausgelöst, die bestehenden globalen Lieferketten geschockt und durch die Ungleichbehandlung der Handelspartner zu Verlagerungen der Welthandelsströme geführt. Trotz „der schlimmsten Verwerfungen der letzten 80 Jahre“ wegen der Trumpschen Zollpolitik⁷² ist der Welthandel 2025 stärker gewachsen als zuvor. Insgesamt hat der Welthandel den Trumpschen Zollschock fast unbeschadet überstanden (siehe Abbildung 17).

Nach einer Analyse des Jahres 2025 ist der Welthandel (Durchschnitt von Exporten und Importen) 2025 laut WTO⁷³ real um 4,6% (nach 2,7% 2024) und nominell um 7% (2,2%) gewachsen. In den USA sind die Importe nur geringfügig gesunken (real von 5,3% 2024 auf

⁷¹ Über den gegenwärtigen Zustand der Globalisierung, siehe Altman-Bastian (2026),

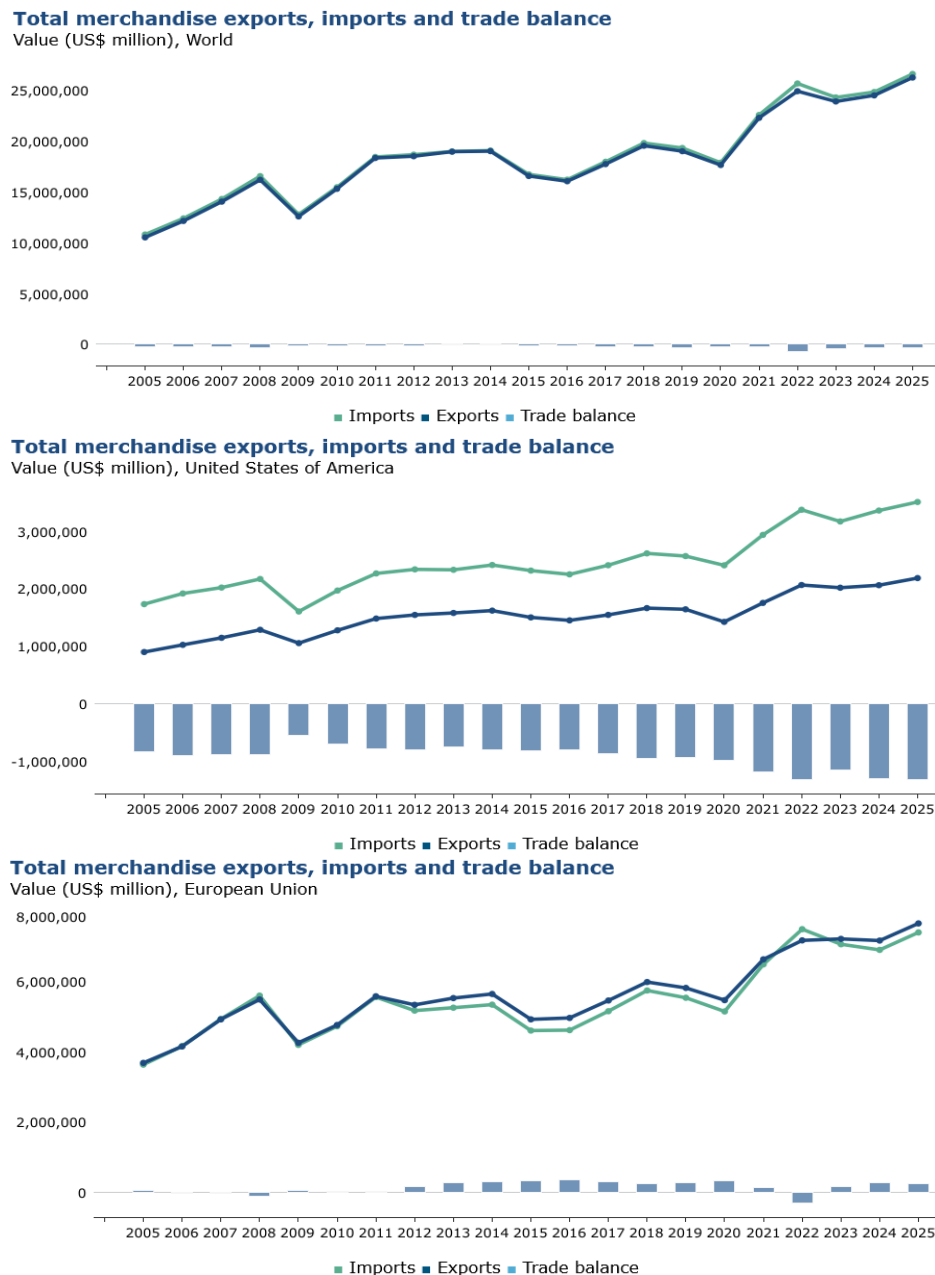
⁷² Aussage von WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala in „Die Welt“ vom 17.3.2026:

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus69b434744fddcc89518b1a40/wto-chefin-wir-erleben-gerade-die-schlimmsten-verwerfungen-der-letzten-80-jahre.html>

⁷³ Siehe: https://www.wto.org/english/res_e/statis_e/world_trade_statistics_e.htm

4.2% 2025; nominell von 6% auf 4,4%). Die Exporte sind sowohl real (3,2% 2025 nach 2,9% 2024) als auch nominell (von 2,2% auf 6%) gestiegen. In der EU hat sich der Export sowohl real (von -2% 2024 auf -0.4% 2025) als auch nominell (von -0,7% auf 6.8%) verbessert. Die Importe sind real aber gesunken (von 2,6% auf 1,4%), nominell aber gestiegen (von 2,3% auf 7,2%).

Abbildung 17: Geringe Spuren der Trumpschen Zollpolitik im Welthandel 2025



Quelle: WTO: World Trade Statistics – Key insights and trends in 2025
(https://www.wto.org/english/res_e/statis_e/world_trade_statistics_e.htm)

Laut IMF (2026) steht die Weltwirtschaft im Schatten des Irankriegs. Die größten Auswirkungen hat nicht die anhaltend restriktive US-Zollpolitik, sondern die Störung des

Welthandels durch die wegen der Sperre der Straße von Hormus steigenden Öl- und Gaspreise und Angebotsverknappung auf den Energiemärkten. Dennoch dürfte das reale BIP der Welt rund um 3% steigen (2025 3,4%, 2026 3,1%, 2027 3,2%). Für die USA wird nach einem Zuwachs von 2,1% das reale BIP 2026 um 2,3% und 2027 um 2,1% und damit das Wachstum geringer ausfallen von Oxford Economics prognostiziert (siehe Tabelle 10). Die Weltexporte (Weltimporte) sollten laut IMF 2026 um 3% (2,6%) steigen und 2027 um 3,7% bzw. 4%.

Tabelle 10: Extra-EU-Warenhandel 2024 und 2025 – Welche Umlenkungseffekte?

	Exporte	Importe	Export- anteil	Import- anteil
	Länder im Vergleich zu Gesamthandel ^{§)}			
	Veränderung 2024/2025 in %		%	%
Großbritannien	-0.95	-7.04	13.10	6.72
Kanada	-0.59	8.25	1.82	1.13
Mexiko	-3.02	13.66	2.03	1.20
Schweiz	10.99	2.54	7.54	5.60
Brasilien	-5.04	-13.57	1.64	1.88
Japan	-4.51	-3.67	2.54	2.61
China	-9.90	4.90	8.13	21.26
Indien	-2.56	-5.70	1.82	2.92
USA	1.85	2.35	20.43	13.49
Welt	0.00	0.00	100.00	100.00
	Veränderung 2024/2025 in %			
	Exporte	Importe		
EU-Extra-Handel ^{*)}	6.84	7.51		
USA Gesamthandel ^{†)}	5.99	0.46		
	Außenhandel zwischen EU und USA			
	Veränderung 2024/2025 in %			
	Exporte	Importe		
EU mit USA ^{*)}	8.69	9.88		
USA mit EU ^{†)}	12.07	4.54		

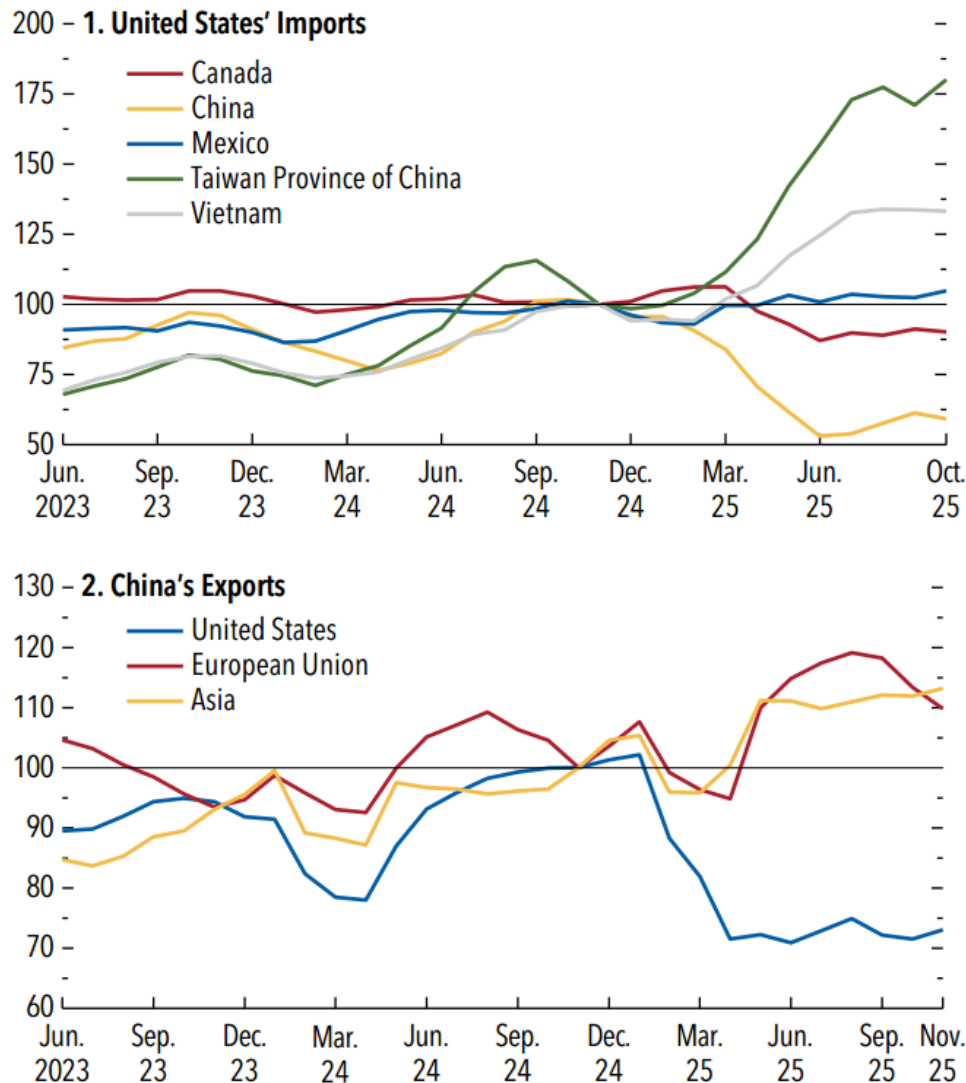
§) Wachstum der EU-Exporte (EU-Importe) nach (von) Land j minus Wachstum des gesamten EU-Extra-Handels: UN Comtrade.

Quellen: ^{*)} UN Comtrade; ^{†)} United States Census.

Die Simulationen mit CGE-Modellen (Kapitel 2.3.2) haben *Handelsumlenkungen* auf den EU-Binnenmarkt vorausgesagt. Sie sind tatsächlich eingetreten. In Tabelle 10 werden Umlenkungen als positive Abweichungen der EU-Importe aus Drittländern von den Veränderungen der Gesamtimporte der EU in Prozentpunkten ausgewiesen. Entgegen den Voraussagen kam es zu relativ starken Umlenkungen der Handelsströme aus Mexiko (+13,7%) und Kanada (+8,3%). Jene aus asiatischen Ländern, sind wie erwartet eingetreten:

China +4,9%, Vietnam +14%, Thailand +6,2% und Taiwan +1,9%. Auch die Schweiz (+2,5%) hat seine Handelsströme in die EU verlagert, das sie anfänglich mit massiven „reziproken Zöllen“ belegt wurde.

Abbildung 18: Umorientierung des globalen Handels



Quelle: IMF (2026), S. 3

Erstaunlich ist, dass trotz der stark angehobenen US-Zölle im Jahr 2025, der EU-USA-Handel gegenüber 2024 sogar noch zunahm. Je nach statistischer Quelle sind zwar die ausgewiesenen Zahlen unterschiedlich (siehe Tabelle 10), aber positive Zuwächse weisen alle aus.

Auch der IMF (2026) konstatiert, dass der Welthandel 2025 robust blieb. Das kräftige Wachstum der technologiebezogenen Exporte glich die nachlassende Dynamik bei den Exporten in anderen Produktkategorien aus. Davon profitierten insbesondere die asiatischen

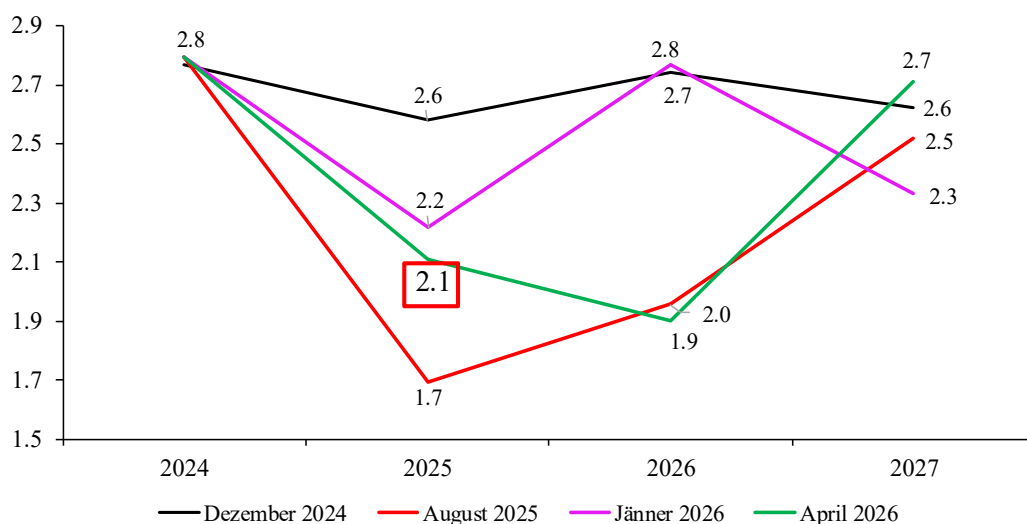
Volkswirtschaften. Insgesamt kam es zu einer Neuausrichtung der globalen Lieferketten und die Umorientierung des globalen Handels setzte sich fort (siehe Abbildung 18).

Die *US-Importe* aus China gingen stark zurück. Auch die Importe aus Kanada sanken. Diese Rückgänge wurden durch einen Anstieg der Importe aus Taiwan, Vietnam und, in geringerem Maße, Mexiko ausgeglichen. Wegen der hohen US-Zölle auf China-Importe lenkte China seine Exporte von den USA auf andere asiatische Volkswirtschaften und vorübergehend auch auf den EU-Binnenmarkt um. Chinas Handelsüberschuss bei Waren erreichte 2025 einen Rekordwert von 1,2 Billionen US-Dollar (6 Prozent des BIP).

2.4.4 Erstaunliche Resilienz der US-Wirtschaft

Ein Vergleich der Prognosen für die USA vor dem „Liberation Day“ und danach mit den realisierten Werten zeigt folgendes Bild. Ende 2024 wurde das Wachstum des realen BIP für 2025 sowohl von der Europäischen Kommission als auch vom IMF nahezu exakt vorausgesagt. Oxford Economics (OEF) war im Dezember 2024 für das Jahr 2025 mit einem BIP-Wachstum von 2,6% zu optimistisch (siehe Abbildung 19).

Abbildung 19: BIP-Prognosen für die USA vor und nach dem „Liberation Day“



Quelle: Oxford Economics – Prognosen von Dezember 2024 bis April 2026

Nach dem „Liberation Day“ wurden die Prognosen für die USA immer düsterer. Die OEF-Prognose vom August 2025 – als man die revidierten Zollsätze kannte, schätzte OEF ein Wachstum für 2025 von nur noch 1,7%, also eine Rücknahme der Prognose um fast einen Prozentpunkt. Auch für das Jahr 2026 wurde ein schwaches Wachstum von 2% vorausgesagt.

Im Jänner 2026 korrigierte das OEF seine Prognose für das US-BIP auf 2,2% für 2025, was nahezu dem tatsächlichen Wert (+2,1%) entsprach und sah für 2026 eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 2,7% vor (das entsprach fast der Prognose vom Dezember 2024 mit +2,8%). Danach hat sich das politische Umfeld wieder stark verändert. Einerseits wurde durch das IEEPA-Urteil des Supreme Courts vom 20. Februar 2026 der größte Teil der Trump-Zölle von 2025 aufgehoben, andererseits verursachte die militärischen Intervention Israels und der USA im Iran am 28. Februar 2026 einen neuen globalen Schock für die Weltwirtschaft.

In der Prognose vom April 2026 korrigierte das OEF seine Prognose des US-BIP auf nur noch 1,9% für 2026 und einen leichten Aufschwung für 2027. In den abgeschwächten Konjunkturverlauf für 2026 sind nun nicht so sehr die Trump-Zölle verantwortlich, sondern der Iran-Schock, der auch die USA-Wirtschaft in Form steigender Energie- und damit Verbraucherpreise getroffen hat.

Tabelle 11: USA – Spuren der Trumpschen Zollpolitik in makroökonomischen Indikatoren

	2024	2025	2026	2027
GDP, real %	2.8	2.1	1.9	2.7
Privater Konsum, real %	2.9	2.6	1.7	2.7
Brutto-Anlageinvestitionen, real %	3.5	2.7	3.3	3.7
FDI, herein % BIP	1.0	1.3	1.5	1.5
Exporte, iwS, real %	*) 3.6	1.6	2.9	1.4
Waren, real %	2.0	1.8	1.6	-0.7
Importe, iwS, real %	*) 5.8	2.7	0.0	3.1
Waren, real %	5.2	2.5	-1.5	2.5
Handelsbilanz, % BIP	-4.1	-4.0	-3.6	-3.7
Leistungsbilanz, % BIP	-4.0	-3.6	-3.2	-3.3
BIP-Deflator, %	2.5	2.8	2.7	2.0
Verbraucherpreise, %	3.0	2.7	3.3	2.1
Industrieproduktion, %	-0.6	1.2	1.4	1.8
Wechselkurs: USD/EUR, %	+) 0.1	4.4	2.6	1.5
Realer effektiver Wechselkurs, %	*) 2.4	0.3	-2.4	-0.1
Federal Funds Rate, %	5.2	4.2	3.4	3.1
Zinssatz 10-jährige Staatsanleihen, %	4.2	4.3	4.2	4.2
Aktienindex, %	26.7	14.5	9.0	9.5
Beschäftigung, %	0.2	1.4	-0.4	0.0
Arbeitslosenquote %	4.0	4.3	4.4	4.3
Net-Lending, % BIP	-8.0	-7.4	-8.8	-8.0
Staatsschulden, % BIP	137.9	137.4	140.0	141.7

*) Exporte (Importe) iwS (im weiteren Sinne) bedeutet Waren und Dienstleistungen.

+) Anstieg (Sinken) bedeutet Abwertung (Aufwertung) des US-Dollars gegen den Euro.

*) Anstieg (Sinken) bedeutet effektive Aufwertung (Abwertung) des US-Dollars.

Quelle: Oxford Economics, April 2026

Die von Präsident Trump mit seiner aggressiven Zollpolitik erhoffte Stimulierung der heimischen *Industrieproduktion* ist bisher ausgeblieben. Zwar stieg die Industrieproduktion

von -0,6% im Jahr 2024 auf +1,2% im Jahr 2025, aber von einem Erfolg für die US-Industrie ist nichts zu sehen (siehe Tabelle 11). Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen sind langsamer gewachsen als 2024. Von den in den Trade Deals ausgehandelten ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) ist 2025 noch kaum etwas zu spüren gewesen. In der OEF-Prognose wird allerdings für die kommenden Jahr ein Anstieg erwartet.

Der nach der massiven Verschärfung der Zollpolitik 2025 modellmäßig erwartete Anstieg der Import- und dann der *Verbraucherpreise* ist vorerst nicht eingetreten. Die Verbraucherpreise sind sogar von 3% 2024 auf 2,7% zurückgegangen (siehe Tabelle 11). Auch die Preise für Nahrungsmittel sind nur leicht von 2,3% auf 2,9% angestiegen. Interessanterweise sind die Importpreise für Waren sogar von 0,5% auf 0,0% gesunken.

Wo sind die Zolllasten geblieben bzw. wer hat sie bezahlt? Laut diversen Analysen trägt die *Hauptlast der Zölle* die US-Importeure. Laut Cavallo et al. (2026) betrug der pass-through (die Weitergabe) der Zölle an den Einzelhandel 24% und trug bis Oktober 2025 etwa 0,76 Prozentpunkte zum Verbraucherpreisindex für alle Waren bei. Laut Hinz et al. (2026) sind die US-Zölle von 2025 ein Eigentor: Amerikanische Importeure und Verbraucher tragen fast die gesamten Kosten. Ausländische Exporteure tragen nur etwa 4% der Zollbelastung – die restlichen 96% werden an die US-Käufer weitergegeben. The Federal Reserve Bank of New York (Amiti et al., 2026) finden, dass die ausländischen Exporteure nur 6% (Jänner-August 2025) bis 14% (November 2025) der Zollbelastung tragen. Die Hauptinzidenz liegt aber bei den US-Importeuren: von Jänner-August 2025 94%, im November noch 86%.

Die *Zolleinnahmen* der USA sind durch die Trumpsche Zollpolitik im Jahr 2025 deutlich gestiegen: im Jänner 2025 8 Mrd. USD auf 30 Mrd. USD im Dezember. Insgesamt nahm der Staat im Jahr 2025 274 Mrd. USD ein, im Jahr 2024 nur 86 Mrd. USD. Damit stieg der Anteil an den gesamten Staatseinnahmen von 1 ½% auf 5%.

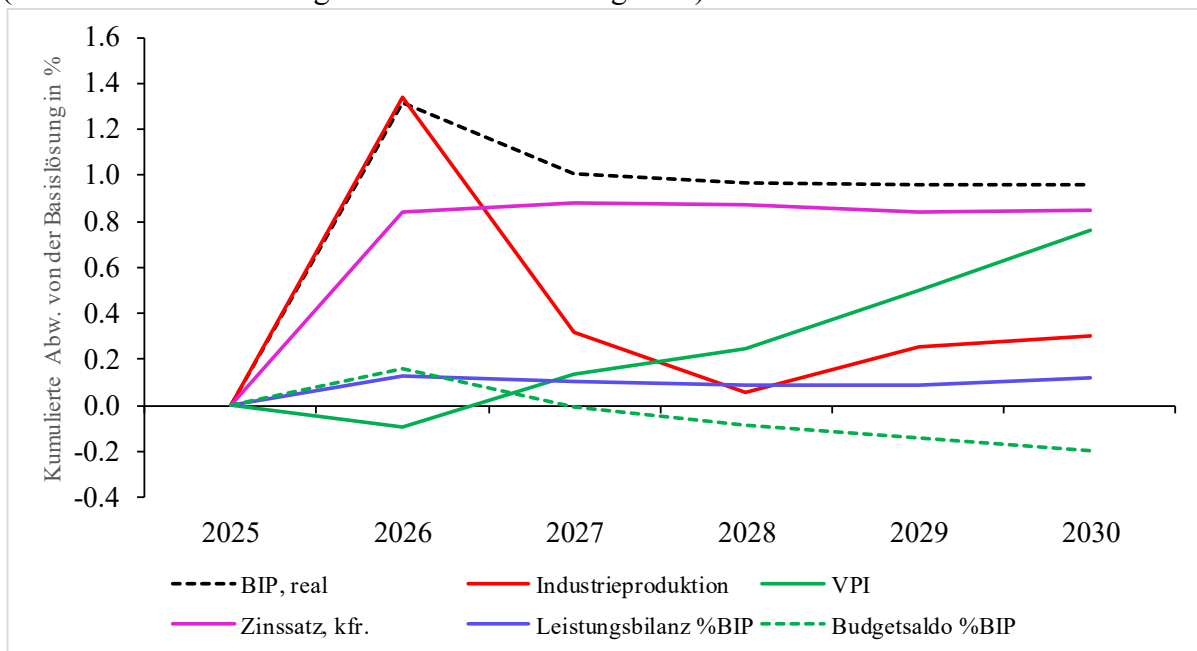
Nach Schätzung des Congressional Budget Office⁷⁴ bewirkt die Aufhebung der IEEPA-Zölle durch den Supreme Court am 20. Februar 2026, dass das prognostizierte Defizit im Zeitraum 2026–2036 um 2,0 Billionen USD höher ausfallen dürfte als zuvor angenommen. Die Schätzungen berücksichtigen nicht die am 24. Februar 2026 gemäß Abschnitt 122 des Trade Act von 1974 verhängten Zölle. Die im Rahmen der IEEPA-Befugnisse eingenommenen Einnahmen machten etwa 50% der zwischen Januar 2025 und dem 20. Februar 2026 eingenommenen Zölle in Höhe von insgesamt rund 300 Milliarden USD.

⁷⁴ Siehe: <https://www.cbo.gov/publication/62210>

2.4.5 Retten die Trade Deals die US-Wirtschaft?

Neben der (noch) nicht materialisierten Erwartung, dass die hohen US-Zölle die heimische Industrie schützen und ausländische Unternehmen anziehen würde, hat Präsident Trump mit seiner erpresserischen Handelspolitik viele Trade Deals (siehe die Boxen 1-5) abgeschlossen, in denen sich die Partner verpflichtet haben, in den nächsten Jahren ausländische *Direktinvestitionen (FDIs)* zu tätigen. Im Folgenden wird mittels Simulationen mit dem Oxford Economic Global Model simuliert, wie sich die Realisierung dieser Zusagen auf die US-Wirtschaft auswirken könnte.

Abbildung 20: Auswirkungen der in den Trade Deals mit EU, Japan, Korea vereinbarten FDIs in den USA auf wichtige Makrovariablen in den USA
(Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %)



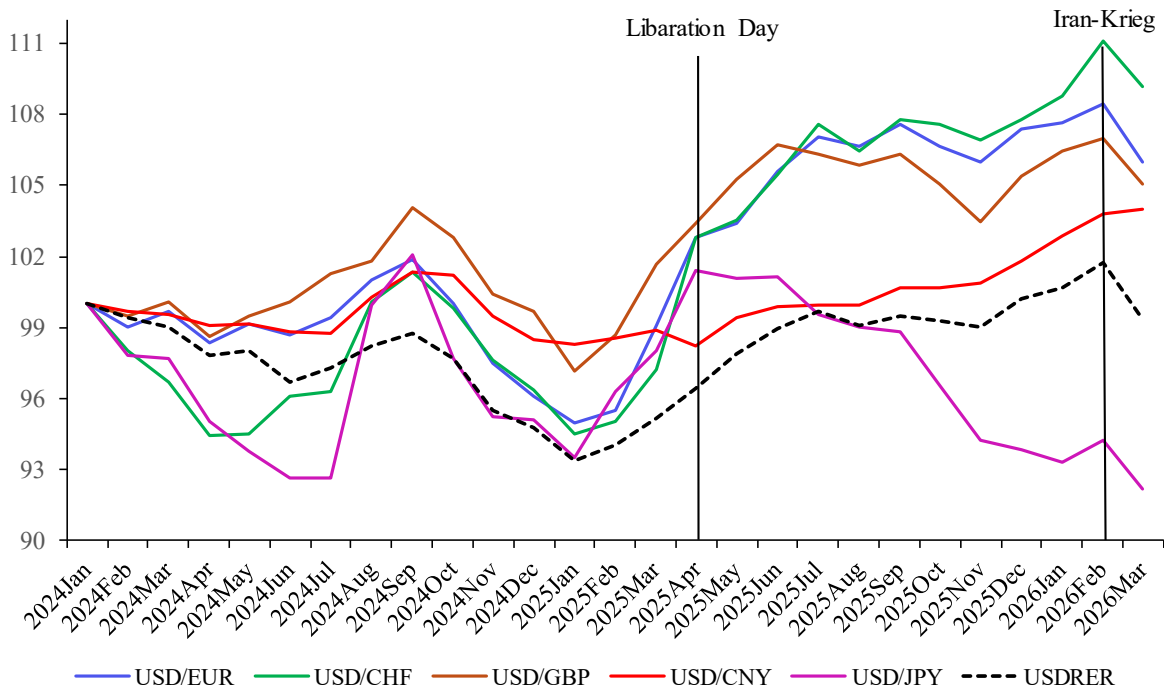
Quelle: Simulationen mit dem Oxford Global Model.

Konkret werden die Zusagen von FDIs in den Trade Deals von EU (siehe Box 2), Japan (Box 3) und Südkorea (Box 4) simuliert. Es wird angenommen, dass die Nebenabsprachen über FDI-Zusagen der drei Länder zu realen privaten Bruttoanlageinvestitionen in den USA im Ausmaß von 1100 Mrd. USD oder 1,2% des BIP über den Zeitraum 2026 bis 2028 (aus Südkorea von 2026-2030) führen werden. Das reale BIP (und die Industrieproduktion) würde im Jahr 2026 um 1,3% steigen und dann auf jährlich 1% abflachen (die Industrieproduktion würde stärker zurückgehen; siehe Abbildung 20).

2.4.6 Geldpolitische Abfederung der Zollschocks

Eine Erklärung, warum die Zölle nicht die volle negative Wirkung auf die US-Wirtschaft ausgeübt haben, ist die Reaktion der Wechselkurse.

Abbildung 21: US-Zollpolitik und Wechselkursreaktionen (Jänner 2024=100)



Ein Anstieg (Sinken) bedeutet eine Abwertung (Aufwertung) des USD gegen andere Währungen
 CHF = Schweizer Franken; GBP = Pfund Sterling, CNY = Chinesischer Yuan Renminbi, JPY = Japanischer Yen, USDRER = Realer effektiver Wechselkurs des US-Dollars (Quelle: FRED)
 Quelle: Europäische Zentralbank

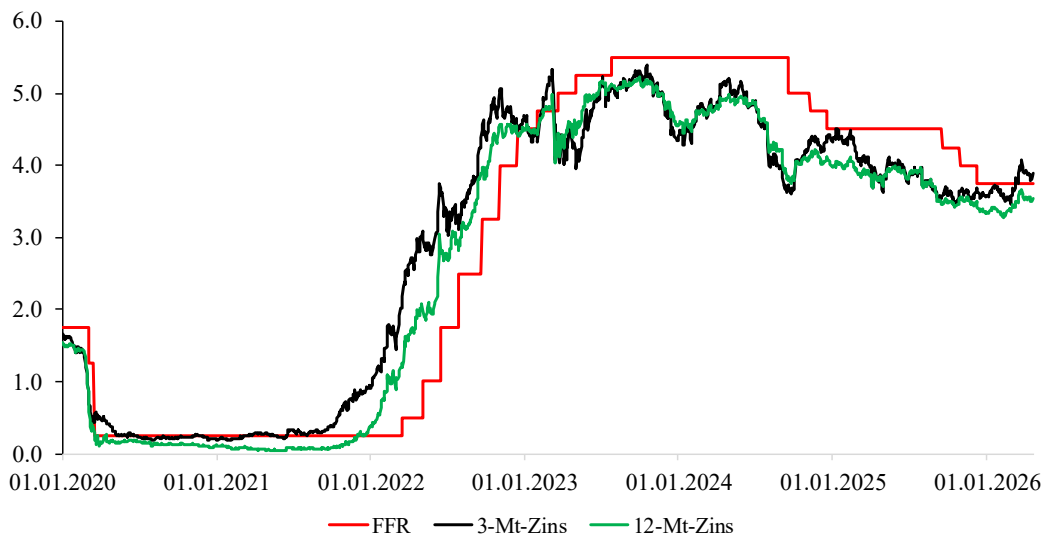
Ostry et al. (2025) zeigen mit einer neuen Datenbank (die Zollschocks, zollbezogene Ankündigungen, Drohungen und Umsetzungen seitens der USA, Chinas, des Euroraums und Kanadas zwischen 2018 und 2020 sowie im Jahr 2025 erfasst) wie Wechselkurse auf Zölle reagieren. Wechselkurse reagieren auf US-Zollschocks je nach Vergeltungsmaßnahmen systematisch unterschiedlich: Der US-Dollar (USD) wertet auf, wenn der Zoll einseitig verhängt wird, wertet jedoch ab, wenn andere Länder Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Die Autoren schließen, dass die Abwertung des USD nach der Ankündigung der US-Zölle am 2. April 2025 („Liberation Day“) nicht überraschend war (siehe Abbildung 21). Der sprunghafte Anstieg der Renditen langlaufender US-Staatsanleihen war hingegen eher unerwartet beispiellos.

Bianchi et al (2025) untersuchen die Frage, wie die optimale geldpolitische Reaktion auf Zölle aussieht. Im Rahmen eines neu-keynesianischen Modells einer offenen Volkswirtschaft

untersuchen sie die makroökonomischen Auswirkungen von Zöllen. Die optimale geldpolitische Reaktion ist expansiv, wobei die Inflation über die direkten Auswirkungen der Zölle hinaus ansteigt. Dieses Ergebnis gilt unabhängig davon, ob Zölle auf Konsumgüter oder Vorleistungen erhoben werden, ob der Schock vorübergehend oder dauerhaft ist und ob die Terms of Trade exogen oder endogen sind.

Da die Inflationsauswirkungen der Trumpschen Zollpolitik im Jahr 2025 gering waren, reagierte die Fed auf die „Liberation Day“-Zölle zunächst abwartend und als die Inflation ruhig bleibt, ab September leicht expansiv, indem sie die Federal Funds Rate von 4,33% schrittweise bis Jahresende 2025 auf 3,64% senkte (siehe Abbildung 22). Aber dieses Zugeständnis der Fed war Präsident Trump viel zu gering: er wünsche sich eine viel aggressivere Senkung der Zinsen, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Abbildung 22: Reaktion der Geldpolitik – 3 Zinssätze in den USA



FFR = Federal Funds Rate; 3 Mt Zins = 3-Monats-LIBOR; 12 Mt Zins = Federal Reserve Treasury Bills.

Quelle: Macrobond

3. Nach dem Supreme-Court-Urteil

Am 20. Februar 2026 hat der Oberste Gerichtshof der USA (Supreme Court) endgültig mit einer Mehrheit von 6:3 entschieden, dass alle IEEPA-Zölle nicht verfassungskonform und daher aufzuheben sind. Er bestätigte somit das Urteil des United States Court of International Trade (CIT) vom 28. Mai 2025. Zwei Parteien klagten gegen die IEEPA-Zölle wegen eines „nationalen Notstandes“. Präsident Trump nutzte die IEEPA-Begründung (nationaler Notstand) für die Einführung von Zöllen gegen den illegalen Import von Drogen (Fentanyl) von Kanada, Mexiko und China und für die Einhebung von „reziproken Zöllen“ in

unterschiedlicher Höhe von allen Drittstaaten wegen des Handelsbilanzdefizits am „Liberation Day“. Gegen beide zollpolitischen Maßnahmen gab zwei Klagen. The Learning Resources (zwei kleine Firmen) klagten im United States District Court for the District of Columbia. Diese Klage wurde von der Regierung und den CIT verwiesen. Die zweite Klage stammt von V.O.S. Selections inc., et al. (5 kleine Firmen und 12 Bundesstaaten).

Bereits kurz nach der Verkündung der reziproken Zölle am Liberation Day, am 28. Mai 2025 hat der United States Court of International Trade (CIT) die von Trump verkündeten reziproken Zölle in einer Stellungnahme (Opinion) eindeutig als rechtswidrig beurteilt⁷⁵. Die US-Verfassung regelt in Art. I, §8, cls.1, 3 die Zuständigkeit für die Zollpolitik. Dieser Artikel gibt dem Kongress die Macht, "Steuern, Zölle, Abgaben und Verbrauchsteuern" zu erheben und "den Handel mit dem Ausland zu regeln". Das Gericht glaubte, dass der International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) aus dem Jahr 1977 und andere Notstandakte die „Liberation Day“-Zölle nicht rechtfertigt, da Handelsbilanzdefizite als Begründung für einen „nationaler Notstand“ kaum angemessen sind.

Ein US-Berufungsgericht bestätigte am 29. August 2025⁷⁶ größtenteils die Meinung des United States Court of International Trade, dass IEEPA nicht erlaubt, Sonderzölle wegen des „nationalen Notstandes“ einzuheben. Das Berufungsgericht bezieht sich besonders auf die Zölle gegen Kanada, Mexiko und China vom Februar 2025 mit der Begründung, dass der dauernde Zustrom von illegalen Drogen profunde Konsequenzen für die USA hätte. Fünf Executive Orders (1. Februar 2025: 14193: 25% Zölle auf alle Importe aus Kanada, 14194: 25% Zölle auf alle Importe aus Mexiko, 14195: 10% Zoll auf alle Importe aus China; 2. April 2025, 14257: „Reziproke Zölle“ von 11% bis 50%, 12. August 2025, 14266: 10% Zölle auf China-Importe) sind daher nichtig. Der IEEPA sagt nur, dass der Präsident mit einer Gefahr (z.B. dem illegalen Handel mit Drogen) umgehen muss. Aber die Art, wie das geschehen soll (z.B. durch Zölle) steht nicht im IEEPA (S. 4, S. 65).

Das Berufungsgericht setzte sein Urteil, das nicht die sektoralen Zölle auf Stahl, Aluminium und Autos bezieht, bis zum 14. Oktober 2025 aus, um dem Weißen Haus Zeit zu geben, dagegen Berufung beim Obersten Gerichtshof (Supreme Court) einzulegen⁷⁷. Am 4. September 2025 hat die US-Regierung Berufung beim Supreme Court eingereicht und forderte den Obersten Gerichtshof auf, die Entscheidung des Berufungsgerichts aufzuheben.

⁷⁵ Siehe United States Court of International Trade (Opinions): <https://www.cit.uscourts.gov/sites/cit/files/25-66.pdf>

⁷⁶ Siehe: United States Court of Appeals for the Federal Circuit, Case 25-1812, Decision: August 29, 2025: https://www.cafc.uscourts.gov/opinions-orders/25-1812.OPINION.8-29-2025_2566151.pdf

⁷⁷ Siehe: https://www.cafc.uscourts.gov/opinions-orders/25-1812.ORDER.8-29-2025_2566157.pdf

Der Oberste Gerichtshof hat am 5. November 2025 mit der Anhörung zur Rechtmäßigkeit der von Donald Trump verhängten weltweiten Zölle begonnen.

Das Urteil des Berufungsgerichts vom 29. August 2025 betrifft nicht alle neuen Zölle. Die industriespezifischen Zölle auf viele Metalle (Stahl, Aluminium, Kupfer), Autos, Medikamente und Halbleiter basieren auf der Section 232 der Trade Expansion Act von 1962 und bleiben daher in Kraft.

Zwar schaffte das Urteil eine Grundlage für Rückerstattungsansprüche im Zusammenhang mit den IEEPA-Zöllen, doch ließ das Gericht mehrere zentrale Fragen offen. Regelungen zu Verfahren, Umfang oder Modalitäten möglicher Rückzahlungen wurden im Urteil nicht getroffen. Am 22. Februar 2026 kündigte die U.S. Customs and Border Protection (CBP) an, dass ab 24. Februar 2026 keine IEEPA-Zölle mehr eingehoben werden⁷⁸. Auch die Frage der Refundierung wurde geklärt. Auf Grund zahlreicher Klagen um Refundierung ordnete der CIT am 4. März 2026 an, dass die Zollbehörde (CBP) die Refundierung der zu Unrecht eingehobenen IEEPA-Zölle zu refundieren sind. Am 4. März 2026 stellte das CBP⁷⁹ fest, dass es aus technischen Gründen nicht in der Lage sei, die massiven Anfragen wegen Refundierung der ungerechtfertigt eingehobenen IEEPA-Zölle innerhalb von 45 Tagen durchzuführen. Später wurde ein neues System, das Consolidated Administration and Processing of Entries (CAPE) für die Abwicklung der Refundierungen entwickelt. Es handelt sich um einen Betrag von schätzungsweise 166 Mrd. USD von insgesamt im Jahr 2025 274 Mrd. USD kassierten Zöllen. Dieser Einnahmenausfall dürfte dazu beitragen, dass das vom Laut Congressional Budget Office⁸⁰ am 5. März 2026 könnte dieser Einnahmenausfall dazu führen, dass das geschätzten Budgetdefizit in der Periode 2026-2036 um 2 Billionen USD höher zu liegen kommen könnte. Dabei sind die neuen Zölle auf die Reaktion des Ausfalls der IEEPA-Zölle noch nicht berücksichtigt. Mit Stand Juli 2026 hat die US-Zollbehörde 81 Mrd. USD wegen die vom Supreme Court als widerrechtlich eingestuft IEEPA-Zölle an US-Unternehmen erstattet.⁸¹

3.1 Trump sucht Ersatz

Das Urteil des Supreme Courts wurde von Präsident Trump als Fehlurteil eingestuft. Es hat aber klargestellt, dass der Wunsch Trumps, die Handelspartner „ungleich“ mit „reziproken

⁷⁸ Siehe: https://content.govdelivery.com/bulletins/gd/USDHSCBP-40b11c9?wgt_ref=USDHSCBP_WIDGET_2

⁷⁹ Siehe: Möllenhoff & Partner: <https://www.ra-moellenhoff.de/zoll/ieepa-cbp-ace-und-cape-die-rueckerstattung-der-rechtswidrigen-us-zoelle>

⁸⁰ Siehe: <https://www.cbo.gov/publication/62210>

⁸¹ Siehe FOCUS vom 19. Juli 2026: https://www.focus.de/finanzen/news/81-milliarden-retour-trumps-historische-zoll-pleite_5a830ef9-d93c-4caf-ab84-fa517b82e5fd.html

Zöllen“ zu behandeln, fehlgeschlagen ist. Nicht verworfen wurde alle anderen, sektoralen Zölle: für Importe aus allen Ländern Aluminium, Kupfer und Stahl 50%, Autos und Autoteile 25%. Und diese Sätze gelten mit Ausnahme von Sonderregelungen in den Trade Deals (z.B. mit Großbritannien: Aluminium, Kupfer, Stahl nur 25%; Autos 10%; mit EU, Japan, Schweiz; Autos 15%) für alle Länder. Damit ist eine der WTO-Grundregeln, die „Gleichbehandlung“ wieder eingehalten.

Aber Trump hat diese Niederlage nicht auf sich sitzen lassen, sondern sofort nach Verkündung des Urteils des Supreme Courts neue Zölle angekündigt. Tatsächlich hat der Präsident in einem Fact Sheet bereits am 20. Februar 2026⁸², angekündigt (für 150 Tage), temporär 10% Zölle (zusätzlich) auf alle Waren (mit spezifischen Ausnahmen: gewisse Agrarprodukte, pharmazeutische Produkte, gewissen elektronische Produkte, kritische Mineralien, Section 233 Güter: Aluminium, Kupfer, Stahl, Autos) aus allen Ländern (ausgenommen die USMCA-Länder Kanada und Mexiko) einzuführen. Sie traten am 24. Februar 2026 in Kraft und endeten am 24. Juli 2026. Er beruft sich dabei auf Section 122 des Trade Act von 1974, der fundamentale internationale Zahlungsprobleme (Handelsbilanzdefizit) anspricht. Die gleich anschließend angedrohte Erhöhung der Zölle auf 15% wurden nicht wahr gemacht.

Am 7. Mai 2026 hat der United States Court of International Trade (ICT) der Klage von The State of Washington, et al., und Burlap and Barrel, Inc. et al. gegen die Vereinigten Staaten recht gegeben und mit drei zu einer Stimme entschieden, dass die am 24. Februar 2026 eingeführten Zölle von 10% auf alle Waren nicht rechtens sind. Section 122(a) des Trade Act von 1974 bezieht sich auf große und ernsthafte Zahlungsbilanzdefizit der USA. Trump meint damit aber große Handelsbilanzdefizite. In einer Welt flexibler Wechselkurse gibt es keine Zahlungsbilanzdefizite. Bei der Einführung von Section 122 wurde noch an das Fix-Wechselkurssystem von Bretton-Woods gedacht, das aber 1973 zerbrach und von einem System flexibler Wechselkurse abgelöst wurde. Die Trump-Administration ging in Berufung, aber nach Ablauf der 150-Tage-Frist waren diese Zölle ohnehin obsolet.

Laut Experten stehen Präsident Trump weiter Optionen nach dem Trade Act von 1974 zur Verfügung. Es sind dafür immer *Untersuchungen* durch das Office of the United States Trade

⁸² Siehe The White House: Fact Sheet: President Donald J. Trump Imposes a Temporary Import Duty to Address Fundamental International Payment Problems, February 20, 2026: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2026/02/fact-sheet-president-donald-j-trump-imposes-a-temporary-import-duty-to-address-fundamental-international-payment-problems/>; siehe auch: Federal Register: 2026-03824 (91 FR 9339; published Vol. 1, No. 37, February 25, 2026), Proclamation 11012 of February 20, 2026: “Imposing a Temporary Import Surcharge To Address Fundamental Payments Problems”: <https://www.federalregister.gov/documents/2026/02/25/2026-03824/imposing-a-temporary-import-surge-to-address-fundamental-international-payments-problems>

Representative (USTR) notwendig, um die jeweiligen Nachteile für die US-Wirtschaft zu belegen. US-Handelsbeauftragter Greer zeigte denn auch den Weg in die Zukunft auf: die Abschnitte (Sections) 122, 301 und 232. Diese ermächtigen den Präsidenten aus verschiedensten Gründen Zölle gegen Drittstaaten einzuführen (siehe Müller, 2025). Diese Meinung wird auch vom Global Trade Alert⁸³ vertreten. Seit Februar 2025 hat sich der Geltungsbereich von *Section 232* kontinuierlich ausgeweitet. Im Rahmen eines fortlaufenden Verfahrens werden neue Produkte in den bestehenden Zollanwendungsbereich aufgenommen. Acht im Jahr 2025 eingeleitete Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen und betreffen 214 sechsstellige HS-Codes. Die Sektoren, die derzeit untersucht werden, sind: Arzneimittel, kritische Mineralien, Verkehrsflugzeuge und deren Teile, Drohnen, Polysilizium und dessen Derivate, Windkraftanlagen und Komponenten, Robotik und medizinische Ausrüstung, einschließlich persönlicher Schutzausrüstung und medizinischer Verbrauchsmaterialien.

Am 11. März 2026 gab der Handelsbeauftragte der USA, Jamieson Greer die Einleitung von Untersuchungen durch das USTR gemäß Section 301(b) des Handelsgesetzes von 1974 gegen 60 Länder bekannt⁸⁴. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde festgestellt, ob diese Handlungen, Maßnahmen und Praktiken unangemessen oder diskriminierend sind und den Handel der Vereinigten Staaten beeinträchtigen oder einschränken (unfaire Handelspraktiken). Die von diesen Untersuchungen betroffenen Volkswirtschaften waren u.a. China, die EU, Singapur, die Schweiz, Norwegen, Indonesien, Malaysia, Kambodscha, Thailand, Korea, Vietnam, Taiwan, Bangladesch, Mexiko, Japan und Indien. China hat als einziges Land dagegen protestiert.

Am 2. Juni 2026 hat die USTR die Section-301-Untersuchungen abgeschlossen und kam zum Schluss, dass die 60 untersuchten Volkswirtschaften zu wenig unternommen haben, um Waren, die mit *Zwangsarbeit* hergestellt wurden, zu unterbinden. Daher gab das USTR am 23. Juli 2026 die Empfehlung ab, nach Section 301 des Trade Act von 1974 Zölle zwischen 10% und 12,5% einzuführen. Mit der Erklärung der USTR traten ab 24. Juli 2026 diese Zölle als Nachfolge der 10% IEEPA-Zölle nach Section 122 desselben Trade Acts vom Februar 2026, die am 24. Juli 2026 nach 150 Tagen ausgelaufen sind, in Kraft⁸⁵. Die Zölle wurden auf Importe aus 60 Ländern verhängt, weil diese kein Einfuhrverbot für mit Zwangsarbeit hergestellte Waren erlassen und wirksam durchgesetzt hatten.

⁸³ Siehe: <https://globaltradealert.org/blog/s232-expanding-when-ieepa-fell>. Global Trade Alert analysiert darin auch noch im Detail den 431-seitigen Untersuchungsbericht des USTR laut Section 301 des Trade Act von 1974.

⁸⁴ Siehe: <https://ustr.gov/about/policy-offices/press-office/press-releases/2026/march/ustr-initiates-section-301-investigations-relating-structural-excess-capacity-and-production>

⁸⁵ Siehe USTR vom 23. Juli 2026: <https://ustr.gov/about/policy-offices/press-office/press-releases/2026/july/ustr-takes-action-forced-labor-section-301-investigations>

Im Fact Sheet zu der USTR-Entscheidung⁸⁶ wird argumentiert, dass die USA das einzige Land weltweit seien, das ein Einfuhrverbot für Produkte, die unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, erlassen und wirksam durchgesetzt hat. Präsident Trump fordert alle Handelspartner auf, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen, um Zwangsarbeit aus den globalen Lieferketten zu verbannen. Präsident Trump setzt sich bereits seit seiner ersten Amtszeit dafür ein, Zwangsarbeit aus globalen Lieferketten zu verbannen. Im Zuge der Ablösung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) durch das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (USMCA) sicherte sich Präsident Trump historische Zusagen von Kanada und Mexiko, eigene Einfuhrverbote für Produkte aus Zwangsarbeit zu erlassen. In seiner zweiten Amtszeit hat Präsident Trump die Verabschiedung eines Importverbots für Produkte aus Zwangsarbeit als wesentlichen Bestandteil der Abkommen über den gegenseitigen Handel aufgenommen. Bis heute haben sich zehn Handelspartner bereit erklärt, ein solches Verbot in ihren Abkommen über den gegenseitigen Handel zu verankern, und weitere Länder haben in den letzten Wochen als Reaktion auf diese Untersuchungen entsprechende Verbote erlassen.

Im Einklang mit den konkreten Anweisungen des Präsidenten hat der US-Handelsbeauftragte USTR folgende Feststellungen getroffen:

- 10% ist der angemessene Satz für Zölle gemäß Section 301 für die untersuchten Volkswirtschaften, die (i) ein Einfuhrverbot für durch Zwangsarbeit hergestellte Waren verhängen; (ii) sich verpflichtet haben, ein solches Verbot im Rahmen eines Abkommens über den gegenseitigen Handel zu erlassen und durchzusetzen; oder (iii) eine Teilregelung eingeführt haben, die die Einfuhr bestimmter Waren, bei deren Herstellung Zwangsarbeit zum Einsatz kam, verhindert. Bei diesen Volkswirtschaften handelt es sich um: Argentinien, Bangladesch, Kambodscha, Kanada, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Indien, Indonesien, Jordanien, Malaysia, Mexiko, Pakistan, Sri Lanka, Trinidad und Tobago sowie das Vereinigte Königreich.
- 10% bzw. 12,5% abzüglich des Meistbegünstigungssatzes (MFN) ist der angemessene Satz für Zölle gemäß Abschnitt 301 für bestimmte Waren aus der Europäischen Union, Taiwan, Japan, Korea und der Schweiz. Diese Länder hätten zwar Maßnahmen gesetzt, aber noch zu wenig umgesetzt. In der EU gibt es zwar eine „Lieferkettengesetz“ (Die Richtlinie: CSDDD: Corporate Sustainability Due Diligence Directive), die aber erst ab 26. Juli 2029 zur Anwendung kommen soll.

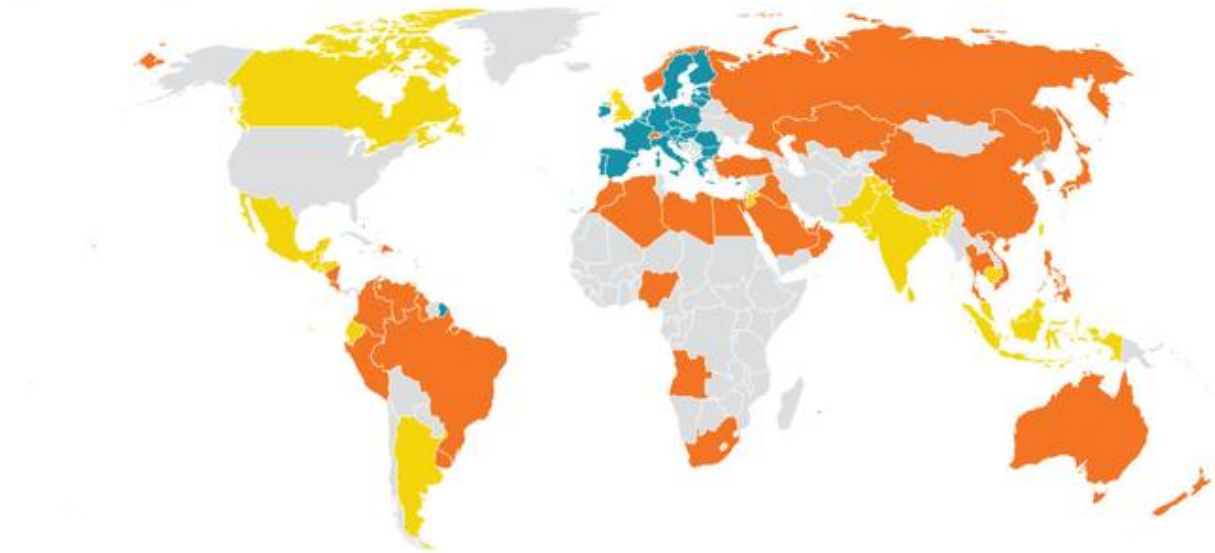
⁸⁶ Siehe: USTR Fact Sheet vom 23. Juli 2026: <https://ustr.gov/about/policy-offices/press-office/fact-sheets/2026/july/fact-sheet-ustr-section-301-action-response-failure-60-economies-ban-imports-produced-forced-labor>

- 12,5% ist der angemessene Satz für Zölle gemäß Abschnitt 301 für alle anderen untersuchten Volkswirtschaften.

Diese Maßnahme gilt für die 60 wichtigsten Handelspartner der USA, auf die 99,4 % der US-Importe entfallen (siehe Abbildung 23). Es gibt viele Ausnahmen: insbesondere die hohen spezifischen Zölle laut Section 232 (Autos, Aluminium, Stahl etc.) bleiben unverändert.

Abbildung 23: Section-301-Zölle wegen Zwangsarbeit für 60 Staaten

■ 10% tariff ■ 12.5% tariff ■ EU member (10% tariff)



Quelle: <https://www.pbs.org/newshour/politics/25-states-sue-over-trump-administrations-latest-tariffs-citing-supreme-court-ruling>

Für die EU wird diese Maßnahme (die keine Extrazölle bedeuten) nichts ändern, weil der in Turnberry vereinbarte EU-US Trade Deal am 25. Juni 2026 rechtlich abgesegnet wurde, bei dem US-Importe aus der EU ohnehin mit 15% verzollt werden. Laut Global Trade Alert werden von den 60 untersuchten und betroffenen Ländern, 38 eine Flat-rate von 12,5% bezahlen (u.a. China, Brasilien, Vietnam, Russland), 17% werden eine Flat-rate von 10% bezahlen (u.a. Indien, Mexiko, Kanada, Großbritannien), drei Länder werden MFN-netto 12,5% bezahlen (Japan, Südkorea, Schweiz) und die EU müsste MFN-netto 10% bezahlen, was unter dem Satz von 15% laut dem EU-USA Trade Deal liegt. MFN-netto bedeutet z.B. für die EU: liegt der Meistbegünstigungszoll (MFN-Zoll) unter 10%, müssen der MFN-Zoll und der Section-301-Zoll zusammen 10% ergeben. Liegt der MFN-Zoll bei 10% oder darüber, beträgt der angewandte Section-301-Zoll Null Prozent. Die EU kritisierte die Begründung der neuen Zölle mit „Zwangsarbeit“. Auch rechtliche Anfechtungen in den USA sind nicht ausgeschlossen.

Laut Global Trade Alert dürften sich die Effektivzölle der USA nach der Einführung der Section-301-Zölle gegenüber den ausgelaufenen Section-122-Zöllen kaum ändern: von 11,2% auf 11%.

Eine Gruppe von 25 überwiegend demokratischen Staaten hat am 3. August 2026 Klage gegen die Trump-Regierung wegen der Section-301-Zölle gegen 60 Staaten beim Internationalen Handelsgericht (CIT) eingereicht⁸⁷. Die Klagenden argumentieren, dass die Zölle willkürlich und launenhaft seien und im Widerspruch zu dem Gesetz stünden, auf dessen Grundlage sie angeblich verhängt wurden. Die Begründung der Regierung lautete, dass die 60 Länder alle mit Waren handeln, die „ganz oder teilweise unter Einsatz von Zwangsarbeit“ hergestellt wurden. In der Klage wird vorgeworfen, dass der Vorwand, gegen Länder vorzugehen, die Zwangsarbeit in ihren Produktionsmethoden einsetzen, lediglich ein Mittel sei, um die Handelsagenda der Regierung voranzutreiben. Dort heißt es: „Die klagenden Bundesstaaten lehnen Zwangsarbeit in all ihren Formen ab und unterstützen den Schutz von Arbeitnehmern weltweit. Die Regierung darf jedoch Zwangsarbeit nicht als Vorwand nutzen, um ihr illegales Zollsystem fortzusetzen. Die vom US-Handelsbeauftragten (USTR) verhängten Zölle sind so weit gefasst, dass sie den vom USTR selbst erklärten Zielen zuwiderlaufen und das Gesetz, mit dem sie gerechtfertigt werden, ad absurdum führen.“

Die Lust, immer neue Zölle einzuführen, hat Trump immer noch nicht verloren. Er kündigt am 22. Juli 2026 hohe Zölle auf Arzneimittel ab 2028 an⁸⁸. Er will Arzneimittelhersteller zu einer Produktion in den USA bewegen. Ab Sommer 2028 sollen Strafzölle auf importierte *Arzneimittel-Generika* auf bis zu 200% steigen. Ab Sommer 2028 sollen zunächst für ein Jahr Sonderabgaben in Höhe von 100% erhoben werden. Anschließend soll der Zollsatz auf 200% steigen.

Weiters droht er der EU wegen der Geldbuße gegen die *Google-Mutter Alphabet* (1Mrd. USD, 890 Million EUR) wegen Verstoßes gegen den Digital Markets Act (DMA)⁸⁹ mit Strafmaßnahmen. Trump kündigte an, dass die USTR eine Untersuchung nach Section 301 des Trade Act von 1974 wegen des "Beraubens" amerikanischer Unternehmen einleiten⁹⁰. Er

⁸⁷ Siehe: United States Court of International Trade (CIT): Complaint of 3 August 2026:

https://www.internationaltradeinsights.com/wp-content/uploads/sites/610/2026/08/1-26CV03467_DocketEntry_08-03-2026_2.pdf; sowie: JURISTNews vom 4. August 2026:

<https://www.jurist.org/news/2026/08/multistate-coalition-files-lawsuit-in-cit-challenging-trump-administration-global-tariffs/>; siehe auch: <https://www.pbs.org/newshour/politics/25-states-sue-over-trump-administrations-latest-tariffs-citing-supreme-court-ruling>

⁸⁸ Siehe ARD Tagesschau vom 22. Juli 2026: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/trump-zoelle-arzneimittel-generika-100.html>

⁸⁹ Siehe Europäische Kommission vom 23. Juli 2023: https://digital-markets-act.ec.europa.eu/commission-fines-google-eur890-million-breaches-digital-markets-act-2026-07-23_en

⁹⁰ Siehe ARD Tagesschau vom 24. Juli 2026: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-google-eu-100.html>

warf der Europäischen Kommission "Raub" vor, für den Europa "einen sehr hohen Preis zahlen" werde.

3.2 Ein Handelskrieg USA-Kanada bahnt sich an

In einem zusätzlichen Schlag holte Trump gegen *Kanada* aus. Unter Berufung auf Section 338 des Tariff Act of 1930 (Smoot-Hawley Act) wurden Zölle von 50% für Autos, alkoholische Getränke und Milchprodukte ab 19. August 2026 verordnet⁹¹. Die Begründung lautet, dass US-Produkte in Kanada (hauptsächlich steuerlich) diskriminiert werden. Kanada hätte ein Zollsystem eingeführt, das ausschließlich für US-amerikanische Kraftfahrzeuge gilt, und behandelt den Handel mit anderen Ländern im Bereich Kraftfahrzeuge günstiger als den Handel mit den Vereinigten Staaten, wie in der Canada United States Surtax Order (Motor Vehicles 2025), SOR/2025-118, festgelegt. Dies widerspreche dem United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA).

Am 19. August 2026 – kurz vor Inkrafttreten der 50%-Strafzölle hat Trump die Zölle gegen Kanada für drei Tage ausgesetzt⁹². Da die Verhandlungen über ein Handelsabkommen USA-Kanada gescheitert sind, traten die 50%-Zölle ab 22. August 2026 in Kraft. Sie betreffen alkoholische Getränke, Milchprodukte, Hockeyschläger und Sperrholz aus Kanada. Die Maßnahmen betreffen kanadische Waren im Wert von rund 20 Mrd. US-Dollar (rund 17 Mrd. Euro).

Nach dem Scheitern der Verhandlungen, kündigte der kanadische Premier Mark Carney an, dass er die 50% US-Zölle „Dollar for Dollar“ vergelten werde. Am 25. August 2026 kündigte er Zölle zwischen 15% und 50% auf 700 aus den USA importierte Produkte an⁹³. Die Gegenzölle auf Importe aus den USA im Wert von 27,6 CAD (20 Mrd. USD) traten am 8. September 2026 in Kraft. Die 50-prozentigen Zölle betreffen wichtige Sektoren wie Stahl, Aluminium, Möbel und Bekleidung, 25-prozentige Zölle gelten für Käse, Haushaltsgeräte und

⁹¹ Siehe The White House: Declarations vom 20. Juli 2026. Für Autos: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/07/imposing-additional-duties-to-offset-canadian-discrimination-against-the-commerce-of-the-united-states-with-respect-to-motor-vehicles/>; für alkoholische Getränke: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/07/imposing-additional-duties-to-offset-canadian-discrimination-against-the-commerce-of-the-united-states-with-respect-to-alcoholic-beverages/>; für Milchprodukte: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/07/imposing-additional-duties-to-offset-canadian-discrimination-against-the-commerce-of-the-united-states-with-respect-to-dairy/>

⁹² Siehe ORF.at vom 19. August 2026: <https://orf.at/stories/3439574/>

⁹³ Die genaue Liste der betroffenen Produkte findet man auf: <https://www.canada.ca/en/departement-finance/news/2026/08/list-of-products-from-the-united-states-subject-to-counter-tariffs-effective-september-8-2026.html>

bestimmte Meeresfrüchte, während die 15-prozentigen Zölle auf Elektronik und Werkzeuge erhoben werden⁹⁴.

Der Handelsstreit zwischen beiden Ländern eskaliert inzwischen zu einem veritablen „*Handelskrieg*“, und das interessanterweise zwischen Partnern des Freihandelsabkommens USMCA. Trump verkündete am Montag, den 24. August 2026 außerdem eine Verdopplung der Zölle auf kanadische Fahrzeuge. Am 1. Jänner 2027 würden die Zölle auf Pkws, Lkws sowie Autoteile und Stahl aus dem Nachbarland auf 50% erhöht. Für kanadische Autos galt bisher ein US-Zoll von 25%, für Stahl galt für die meisten Produkte bereits ein Satz von 50%. Zusätzlich gab Trump per Dekret die Umbenennung des Lake Ontario in Lake Amerika bekannt⁹⁵.

Mit einer Erklärung am 8. September 2026 reagierte Trump sofort auf die kanadischen Gegenzölle⁹⁶. Zum einen wurde die Produktliste der US-Importe aus Kanada, die mit 50% Zoll belegt wurden, modifiziert und durch eine neue ersetzt. Zum anderen verordnete Trump einen Importstopp auf bestimmte kanadische Milch- und andere Produkte. Trump betont, dass die 50%-US-Zölle nach Section 338 auch auf Produkte angewendet werden, die nach dem USMCA ihren Ursprung in Kanada haben. Die Zölle gelten zusätzlich zu den unter Section 232 schon bestehenden Zölle. In dieser Erklärung lobt sich Trump, dass seine „America First Trade Policy“ bereits Früchte trägt. Durch Einführung hoher Zölle verlagern ausländische Firmen ihre Produktion in die USA und schaffen neue Arbeitsplätze. Amerikanische Yogurt-Erzeuger Chaban investiert 1,2 Mrd. USD in den USA, Rolls-Royce 1 Mrd. USD und die Schweizer Pharmafirma Octapharma 1,5 Mrd. USD.

Die Abhängigkeit beider Länder ist asymmetrisch, d.h. Kanada hängt viel stärker von den USA ab als umgekehrt: 2025 gingen 72% aller kanadischen Exporte in die USA und 58% der Importe stammten aus den USA. Das ergab einen Handelsbilanzüberschuss mit den USA seitens Kanadas von 82 Mrd. kanadischen Dollar (CAD). Die USA exportierten 2025 15% ihre Gesamtausfuhren nach Kanada und importierten aus Kanada Waren mit einem Anteil von 11% der Gesamtimporte. Das seitens der US-Statistikbehörde United States Census⁹⁷ ausgewiesene Defizit mit Kanda betrug 48,3 Mrd. USD. Der durchschnittliche Wechselkurs betrug 2025: 1 USD = 1,3978 CAD.

⁹⁴ Einen Überblick (U.S.–Canada Tariffs: Timeline) der Zollpolitik beider Länder seit Anfang 2025 findet man auf: <https://www.blakes.com/insights/us-canada-tariffs-timeline-of-key-dates-and-documents/>

⁹⁵ Siehe The White House: Executive Order vom 27. August 2026: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/08/honoring-the-american-history-of-the-great-lakes-and-renaming-lake-ontario-as-lake-america-3a36/>

⁹⁶ Siehe The White House: Fact Sheets vom 8. Septebmer 2026: <https://www.whitehouse.gov/fact-sheets/2026/09/fact-sheet-president-donald-j-trump-responds-to-canadas-retaliation/>

⁹⁷ Siehe: https://www.census.gov/foreign-trade/Press-Release/current_press_release/index.html

Ein vollständiger Handelskrieg zwischen USA und Kanada, in dem beide Länder jeweils die Importe (ohne Dienstleistungen) des jeweils anderen mit 50% Zöllen belegen würde, hätte nach Simulationen mit der CGEBox mit GTAP12-Daten aus dem Jahr 2023 folgende Auswirkungen: Kanada wäre der große Verlierer; sein reales BIP würde um 3,1%, jenes der USA nur um 0,2% langfristig schrumpfen. Die bilateralen Exporte würden um 62,2% (Kanada in die USA) bzw. um 74,2% (USA nach Kanada) sinken. Das entspräche einem absoluten bilateralen Handelsrückgang von 263 Mrd. USD. Da die nun gegenseitig eingeführten 50%-Zölle ein Handelsvolumen von jeweils nur rund 20 Mrd. USD betreffen, belaufen sich die Auswirkungen auch auf nur rund 1/10 jener eines vollständigen Handelskrieges.

3.3 Was bleibt von den Handelsabkommen?

Nach dem Urteil des Supreme Courts war zunächst das Schicksal der 2025 abgeschlossenen Handelsabkommen mit zahlreichen Staaten (siehe Boxen 1-5) offen. Dort wurden neben Zugeständnissen bei einigen Sektorzöllen, meist ein fixer Zollsatz (z.B. mit der EU 15%) vereinbart. Zwischenzeitlich scheinen die bilateralen US Trade Deals zu halten.

Das gilt vor allem für das wichtige USA-EU-Handelsabkommen. Nach der rechtlichen Klärung des USA-EU Trade Deals (siehe Box 2) scheint die Angelegenheit zumindest für die EU vorläufig erledigt zu sein. Die seitens der EU erlassenen beiden Verordnungen (Null Zölle auf EU-Einfuhren aus den USA und 15% Zölle auf US-Einfuhren aus der EU; sowie Zollfreikontingente für einige agrarische Produkte) traten am 1. Juli 2026 in Kraft.

3.4 Trumps handelspolitische Agenda 2026

Man soll sich nicht täuschen. Die Schlappe durch den Supreme Court vom 20. Februar 2026 hat nicht etwa Trump überzeugt, dass seine handelspolitischen Aktionen ökonomisch sinnlos sind, sondern im Gegenteil, ihn angestachelt auf dem Irrweg der Zölle als Allheilmittel der US-Wirtschaftspolitik weiter zu schreiten.

Im Februar 2026 – noch vor dem Urteil des Supreme Courts publizierte das USTR (2026) den Jahresbericht 2025 über die Trumpsche Handelspolitik und stellte die handelspolitische Agenda der USA für 2026 vor. Nach einer Analyse der Ursachen für das seit Anfang 2020 stetig zunehmenden Handelsbilanzdefizits der USA wird die Handelspolitik 2025 von Präsident Trump als erfolgreich gelobt. Als Ursache für das stetig wachsende Handelsbilanzdefizit wird nicht die Abnahme der komparativen Vorteile der USA angesehen, sondern die ungleiche Zollbehandlung im Rahmen der Hyperglobalisierung, die viele

Arbeitsplätze in den USA gekostet hat. Laut WTO (2025A) sind die USA (3,4%) das Land mit den niedrigsten gebundenen MFN-Zollsätzen. Der entsprechende Zollsatz der EU im Jahr 2024 war 5%, jener Japans 3,9%, China 10%, Vietnam 11,7%, Brasilien 31,4%, Schweiz 6,9% und Indien 50,8%.

Die „America First Trade Policy in 2026“ (USTR, 2026, S. 3) ist charakterisiert durch folgende Ziele und Maßnahmen. Das Ziel ist die *Halbierung des Handelsbilanzdefizits* und die Stimulierung der amerikanischen Wirtschaft. Als Maßnahmen werden sechs Kerngebiete der „America First Trade Policy“ genannt:

- Fortsetzung des Programms: Agreement on Reciprocal Trade (ART)⁹⁸;
- Starke Durchsetzung der ARTs sowie weitere Handelsabkommen und Durchsetzung der US-Handelsgesetze;
- Sicherung der Wertschöpfungsketten für kritische Mineralien und Sektoren;
- Überprüfung des USA-Mexiko-Kanada Handelsabkommens (USMCA);
- Den Handel mit China bezüglich Reziprozität und Ausgleich managen;
- Förderung der amerikanischen Interessen in internationalen Institutionen.

Der Jahresbericht 2025 der USTR (2026) kritisiert die bisherige US-Handelspolitik, die auf Handelsliberalisierung und globale Regeln setzte, als Fehlannahme. Zwar führten Institutionen wie GATT und WTO zu offenen Märkten, doch fehlte es laut Bericht an Gegenseitigkeit: Während die USA ihren Markt weit öffneten, schützten andere Länder ihre Märkte durch Zölle und nichttarifäre Hemmnisse.

Seit den 1970er-Jahren entwickelten sich dadurch chronische Handelsdefizite, die auf strukturelle Ungleichgewichte im globalen Handelssystem zurückgeführt werden. Ursachen seien unter anderem merkantilistische Strategien anderer Staaten, Währungsmanipulationen sowie staatliche Industriepolitik. Gleichzeitig verlagerte sich die Produktion zunehmend ins Ausland, was die US-Industrie schwächte.

Selbst Bemühungen mittels eines kooperativen Ansatzes in den achtziger Jahren zwischen den G5-Ländern USA, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Japan und Großbritannien schlugen fehl. Dazu wurden zwei Abkommen geschlossen: der *Plaza Accord*⁹⁹ vom 22.

⁹⁸ Bisher hat die USTR ARTs mit folgenden Ländern abgeschlossen: Argentinien, Bangladesch, Kambodscha, El Salvador, Guatemala, Indonesien, Malaysien und Taiwan. Mit folgenden Staaten wurden Rahmenprogramme abgeschlossen: Ecuador, EU, Indien, Japan, Nordmazedonien, Südkorea, Schweiz und Liechtenstein, Thailand und Vietnam.

⁹⁹ Siehe: <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Plaza-Abkommen>

September 1985 und der *Louvre Accord*¹⁰⁰ zwischen der Gruppe der G6-Länder (G5 plus Kanada) vom 22. Februar 1987.

Neuere Entwicklungen, insbesondere verstärkter Wettbewerb durch China sowie Handelsbarrieren in wichtigen Märkten wie der EU und Asien, hätten die Probleme weiter verschärft. 2024 erreichte das US-Handelsdefizit ein Rekordniveau.

Der Bericht sieht darin ein systemisches Versagen der bisherigen Handelsordnung und begründet damit den politischen Kurswechsel hin zur „America First Trade Policy“, die stärker auf Gegenseitigkeit und Schutz der heimischen Wirtschaft abzielt.

Es folgte der ominöse „Liberation Day“ am 2. April 2025 mit der Verkündung „reziproker Zölle“ wegen eines „nationalen Notstandes“, basierend auf dem IEEPA. Der Supreme Court machte am 20. Februar 2026 diesem Zoll-Spuk mit der Aufhebung der IEEPA-Zölle ein Ende. Damit bleibt aber das Problem des chronischen Defizits in Handels- und Leistungsbilanz weiterhin ungelöst!

3.5 Modellsimulationen

Eine erste Analyse des Budget Lab (TBL¹⁰¹) der Yale University schätzt die Auswirkungen aller US-Zölle und ausländischer Vergeltungsmaßnahmen, die bis zum 9. März 2026 in Kraft traten, einschließlich der 10-prozentigen Zölle gemäß Section 122 und der Aufhebung der auf dem IEEPA basierenden Zölle. In unserem Basisszenario laufen die Zölle gemäß Section 122 nach 150 Tagen aus, doch es gibt auch Schätzungen für ein Szenario, in dem sie dauerhaft beibehalten werden.

Zollsätze: Bevor die IEEPA-Zölle aufgehoben wurden, sahen sich die Verbraucher mit einem durchschnittlichen *effektiven Zollsatz* von 14,3% konfrontiert, dem höchsten seit 1939. Unmittelbar nach dem IEEPA-Urteil sank der Satz auf 7,3%. Nach der Verhängung der Zölle gemäß Section 122 stieg der Satz auf sein derzeitiges Niveau von 10,5%, den höchsten Stand seit 1943 (mit Ausnahme des Jahres 2025). Wenn diese Zölle in 150 Tagen auslaufen, wird der Satz wieder auf 7,3% sinken.

Preis- und Verteilungseffekte: TBL geht davon aus, dass die Federal Reserve die Zölle „ignoriert“ und einen Preisanstieg zulässt, sodass sich die Steuerlast eher über die Preise als über die Nominaleinkommen bemerkbar macht. Wenn die Zölle gemäß Section 122 wie geplant auslaufen, wird die letztendliche Auswirkung auf das Preisniveau zwischen 0,3% und 0,4% liegen, was für einen durchschnittlichen Haushalt einen Verlust zwischen 450 und 570

¹⁰⁰ Siehe: <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Louvre-Abkommen>

¹⁰¹ Siehe: <https://budgetlab.yale.edu/research/state-tariffs-march-9-2026>

Dollar bedeutet. (Werden sie stattdessen dauerhaft eingeführt, würde die Auswirkung auf die Preise zwischen 0,6% und 0,7% liegen und der Verlust für die Haushalte zwischen 770 und 940 Dollar betragen).

Makroökonomische Auswirkungen: Im Jahresvergleich profitiert die Wirtschaft im Jahr 2026 von niedrigeren Zollsätzen als im Vorjahr. Langfristig ist die US-Wirtschaft dauerhaft um 0,07% kleiner, was umgerechnet etwa 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr (in Dollar von 2025) entspricht. (Sollte Section 122 verlängert werden, ist der langfristige Verlust etwa doppelt so hoch.)

Langfristige Auswirkungen auf das sektorale BIP und die Beschäftigung: Langfristig stellen Zölle einen Zielkonflikt dar. Die Produktion im US-Fertigungssektor steigt um 0,7%, doch diese Zuwächse werden durch Einbußen in anderen Sektoren mehr als ausgeglichen: Die Produktion im Baugewerbe schrumpft um 1,7% und im Bergbau um 0,8%. (Diese Auswirkungen sind in ihrer Richtung ähnlich und fallen stärker aus, wenn Section 122 verlängert wird.)

Fiskalische Auswirkungen: Unter der Annahme, dass die Zölle gemäß Section 122 in 150 Tagen auslaufen, werden die von der Regierung eingeführten Zölle im Zeitraum 2026–2035 Einnahmen in Höhe von etwa 900 Milliarden US-Dollar generieren, wobei ein langsames Wirtschaftswachstum die Einnahmen schmälert und die dynamischen Nettoeinnahmen auf 830 Milliarden US-Dollar senkt. (Würden diese Zölle stattdessen dauerhaft eingeführt, lägen diese Zahlen bei 1,6 Billionen US-Dollar bzw. 1,5 Billionen US-Dollar.).

Eigene Simulationen über die globalen Auswirkungen der Zollpolitik Trumps nach dem Urteil des Supreme Courts („US-Zollregime 2026“) werden in der Folge mit dem CGE-Modell von CGEBox mit den aktuellen GTAP12-Daten von 2023 angestellt. Dieses Szenario ist wie folgt definiert:

Zusätzlich 10% Zollsatz nach Section 122 (Trade Act of 1974) auf alle Importe (außer den bestehenden sektoralen Zöllen auf Aluminium, Kupfer, Stahl 50% und Autos 25% – ohne Ausnahmen in den Trade Deals) aus allen Ländern (Ausnahme: keine Zölle nach Section 122 auf Importe aus Kanada und Mexiko wegen USMCA). Vernachlässigung der Abmachungen in den 2025 geschlossenen bilateralen Trade Deals (Boxen 1-5).

Die Ergebnisse (siehe Tabelle 12) zeigen folgende Abweichungen von den CGE-Simulationen des „US-Zollregime 2025“ („reziproke Zölle“ plus spezielle Abmachungen in den Trade Deals: Boxen 1-5):

1. Die *BIP- und Wohlfahrtseffekte* sind fast vernachlässigbar klein (siehe Tabelle 12). Das reale BIP verändert sich in den Handelspartnern der USA fast nicht, während es in den USA um nur 0,2% sinken dürfte. Auch die Wohlfahrtseffekte sind viel kleiner als in den Simulationen der Zollsituation 2025 (Vergleiche Tabelle 8). Leichte Gewinne gibt es für Mexiko und die USA.
2. Auch die *Handelseffekte* fallen milder aus (siehe Tabelle 12). Die starken Rückgänge der Exporte in die USA war 2025 aufgrund der asymmetrischen „reziproken Zölle“ viel stärker als im Zollregime 2026 (siehe Tabelle 4). Die USMCA-Länder Kanada und Mexiko profitieren von der Ausnahme der Zölle nach Section 122, obwohl sie bezüglich der Zölle nach Section 232 gleichbehandelt werden wie alle anderen US-Handelspartner. Nach Wegfall der Privilegien Großbritanniens im Trade Deal (Box 1) gehen die britischen Exporte in die USA auch zurück, während sie unter dem Zollregime 2025 noch gestiegen sind (Tabelle 4).

Tabelle 12: BIP-, Wohlfahrts- und Handelseffekte der Zollpolitik von Trump 2026
(Veränderungen gegenüber der Basislösung in %)

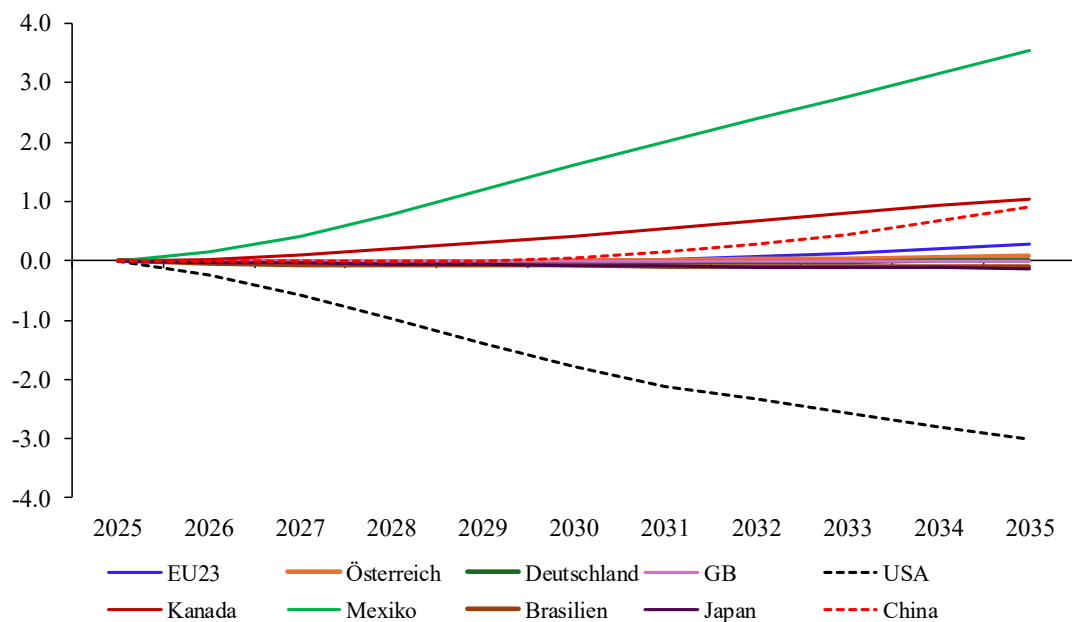
	GDP, real	Welfare (EV)	Exporte ...		
	%	% GDP	in die USA	in die Welt	in die EU
EU27	-0.01	-0.12	-13.02	-0.20	-0.67
Österreich	0.00	-0.10	-18.12	-0.06	0.96
Großbritannien	0.00	-0.10	-5.37	-0.64	0.18
Kanada	0.00	0.00	2.58	-1.41	-11.47
Mexiko	0.16	0.70	5.12	-0.07	-17.63
Schweiz	-0.01	-0.34	-14.21	-0.75	1.99
Brasilien	-0.03	-0.15	-20.95	-0.68	1.57
Japan	-0.01	-0.14	-14.61	-0.66	2.49
China	-0.01	-0.11	-17.59	-0.82	1.81
Indien	-0.02	-0.12	-10.61	-1.02	0.95
Welt	-0.05	-0.04	-9.63	-1.75	-0.30
USA	-0.19	0.14		-14.35	-15.21

Quelle: Eigene CGE-Simulationen mit Daten von 2023 (GTAP12): CGEBox

3. Die *Umlenkungseffekte in die EU27* (Tabelle 12) fallen im Zollregime 2026 auch wesentlich geringer aus. Durch die USMCA-Begünstigung gehen die Exporte von Kanada und Mexiko stark zurück. Die befürchtete Umlenkung seitens der asiatischen Staaten (vor allem China) tritt praktisch kaum ein. Der Grund ist einfach. Im Zollregime 2026 fällt praktisch die zollmäßige Benachteiligung Asiens gegenüber Europa weg. Nunmehr werden alle Länder gleichbehandelt.

Eine andere Studie, die sich auf Verwerfungen der Lieferketten spezialisiert, kommt zu etwas drastischeren Effekten der neuen Zölle. Die im Februar 2026 neu verhängten pauschalen US-Zölle von 10% auf Waren aus der EU könnten laut Modellrechnungen des Supply Chain Intelligence Institute Austria (ASCII¹⁰²) und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zu einem spürbaren, wenn auch moderaten, Rückgang der Wertschöpfung in Europa (BIP-Einbußen in der EU von 0,26%; Österreich -0,11%) führen. Der direkte Effekt, also der Rückgang der Exporte in die USA, fällt dabei vergleichsweise gering aus. Der überwiegende Teil der Verluste entsteht indirekt über europäische Produktionsnetzwerke und die geringere Nachfrage wichtiger Handelspartner innerhalb der EU. Besonders betroffen sind in Österreich vorleistungsintensive Industrien – allen voran Bergbau (-0,58 %), Chemie (-0,51 %), Metallserzeugnisse (-0,30 %) sowie Gummi- und Kunststoffwaren (-0,21 %).

Abbildung 24: Langfristige BIP-Effekte bei anhaltenden Trump-Zöllen von 2026 (BIP, real: kumulierte Abweichung von der Basislösung in %)



Quelle: Eigene Simulationen mit dem dynamischen CGE-Modell mit Daten von 2023 (GTAP12): CGEBox

Wenn die von Trump 2026 nach dem Urteil des Supreme Courts neu eingeführten Zölle von 10% - nicht wie entsprechend dem Trade Act von 1974 (Section 122) vorgesehen, nur für 150 Tage gelten, sondern 10 Jahre lang gelten sollten - , dann könnte es unter den gemachten Annahmen (siehe oben vor Tabelle 12) zu großen Verlusten für die USA und Gewinnen für

¹⁰² Siehe: <https://ascii.ac.at/news-events/neue-us-zolle-schwachen-osterreichs-industrie-vor-allem-durch-indirekte-abhangigkeiten/>

Kanada und Mexiko führen (siehe Abbildung 24). Die USA würden kumulativ nach 10 Jahren einen Verlust an realem BIP von 3% erleiden, Mexiko würde in ähnlichem Ausmaß gewinnen. Kanada könnte sein reales BIP um +1% steigern. Für die übrigen Drittstaaten (vor allem in der EU) wären kurzfristig nur kleine Einbußen zu erleiden, hätten aber nach 10 Jahren sogar BIP-Zuwächse von ¼ Prozentpunkt zu erwarten.

4. Globale Ungleichgewichte - Lösungsansätze

Im Jahresbericht 2025 kritisiert die USTR (2026) die bisherige US-Handelspolitik und zählt die Versäumnisse – national auf Seiten der US-Regierungen und international seitens der internationalen Organisationen (IMF, WTO) – auf, die zur stetigen Verschlechterung der Leistungsbilanzposition der USA beigetragen haben. Da bisherige Kooperationslösungen (Plaza Accord 1985 und Louvre Accord 1987) zwischen den G5- und G7-Ländern keine Lösung der globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen¹⁰³ gebracht haben, ergriff die US-Regierung unter Trump-II zur Lösung des Problems auf eigene Faust mit einem Paukenschlag von diskriminierenden Zollschocks und der Erpressung von asymmetrischen Trade Deals zu lösen.

4.1 Ohnmächtige WTO hat versagt

Nach dem Schock des „Liberation Days“ hat als einer der ersten der erfahrene WTO-Kenner, Thomas Cottier (2025) geurteilt, dass die neue Zollpolitik der USA in mehrfacher Hinsicht nicht WTO-konform ist. Die USA haben in der letzten erfolgreichen Zollrunde, der Uruguay-Runde von 1995 ihre Zölle zu 100% rechtlich gebunden. Die Bindung beträgt für Industriewaren 3.2% und 4.7% für Agrarwaren, insgesamt also 3,4%. Die am „Liberation Day“ am 2. April 2025 angekündigten reziproken Zölle, modifiziert am 31. Juli 2025 übersteigen die meisten Zollbindungen der USA. Die neue Zollpolitik der USA verletzt Artikel II GATT (maximal möglichen Zollsätze), und Artikel XXVIII GATT (Zollerhöhungen im Rahmen einer Dekonsolidierung, d.h. ein Ausgleich, sodass das durchschnittliche Zollniveau der verpflichteten Liste erhalten bleibt). Die länderweise unterschiedlichen (reziproken) Zollsätze verletzen vor allem den heiligen Gral der WTO, das Meistbegünstigungsprinzip nach Artikel I GATT, also die Forderung nach Gleichbehandlung.

Eine weitere Frage stellt sich bezüglich der Rechtfertigung der neuen hohen Zölle unter Berufung auf „nationale Sicherheit“. Für einzelne Sektoren kann man so noch argumentieren.

¹⁰³ Das Thema globaler Ungleichgewichte beschäftigte schon die Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944, auf der Keynes einen Plan zur Lösung vorlegte (siehe Costabile, 2007).

Z.B. gibt es global ein Überangebot an Stahl und Aluminium, teilweise auch für Autos. Daher könnte man die dafür erlassenen höheren Zollsätze damit argumentieren. Wenn es ganz allgemein um das Handelsbilanzdefizit mit den wichtigsten Handelspartnern geht, ist das mit einem nationalen Notstand kaum zu rechtfertigen, außer man ist ein eingefleischter Merkantilist.

Artikel XXI des GATT ist die sogenannte Sicherheitsausnahmeklausel. Sie erlaubt es einem Mitgliedsstaat, von seinen Verpflichtungen aus dem GATT abzuweichen, wenn dies zum Schutz seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich ist. Laut Cottier (2025, S. 4) lässt die Spruchpraxis der WTO eine rechtliche Beurteilung im Rahmen der Streitbeilegung zu (der Fall Russland-Ukraine aus 2019). Er ist aber überzeugt, dass die Zollsätze des „Liberation Day“ keine Berufung auf die nationale Sicherheit zulassen.

Aber die vielfach geraunte Botschaft, dass die WTO tot sei, dürfte zu voreilig sein. Die WTO schätzt in einer aktuellen Studie (Gonciarz-Verbeert, 2025; Fischer, 2025), dass der nach dem Meistbegünstigungsprinzip abgewinkelte Handel im Zeichen von Trumps Handelspolitik seit Anfang 2025 von gut 80% auf 72% gesunken ist. 16% werden im Rahmen von Handelsabkommen zu präferenziellen Bedingungen abgewinkelt (EU, EFTA etc.).

Trotz der die globale Handelsordnung zerstörenden Handelspolitik der USA, ist ihre Bedeutung im globalen Güterhandel überschaubar¹⁰⁴. Der US-Anteil am Welthandel (Exporte plus Importe) ist in den letzten 25 Jahren von 16% auf 11% gesunken, jener der EU von 33% auf 29%. Gleichzeitig ist der Anteil der ASEAN-Staaten von 6% auf 8% gestiegen. Der Anteil der BRICS-Staaten hat sich mit einem Anteil von 12% auf 25% sogar mehr als verdoppelt.

Wie wird sich der Welthandel weiter entwickeln? Wird er auf einem regelbasierten Freihandelssystem ohne die USA („WTO-1“) fußen, oder werden anderen wichtige Handelsmächte „dem Beispiel der USA folgen und in einen merkantilistischen Protektionismus zurückfallen“ (Fischer, 2025, S. 19). Entscheidend ist das Verhalten der großen Welthandelsmächte EU und jene in Asien.

Aber selbst, wenn sich von den USA benachteiligte Mitglieder gegen die USA (bei der „Macht vor Recht“ geht) Klage eingebracht hätten, wäre die WTO machtlos. Der Hauptgrund für die Ohnmacht der WTO, liegt darin, dass die USA – unter Trump-I - seit Oktober 2018 die Ernennung neuer Mitglieder des Berufungsgremiums (Appellate Body), was dazu führte, dass nur noch drei Mitglieder im Gremium verblieben. Nach Ablauf ihrer Amtszeit war das Berufungsgremium nicht mehr funktionsfähig, da es gemäß seinen Regeln nicht mehr

¹⁰⁴ Auch Daniel Gros findet in einem Kommentar in Der Standard vom 29.9.2025, dass „*Trumps Bellen bei den Zöllen ist schlimmer als sein Beißen*“ (<https://www.derstandard.at/story/3000000288606/trumps-bellen-bei-den-zoellen-ist-schlimmer-als-sein-beissen>).

beschlussfähig war. Die Blockade der Vereinigten Staaten bei den Ernennungen besteht weiterhin, und das Berufungsgremium ist bis heute nicht funktionsfähig. Die USA behaupten, das Berufungsgremium sei ungerecht und vertrete weder die Interessen der USA noch die anderer WTO-Mitglieder. Die Hauptkritikpunkte der USA am System beziehen sich auf ihre Ansicht, dass es wiederholt seine Grenzen überschritten und neue Regeln geschaffen habe, die von den Unterzeichnern nie vorgesehen waren; dass es für künftige Streitigkeiten bindende Präzedenzfälle schaffe und dass es Verfahrensprobleme gebe, wie etwa die Praxis, neue Fälle anzunehmen, bevor der Rückstau an bestehenden Fällen abgearbeitet sei. Im Februar 2019 wurde David Walker, Neuseelands Botschafter bei der WTO, damit beauftragt, gemeinsam mit den WTO-Mitgliedern die Probleme zu lösen, die das Funktionieren des Berufungsgremiums behindern, einschließlich der Berücksichtigung der Bedenken der USA. Obwohl es in Genf und in den Hauptstädten konstruktive Gespräche zu diesem Thema gegeben hat, rechnen nur wenige mit einer Lösung in naher Zukunft.

Einen Ausweg aus dem Entscheidungsdilemma lautet *MPIA*. Am 30. April 2020 teilte eine Gruppe von 47 (von 166) WTO-Mitgliedern der Organisation die Schaffung einer neuen vorläufigen Mehrparteien-Schiedsvereinbarung für Berufungsverfahren (*Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement*, *MPIA*¹⁰⁵) mit und bekundete ihre Absicht, diesen Mechanismus zur Schlichtung von WTO-Streitigkeiten untereinander in Anspruch zu nehmen, die andernfalls vor dem nicht funktionsfähigen WTO-Berufungsgremium verhandelt würden. Diese Mitglieder bekräftigten zudem ihr Engagement, den Stillstand im WTO-Berufungsgremium zu überwinden und den Betrieb des MPIA einzustellen, sobald dieses Gremium wieder funktionsfähig ist. Dem MPIA gehört ein Drittel der Mitglieder der WTO an, darunter Australien, China, Japan, die EU und die Schweiz (nicht aber die USA). Unter den Mitgliedern dieses plurilateralen Abkommens besteht die gegenseitige Möglichkeit einer Appellation, deren Entscheidung im Rahmen der Schiedsklausel von Art. 25 des Dispute Settlement Understanding (DSU) verbindlich ist. Dieses System ist erfolgreich und bewirkte, dass seit 2020 alle Berichte von Panels angenommen wurden oder anderweitig eine Einigung gefunden werden konnte, während 67% der Entscheidungen erster Instanz unter Nichtmitgliedern des MPIA, darunter Indien und die USA, nach ins Leere appelliert wurden. Nichtmitglieder (allen voran die USA) akzeptieren Entscheidungen der MPIA einfach nicht.

¹⁰⁵ Im März 2020 haben 16 WTO-Mitglieder ein separates Berufungssystem für Handelsstreitigkeiten eingerichtet. Das MPIA ist ein alternatives System zur Beilegung von WTO-Streitigkeiten, die von einem Mitglied angefochten werden, wenn kein funktionsfähiges und mit Personal ausgestattetes WTO-Berufungsgremium (Appellate Body) vorhanden ist. Siehe: https://wtoplurilaterals.info/plural_initiative/the-mpia/

Brasilien, das aus politischen Gründen (Parteinahme Trumps für den früheren Präsidenten Brasiliens, Flavio Bolsonaro) mit Strafzöllen von 50% bestraft wurden hat als einziges Land am 11. August 2025 die WTO um Konsultationen im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens ersucht¹⁰⁶. Allerdings kann der Fall Brasilien gegen USA nicht alle Stufen des dreistufigen Streitbeilegungsverfahrens (Konsultation zwischen den Streitpartnern, Panelverfahren, Ausgleichsmaßnahmen verhängt vom Berufungsgremium - Appellate Body) wegen der US-Blockade der Besetzung vakanter Richterstellen im Appellate Body durchlaufen. Es handelt sich um eine Appellation ins Leere. Aus diesem Grund erachten viele Politiker ein Verfahren gegen die USA denn auch als sinnlos und reine Symbolpolitik.

China ist das einzige Land, das nicht die WTO in Anspruch genommen hat, sondern sich den USA mit Gegenzöllen entgegenstellte, die in einem veritablen Handelskrieg endeten (siehe Box 5).

Anstatt die Hände in den Schoß zu legen hätte die WTO aber auch selbst aktiv werden können. Sie hätte den Sorgen der USA mit ihrem chronischen Handelsbilanzdefizit - aus ihrer Sicht wegen der ungerechten Zollpolitik (die aber Ausfluss der Vereinbarungen in der Uruguay-Runde sind) – Rechnung tragen können und eine neue *Handelsliberalisierungsrunde* organisieren können, in der die „ungerechte Zollpolitik“ der Uruguay-Runde einer Revision unterzogen hätte werden können¹⁰⁷.

Auf der WTO's 14th Ministerial Conference (MC14), die am 26.-29. März 2026 in Yaoundé, Kamerun stattfand wird, wird unter anderem über die bisher von den Mitgliedstaaten vorgebrachten Reformvorschläge diskutiert¹⁰⁸.

Was sagen die wichtigsten WTO-Mitglieder, die USA und die EU? Der Vorschlag der USA stammt vom 15. Dezember 2025¹⁰⁹, jener der EU vom 21. Jänner 2026¹¹⁰.

Die USA sprechen in ihren *Reformvorschlägen* vor allem die Punkte an, die die WTO nicht lösen kann. Dazu zählen die globalen Ungleichgewichte, die teilweise durch eine Überproduktion einiger Länder (wohl ist China gemeint), die der industriellen Kapazität nicht nur der USA geschadet haben. Das verletzt das Grundprinzip eines fairen und reziproken Handels. Die USA fordern andere WTO-Mitglieder auf, der Führung der USA zu folgen und Aktionen gegen diese Ungerechtigkeit zu unternehmen. Die USA plädieren für plurilaterale –

¹⁰⁶ Siehe: https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/dispu_e.htm

¹⁰⁷ Die USA weisen laut USTR (2026, S. 2) im Vergleich mit den wichtigsten Handelspartnern die niedrigsten durchschnittlichen gebundenen Meistbegünstigungszollsätze auf. Laut WTO (2025B) beträgt der einfache durchschnittliche MFN-Zollsatz der USA 3,4%, jener der EU 5%, China 10%, Japan 3,9%, Indien 50,8%, Vietnam 11,7%, Brasilien 31,4%.

¹⁰⁸ Siehe: https://www.wto.org/english/news_e/news26_e/refrm_05mar26_306_e.htm

¹⁰⁹ Siehe: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=Q:/WT/GC/W984.pdf&Open=True>

¹¹⁰ Siehe: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=Q:/WT/GC/W986.pdf&Open=True>

nicht multilaterale – Verhandlungen, um das Überleben der WTO zu sichern. Weitere Forderungen: Reform der Special and Differential Treatment (SDT) – diese sollten nur für Entwicklungsländer gelten. Das Meistbegünstigungsprinzip war gut gedacht als Instrument zur Konvergenz, hat aber zunehmend zur Divergenz geführt. Das MFN-Prinzip ist nicht mehr geeignet für die derzeitige Welthandelssituation. Insgesamt ist die Stellungnahme der WTO eine harsche Kritik an der WTO, die sie als Institution, den Welthandel „gerecht“ zu steuern in Zukunft ungeeignet ist. Die Statements der USA zur Reform der WTO enthalten eine massive Kritik an WTO. Sie werfen ihr Versagen in allen wichtigen Fragen der Steuerung des Welthandels vor. Implizit läuft die US-Kritik darauf hinaus, die WTO nicht zu reformieren, sondern sie abzuschaffen, damit der Hegemon USA selbständig seine handelspolitischen Erpressungen durchführen kann.

Die *Reformvorschläge der EU* wurden am 21. Jänner 2026 der WTO kommuniziert¹¹¹. Da die EU grundsätzlich eine Befürworterin des regelbasierten Welthandels ist, wird die WTO in ihren Reformbemühungen auch aktiv unterstützt. In ihrer Diagnose stellt auch die EU fest, dass die WTO an einem kritischen Punkt angelangt ist. Sie ist auf dem Stand der Uruguay-Runde von 1995 verharret. Seither gab es keine Liberalisierungsfortschritte. Die Doha-Runde ist gescheitert. Seither gab es nur zwei multilaterale Abkommen. Es gab eine starke Zunahme der Staatseingriffe (wohl in China) durch eine subventionsgetriebene Industriepolitik, die zu Überkapazitäten (z.B. bei Stahl) führte. Durch die Blockade des Appellate Body gibt es seit 2018 keine Entscheidungen mehr. Wenn es keinen starken politischen Willen der Mitgliedsländer zu Reformen gibt, wird die WTO in die Irrelevanz abgleiten und das regelbasierte Welthandelssystem wird weiter erodieren. Die EU begrüßt die Bemühungen von Botschafter Petter Ølberg für seine Reformvorschläge vom 17. Dezember 2025¹¹². Die EU plädiert für eine umfassende WTO-Reform, basierend auf drei Säulen:

- 1) Vorhersagbarkeit: der Welthandel sollte regelbasiert bleiben und die Streitbeilegung sollte wieder funktionieren.
- 2) Fairness: Das neue System sollte dazu beitragen, die globalen Ungleichgewichte zu beseitigen. Das würden auch die USA begrüßen.
- 3) Flexibilität: Es solle einen flexibleren Rahmen der Regeln und eine variable Geometrie geben. Die derzeitige WTO-Administration basiert immer noch auf der alten Zeit des GATT.

¹¹¹ Siehe: <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=Q:/WT/GC/W986.pdf&Open=True>

¹¹² Siehe: WTO, General Council, 16-17 December 2025 – WTO reform:

https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S006.aspx?DataSource=Cat&query=@Symbol=%22JOB/GC/483%22%20OR%20@Symbol=%22JOB/GC/483/*%22&Language=English&Context=ScriptedSearches&languageUIChanged=true

4.2 IMF-Analysen mit vagen Empfehlungen

Der IMF analysiert seit 2012 in jährlichen „External Sector Reports“ die globalen außenwirtschaftlichen Entwicklungen und liefert multilateral konsistente Bewertungen der Außenhandelspositionen der weltweit größten Volkswirtschaften, die mehr als 90% des globalen BIP ausmachen; dazu gehören Leistungsbilanzen, reale Wechselkurse, Leistungsbilanzen, internationale Kapitalflüsse und Währungsreserven. Zusammen mit dem halbjährlichen World Economic Outlook und den Artikel-IV-Konsultationen sind diese Berichte Teil kontinuierlicher Bemühungen, die möglichen Auswirkungen von Spill Overs der Politik der Mitgliedsländer des IMF auf die globale Stabilität zu bewerten und zu überwachen. Im jüngsten Bericht (IMF, 2025A) werden die globalen Ungleichgewichte in Bezug auf die nationalen Leistungsbilanzen analysiert und Vorschläge zu ihrer Beseitigung gegeben.

Die Leistungsbilanzen der großen Volkswirtschaften wichen im Jahr 2024 erheblich voneinander ab bzw. wiesen Ungleichgewichte auf. Die Defizite vergrößerten sich in den Vereinigten Staaten, Brasilien und Australien, während die Überschüsse in China, im Euroraum, in Japan und in Korea zunahmen. Infolgedessen erhöhten sich das Ungleichgewicht der globalen Leistungsbilanzsalden um 0,6 Prozentpunkte des weltweiten BIP, was eine erhebliche Umkehr gegenüber dem Rückgang nach der COVID-Pandemie darstellt.

Der IMF erklärt die Leistungsbilanzungleichgewichte hauptsächlich durch makroökonomische Ungleichgewichte, bedingt durch strukturelle Faktoren, konjunkturelle Konstellationen und politische Maßnahmen. Aus Sicht des Zusammenhangs von Ersparnis und Investition trugen Veränderungen der Investitionsquoten am BIP am stärksten zu den divergierenden Leistungsbilanzen bei, da jene in den Vereinigten Staaten stiegen, in China, im Euroraum und in Japan jedoch sanken.

Neben den makroökonomischen Einflüssen könnte man auch die Erosion des Industriesektors als Grund für die anhaltenden Handelsbilanzdefizite der USA ausmachen. So lag 2024 der Anteil der nationalen Industrieproduktion am BIP in den USA bei 14,4% (inkl. Bergbau 17,3%), während er in der EU27 19,1% (inkl. Bergbau 22,1%) betrug (Deutschland 23,1%, Österreich, 19,2%). Weiters spielt die (kreditfinanzierte) Übernachtfrage der amerikanischen Konsumenten eine Rolle, dass die Importe anhaltend stärker steigen als die Exporte. Man könnte diese Konstellation in den USA als eine von „*Too few producers*“

bezeichnen. Dafür dominiert in den USA der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von 80,5% am BIP im Jahr 2024 (EU27 73,6%, Deutschland 70,4%, Österreich 72,8%)¹¹³.

Manche erklären die Leistungs- und Handelsbilanzdefizite der USA auch mit der Saldenmechanik (siehe Ramskogler, 2025). Sowohl der private Sektor als auch der Staat sind Netto-Schuldner. Diese Salden werden durch Kapitalimporte ausgeglichen¹¹⁴.

Einige Autoren begründen das anhaltende Defizit in der US-Leistungsbilanz mit dem „Triffin-Dilemma“¹¹⁵. Dies ist ein wirtschaftliches Paradoxon, das sich aus der Rolle einer Leitwährung im internationalen Finanzsystem ergibt. Es wurde vom belgischen Wirtschaftswissenschaftler Robert Triffin () angesichts der damaligen Diskussionen über das Bretton-Woods-System (1944–1973) mit der Dollar-Bindung an das Gold beschrieben. Das Dilemma beinhaltet zwei widerstrebende Anforderungen an eine Reservewährung wie den US-Dollar. Um als weltweite Reservewährung dienen zu können, muss das ausgebende Land das Ausland ausreichend mit seinen Zahlungsmitteln versorgen, was mit Hilfe einer negativen Leistungsbilanz möglich ist. Die Defizite erzeugen jedoch einen Vertrauensverlust in die Währung und im Fall von Bretton-Woods in die damals nicht mehr aufrechtzuerhaltende Zusage der Golddeckung des US-Dollars. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Zahlungsbilanzdefizite kann aber auch dazu führen, dass die Bedeutung der globalen Reservewährung geschwächt wird. Der US-Dollar hat aber als Welt(reserve)währung, den er noch unter dem Bretton-Wood-System hatte mit der Einführung des Euro an Bedeutung verloren, obwohl der US-Dollar immer noch die dominierende Währung in den verschiedensten Anwendungen ist. Laut ECB (2025, S. 4) wird der US-Dollar noch weltweit zu 60% als Währungsreserve gehalten, der Euro zu 20%. Der japanische Yen und der chinesische Renminbi rangieren weit abgeschlagen mit einem Anteil von unter 5%. Auch für andere internationale Transaktionen (internationale Schulden 62%, internationale Anleihen 48%, internationale Finanzanlagen 51%, Währungstransaktionen 90%) dominiert der US-Dollar.

Das „Triffin-Dilemma“ trifft aber auf die Welt nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 und damit des Übergangs von fixen zu flexiblen Wechselkursen nicht mehr zu (siehe Bordo-McCauley, 2017).

¹¹³ Siehe: WKOe: Wertschöpfung nach Sektoren: Beiträge zur Gesamtwertschöpfung in %, Stand 2024, Aktualisierung Mai 2025.

¹¹⁴ Siehe auch Daten von FRED über „Debt of Nonfinancial Sectors, 1952-2025: https://www.federalreserve.gov/releases/z1/dataviz/z1/nonfinancial_debt/chart/#units:percent-of-gdp; und: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Sektorale_Salden#; und Sektorsalden für Private Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland (Leistungsbilanz) von FRED 1959-2025: <https://fred.stlouisfed.org/graph/?g=pzIH>

¹¹⁵ Siehe Wikipedia: „Triffin-Dilemma“: <https://de.wikipedia.org/wiki/Triffin-Dilemma>

Die am 2. April 2025, dem „Liberation Day“ angekündigten Trump-Zölle führten dazu, dass die effektiven Zollsätze in den USA auf 15,6% und in China auf 10,1% stiegen, in der Eurozone und im Rest der Welt (ROW) aber unverändert blieben. Simulationen mit dem IMF Global Integrated Monetary and Fiscal Model führten zu folgenden Ergebnissen (IMF, 2025A, S. 28): Die Zölle resultieren zu einem Sinken der Investitionsquoten, weil Zölle zu einem negativen Angebotsschock in den USA und in China führten. Weil die Importe teurer werden steigen die Kosten für Investitionen und führen auch zu Kaufkraftverlusten der Konsumenten. In der Eurozone und im ROW kommt es zu einem leichten Anstieg der Investitionsquoten bis 2030. Dagegen steigen die Sparraten in den USA und China, während sie in der Eurozone und im ROW sinken. Dem Ziel der Trumpschen Zollpolitik entsprechend, verbessern sich die Leistungsbilanzen in den USA und auch in China, während sie in der Eurozone und im ROW sinken.

Im Ungleichheitsberichts des IMF (2025A, Kapitel 3) werden länderweise Vorschläge/Empfehlungen des IMF abgegeben, um die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte zu beseitigen. Allerdings sind diese so vorsichtig diplomatisch und allgemein gehalten, sodass die USA mit Recht eine mangelnde Kooperation mit den anderen IMF-Mitgliedern vermissen.

4.3 Koalition der Willigen

Cottier (2025, S. 10) hat als Waffe gegen die einseitige und ungerechte US-Zollpolitik eine Koalition der gleichgesinnten Demokratien ins Spiel gebracht. Gleichgesinnte hätten gleich eine „Koalition der Willigen“ gemeinsam gegen die USA bilden sollen. Dieser Zug ist abgefahren, nachdem die wichtigsten Handelspartner, die EU (siehe Box 2) und Japan (siehe Box 3) klein beigegeben und sich mit Trade Deals zufrieden gegeben haben. Kurz nach der Ankündigung der „reziproken Zölle“ am Liberation Day, am 2. April 2025 hätte es eines Aufschreis aller betroffenen Handelspartner der USA geben sollen – von US-Handelspartnern mit Demokratien und Autarkien. Es hätte einer sofortigen massiven Allianz aller US-Handelspartner geben sollen, die geschlossen gegen die ungerechtfertigten US-Zölle mit Gegenmaßnahmen vorgegangen worden wären. Einzig China hat mit eskalierenden Zöllen auf die Trump-Zölle geantwortet und einen Handelskrieg entfacht. Letztlich mussten die USA einlenken. (siehe Box 5). Leider ist die kooperative Gegenwehr gegen die USA ausgeblieben. Interessanterweise gab es seitens der NGOs und der Öffentlichkeit in den von den ungerechten Zöllen betroffenen Ländern keinerlei Proteste. Ganz im Gegenteil zu den anlässlich der langen TTIP-Verhandlungen zwischen EU und USA heftig aufwallenden

öffentlichen Protesten herrschte in diesem Fall eklatanter Verletzung grundlegender Handelsregeln Funkstille!

Ein Beispiel, wie eine Zusammenarbeit von Willigen funktionieren kann gibt Kanada, das gerade eine Anti-Trump-Allianz mit fast 40 verbündeten Staaten schmiedet. Ausgangspunkt ist die berühmte Rede von Kanada's Premierminister Mark Carney auf dem Annual Meeting des Weltwirtschaftsforums, am 20. Jänner 2026 in Davos¹¹⁶. Er sprach über einen Bruch in der Weltordnung, über das Ende einer angenehmen Fiktion und den Beginn einer harten Realität, in der die große, führende Macht – die Geopolitik – keinen Grenzen und keinen Zwängen unterworfen ist. Er betonte aber auch, *„dass die anderen Länder, insbesondere mittlere Mächte wie Kanada, nicht machtlos sind. Sie haben die Fähigkeit, eine neue Ordnung aufzubauen, die unsere Werte, wie die Achtung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Solidarität, Souveränität und territoriale Integrität der verschiedenen Staaten umfasst. Die Macht der weniger Mächtigen beginnt mit Ehrlichkeit“*.

Unter der Initiative von Kanada entsteht eine neue Koalition, die das globale Handelssystem umgestalten könnte¹¹⁷. Fast 40 Länder, darunter die Europäische Union und Mitglieder des indopazifischen CPTPP-Blocks, arbeiten zusammen, um auf Veränderungen in der US-Handelspolitik zu reagieren. Die Gruppe zielt darauf ab, entweder die Welthandelsorganisation zu reformieren oder, falls sich dies als unmöglich erweist, einen alternativen Rahmen zu schaffen.

Angeregt durch die Rede von Carney hat Daniel Gros¹¹⁸ angeregt, dass die EU (die weder Mittelmacht noch Großmacht ist) der ideale Kandidat wäre, um eine Gruppe gleichgesinnter Mittelmächte anzuführen – nicht als Hegemon nach dem Vorbild der USA, sondern als *primus inter pares*. Als potenzielle Partner führt Gros an: Schweiz, Norwegen, Großbritannien, Kanada, Australien, Japan und Südkorea. Mit den meisten der genannten Länder ist die EU bereits durch den Europäischen Wirtschaftsraum oder durch Freihandelsabkommen eng verbunden. Nach Gros sollte die EU als Katalysator und Vorreiter eines „Compact for Open and Resilient Economies“ (Core) fungieren. Die EU müsste sich verpflichten, vor dem Erlass von Rechtsvorschriften Rücksprache mit den Core-Partnern zu pflegen.

¹¹⁶ Siehe: <https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-by-mark-carney-prime-minister-of-canada/>

¹¹⁷ Siehe: <https://www.msn.com/de-at/nachrichten/other/kanada-schmiedet-anti-trump-allianz-mit-fast-40-verb%C3%BCndeten-staaten/ar-AA1ZB677?ocid=winp2fp&cvid=69c78f94fee747f68517db0e17140b07&ei=8>

¹¹⁸ Daniel Gros: „Die EU muss den Rest des Westens anführen“, Der Standard, 8. Juli 2026, Seite 23 (<https://www.derstandard.at/story/3000000330385/die-eu-muss-den-rest-des-gleichgesinnten-westens-anfuehren>).

4.4 EU sucht neue Handelspartner

Die EU hat bereits als Folge des Scheiterns globaler Welthandelsrunden im Rahmen der WTO (Doha-Runde) seit langem – trotz Bekenntnis zum Multilateralismus der WTO – den Weg des Bilateralismus in Form von Freihandelsabkommen beschritten (siehe Abbildung 25)¹¹⁹. Mit der Handelsstrategie „Global Europe“ rückte die Europäische Union (EU) bereits im Jahr 2006 Freihandelsabkommen in den Mittelpunkt ihrer Außenwirtschaftspolitik. Die feindliche Handelspolitik von Trump-II hat zudem den handelspolitischen Aktivitäten einen Turbo verliehen. Von zuvor langwierigen ungelösten Handelsgesprächen sind plötzlich Abschlüsse erzielt worden. Die EU versucht sich durch massive Diversifizierung von den USA zu lösen und leitet damit eine Ära von „Global Europe 2.0“ ein. Gerade die erpresserische Tumpsche Zollpolitik hat den Prozess der Diversifizierung in asiatischen Ländern (China mit seinen Nachbarn) und in der EU beschleunigt. Die EU hat soeben zwei große Freihandelsabkommen abgeschlossen. Zum einen das EU-Mercosur-Abkommen und zum anderen das EU-Indien-Abkommen.

Nach 20-jährigen Verhandlungen wurde 2025 endlich das *EU-Mercosur*-Abkommen abgeschlossen. Die Europäische Kommission hat trotz Widerstands der Europäischen Parlaments den Handelsteil (Interimsabkommen über den Handel, ITA) am 1. Mai 2026 in Kraft gesetzt, nachdem alle Mercosur-Partner (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) ratifiziert hatten¹²⁰. Der zweite Teil des Mercosur-Abkommens, das Partnerschaftsabkommen (EMPA – „*EU-Mercosur Partnership Agreement*“) bedarf der Ratifizierung aller EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments und wird – wie beim EU-Kanada-Abkommen, CETA noch dauern.

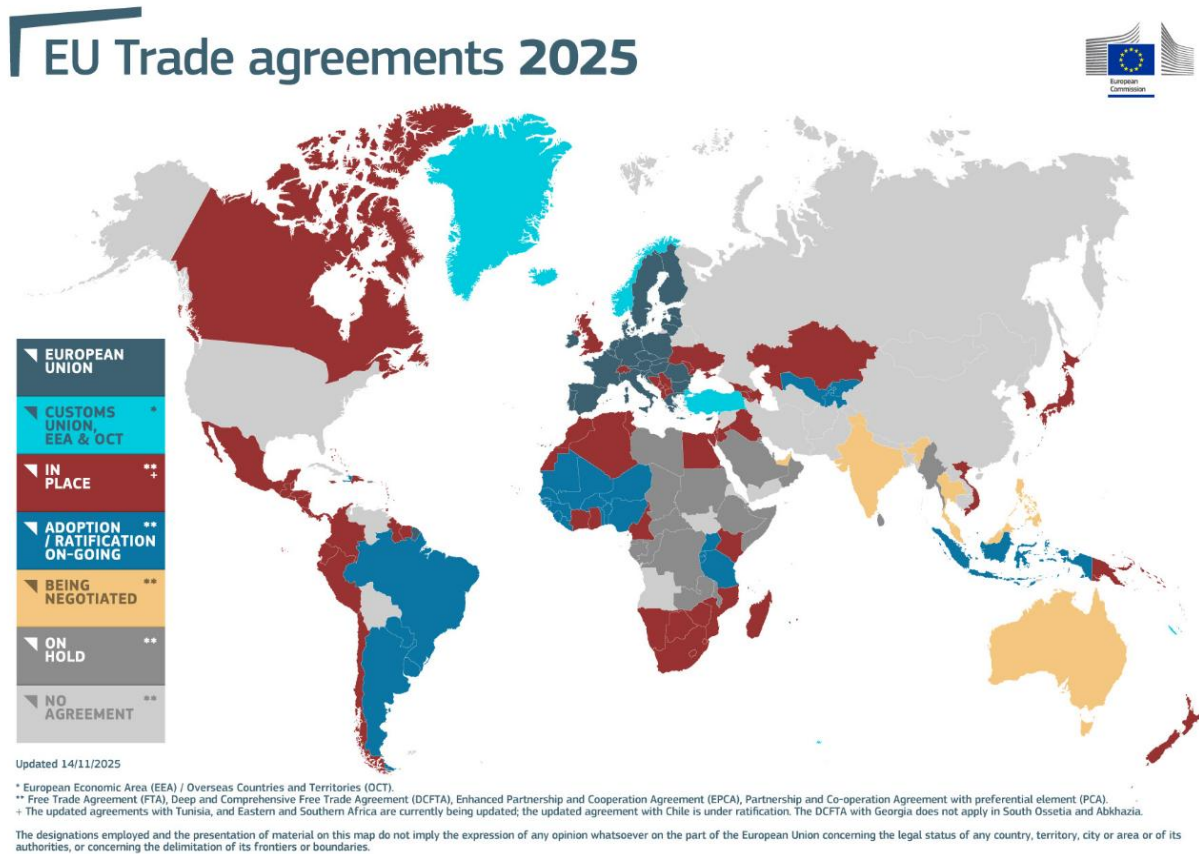
Am 27. Jänner 2026 wurden das Freihandelsabkommen *EU-Indien* (EU-India Free Trade Agreement, Investment Protection Agreement and Geographical Indications Agreement) abgeschlossen¹²¹.

¹¹⁹ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/negotiations-and-agreements_en

¹²⁰ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement_en; Siehe auch: https://commission.europa.eu/topics/trade/eu-mercosur-trade-agreement_en?prefLang=de

¹²¹ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/india/eu-india-agreements_en

Abbildung 25: EU-Handelsabkommen 2025



Quelle: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/negotiations-and-agreements_en

Auch mit *Australien* ist die EU über ein Handelsabkommen einig geworden¹²². Am 24. März 2026 haben die EU und Australien den Abschluss einer bahnbrechenden Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft bekannt gegeben. Zudem haben sie die Verhandlungen über ein ehrgeiziges und ausgewogenes Freihandelsabkommen (FTA) abgeschlossen und vereinbart, formelle Verhandlungen über die Assoziierung Australiens mit „Horizon Europe“, dem weltweit größten Förderprogramm für Forschung und Innovation, aufzunehmen.

Die EU hat noch mehrere handelspolitische Diversifizierungspläne in petto. Mit folgenden Ländern wird derzeit über Freihandelsabkommen verhandelt¹²³:

- EU-Chile: akzeptiert oder ratifiziert
- EU-Indonesien: akzeptiert oder ratifiziert
- EU-Malaysia: wird verhandelt
- EU-Mexiko: akzeptiert oder ratifiziert

¹²² Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/australia/eu-australia-agreement_en

¹²³ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/negotiations-and-agreements_en

- EU-Philippinen: wird verhandelt
- EU-United Arab Emirates: wird verhandelt

Es gibt auch schon zahlreiche Studien, die die Vorteile einer solchen Diversifizierungsstrategie für die EU beleuchten (Breuss, 2022; Mahlkow et al., 2025). Das ifo-Institut in München hat die ökonomischen Potentiale der neuen Außenhandelsstrategie der EU, „Global Europe 2.0“ analysiert (Baur et al., 2025 und Bauer et al., 2026). Es werden Handelsabkommen mit sieben wichtigen Handelspartnern analysiert: den Mercosur-Ländern, Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Australien, Indonesien, Malaysia und Thailand (die P7). Obwohl die P7-Länder 13 Prozent der weltweiten Warenimporte ausmachen, stagnierte ihr Anteil an den EU-Exporten in den letzten Jahrzehnten, was auf ungenutztes Potenzial hindeutet, das durch neue Abkommen erschlossen werden könnte. Unter Verwendung des ifo-Handelsmodells, eines quantitativen allgemeinen Gleichgewichtsmodells, werden zwei Szenarien simuliert: ein Basisszenario, das die mittelfristigen Auswirkungen der aktuellen US-Zollpolitik erfasst, und ein Szenario, das neue EU-P7-Handelsabkommen einbezieht. Die P7-Abkommen vermögen die negativen Auswirkungen des US-Protektionismus mehr als ausgleichen und würden einen positiven Nettoeffekt auf die Wirtschaftstätigkeit der EU erzeugen. Je nach Umfang (Tiefe) der Abkommen steigt das reale BIP der EU um 0,18 bis 0,43 Prozent und die Gesamtexporte um 1,3 bis 3,4 Prozent. Die Gewinne sind breit gestreut über alle 27 Mitgliedstaaten, und der Wachstumsimpuls ist am deutlichsten in der verarbeitenden Industrie der EU.

Neben der Strategie nach außen (Diversifizierung durch mehr Freihandelsabkommen) wird wieder einmal – wie schon oft – darauf gedrängt, den *EU-Binnenmarkt* zu stärken bzw. endlich vollständig zu machen. Angeregt durch kritische Studien von Letta (2024) und Draghi (2024, 2025), aber auch vom IMF (2024) hat die Europäische Kommission im Mai 2025 einen neuen Anstoß zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Binnenmarktes in einer neuen *Binnenmarktstrategie* gegeben¹²⁴. Das klingt zwar gut, auch wenn es immer wiederholt wird. Doch wie soll man die Volumina des Außenhandels mit den USA ersetzen? Die EU exportiert in die USA Waren (Dienstleistungen) mit einem Anteil von 21% (22%) am Extra-

¹²⁴ Siehe: https://single-market-economy.ec.europa.eu/single-market/strategy_en. Das Dokument der Europäischen Kommission vom 21.5.2025: „The Single Market: our European home market in an uncertain world. A Strategy for making the Single Market simple, seamless and strong“ (https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/d92c78d0-7d47-4a16-b53f-1cead54bcb49_en?filename=Communication%20-%20Single%20Market%20Strategy.pdf).

EU-Handel. Importseitig sieht es nicht besser aus: Warenimportanteil 14%, Dienstleistungsanteil 34%¹²⁵.

Die Präsidentin der EZB, Christine Lagarde (2025) hat in ihrer Rede über die Resilienz des EU-Binnenmarktes eindringlich gefordert, sich von der bisherigen exportorientierten Wachstumsstrategie Europas abzuwenden und sich mehr auf den Binnenmarkt zu konzentrieren. Nach Simulationen der EZB würde der Abbau von noch bestehenden Binnenmarkthemmnissen den Handel innerhalb der EU um rund 3% steigern und damit den Rückgang des BIP-Wachstums um 0,7 Prozentpunkte zwischen 2025 und 2027 ausgleichen, der durch die US-Zölle und die damit verbundene Unsicherheit verursacht wird. Die Frage ist, wie hoch die Intra-Binnenmarktbarrieren noch sind. Laut IMF (2024, S. 18) entsprachen die Kosten im Intra-EU-Handel im Jahr 2020 für den Industriesektor im Durchschnitt einem Zolläquivalent (ad-valorem tariff equivalent: AVE) von 44% aus, verglichen mit 15% zwischen den US-Bundesstaaten und bis zu 110% im Falle des Dienstleistungshandels. Lagarde zitiert in ihrer Rede eine Analyse der EZB von Bernasconi et al. (2025), die zum Ergebnis kommt, dass Intra-Binnenmarktbarrieren auf den Dienstleistungs- und Warenmärkten Zöllen von rund 100% bzw. 65% entsprechen. Head-Mayer (2025) finden, dass diese Schätzung viel zu hoch sind. Sie versuchen mit drei verschiedenen Datensätzen, diese Ergebnisse mit Gravitationsmodellen nachzuvollziehen und kommen zu Zolläquivalenten von 15% bis 54%, je nach Datenbasis und Jahr. Allerdings finden sie, dass (für die EU15) diese Zolläquivalente von 1970 bis heute stark gesunken sind. Für die meisten Datensätze liegen die Handelshemmnisse im EU-Binnenmarkt derzeit bei rund 10% AVE. Das ist nicht wenig, aber wie Head und Mayer (2025) feststellen: *„Nein, die EU erhebt keinen Zollsatz von 45 % auf sich selbst“*.

Ganz wichtig wären zwei ausstehende Projekte: a) die Kapitalmarktunion und b) die Bankenunion, damit sich die EU endlich vom US-Finanzmarkt emanzipieren kann. Ausständig ist immer noch die Schaffung eigener europäischer (EU) Bonds.

5. Schlussfolgerungen

US-Präsident Donald Trump hat mit seiner einseitigen und asymmetrischen Zollpolitik ein neues Kapitel in der internationalen Handelspolitik aufgeschlagen: Abkehr von der globalen Liberalisierung und Rückkehr zum Neo-Merkantilismus. Damit ist der seit der letzten erfolgreichen Liberalisierungsrunde, der Uruguay-Runde von 1995 geltende Rahmen, der den

¹²⁵ Siehe: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states_en

freien und fairen Welthandel zwischen den inzwischen 166 Mitgliedstaaten regelt, obsolet geworden. Mit Trump wird Zollpolitik nur mehr durch politische Erpressung des militärisch stärksten Landes diktiert. Dass die neuen US-Zölle nicht WTO-konform sind, kümmert Trump wenig. Kaum ein Land wagt es, sich dem Druck Trumps durch Retorsion entgegenzustellen.

US-Präsident Trump hat seine Vorliebe für Zölle am Beginn seiner zweiten Amtszeit mit einem Zollschock eindrücklich unterstrichen. Am 2. April 2025, dem „Liberation Day“ verkündete er die Einführung von „reziproken Zölle“ mit der Begründung des „nationalen Notstandes“. Neben einer Reihe anderer spezifischen Zölle auf Aluminium, Kupfer, Stahl und Fahrzeuge läutete er eine Spirale des neuen Protektionismus ein, um das chronische Defizit in der US-Handelsbilanz zu beseitigen. Mit der Androhung immer höherer Zölle erpresste er Trade Deals mit den wichtigsten Handelspartnern (EU, Japan, Südkorea, Großbritannien). Das einzige Land, das sich dem Zolldiktat Trumps nicht beugte, war China, das einen Handelskrieg riskierte. Seit den Gegenzöllen vom September 2026 wehrt sich auch Kanada gegen die ungerechtfertigte Trumpsche Zollpolitik.

Anfang 2026 hob der Supreme Court alle (reziproken) Zölle auf, die mit der Begründung des nationalen Notstandes eingeführt wurden. Damit war der Kern der neuen Trumpschen Zollpolitik gescheitert. Trump kündigte daraufhin trotzig eine Weiterführung seiner wunderbaren Zollpolitik (10% auf Importe aus allen Ländern) an, allerdings jetzt basierend auf anderen rechtlichen Grundlagen, gefolgt von weiteren Zöllen wegen der Weigerung vieler Staaten, Güter, die mit Zwangsarbeit erzeugt wurden zu importieren.

Eine Gegenüberstellung der möglichen Auswirkungen der neuen Trumpschen Zollpolitik in den beiden Phasen (2025 und nach dem Supreme-Court-Urteil), ermittelt mit Modellsimulationen mit der tatsächlichen Entwicklung der US-Wirtschaft zeigt, dass die hohen Erwartungen Trumps nicht erfüllt wurden. Das Hauptziel (Verringerung des Handelsbilanzdefizits) wurde eindeutig verfehlt. Zudem ist die erwartete Budgetentlastung durch zusätzliche Zolleinnahmen nach dem Urteil des Supreme Courts Makulatur, weil ein Großteil der zusätzlichen Zolleinnahmen wieder refundiert werden mussten. Außer Verunsicherung und Handelsumlenkungen war die Trumpsche Zollpolitik weder für die USA noch für die Handelspartner von Nutzen.

Hier wurde das vollständige Trumpsche Zollpaket des Jahres 2025 mittels Simulationen mit fünf unterschiedlichen Modellen (drei CGE-Modellen und zwei dynamische Modelle) einer Analyse auf ihre ökonomischen Auswirkungen unterzogen. Alle Modelle liefern mehr oder weniger dramatische Einbußen der Exporte in die USA. Die drei CGE-Modelle liefern

allerdings sehr unterschiedliche Ergebnisse. Die Auswirkungen auf das reale BIP der jeweiligen Länder hängt stark vom Modelltyp ab. Die dynamischen Modelle suggerieren, dass die USA kurzfristig höhere Einbußen hinnehmen müssen als z.B. die EU, aber dass langfristig die ökonomischen Schäden für die EU größer und anhaltender sind als für die USA, die sich relativ rasch an die neuen Gegebenheiten anpassen. Wenn nur ein Teil der in den Trade Deals mit den wichtigsten Handelspartnern (EU, Japan) getroffenen Nebenabsprachen, wonach Käufe von Energie und Militärmaterial in den nächsten Jahren getätigt werden und ausländische Firmen Direktinvestitionen in den USA tätigen müssen, realisiert werden, kann man davon ausgehen, dass die Trade Deals für die amerikanische Wirtschaft zusätzliche Impulse bringen wird. Die bisher bekannten zollpolitischen Aktionen nach dem Urteil des Supreme Courts zeigen in Modellsimulationen mit CGE-Modellen, geringere ökonomische Auswirkungen und Verwerfungen der Welthandelsströme als jene des Zollpakets von 2025 gehabt hätten.

Eine Erkenntnis des Vergleichs verschiedener Typen von Handels- und Makromodellen ist wichtig. Weil die fünf verwendeten Modelle (drei statische und zwei dynamische) nicht gleiche Ergebnisse liefern, sind Aussagen über die wirtschaftlichen Auswirkungen unter Verwendung nur eines einzigen Modells problematisch.

6. Literatur

- Altman, St., Bastian, C.R. (2026), DHL Global Connectedness Report 2026. An in-depth analysis of the state of globalization, NYU Stern School of Business, New York, 2026 (<https://www.dhl.com/content/dam/dhl/global/delivered/documents/pdf/dhl-global-connectedness-report-2026-complete.pdf>).
- Amiti, M., Flanagan, Ch., Heise, S., Weinstein, D.E. (2026), „Who Is Paying for the 2025 U.S. Tariffs“, Liberty Street Economics, Federal Reserve Bank of New York, February 12, 2026 (<https://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2026/02/who-is-paying-for-the-2025-u-s-tariffs/>).
- Anil, A. (2025), „Chaos theory: Assessing the legal validity of Trump’s tariffs“, VOXEU-CEPR, 12. February 2025 (<https://cepr.org/voxeu/columns/chaos-theory-assessing-legal-validity-trumps-tariffs>).
- Auray, St., Devereux, M.B., Eyquem, A. (2025), Tariffs and Retaliation: A Macroeconomic Analysis, October 20, 2025.
- Babic, M. (2025), „Die Geoökonomisierung der Weltwirtschaft“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 29.09.2025 (<https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/571100/die-geoökonomisierung-der-weltwirtschaft/>).
- Badinger, H., Oberhofer, H. (2026), „US-Zollpolitik seit 2025: Theorie und bisherige Evidenz“, Wirtschaftspolitische Blätter, Nr. 1, Mai 2026, 4-10.
- Balistreri, E.J., Hillberry (2017), „21st Century Trade Wars“, Purdue University, October 2017.
- Baur, A., Flach, L., Gourevich, I. (2025), Global Europe 2.0 – Ökonomische Potenziale einer neuen europäischen Freihandels-offensive, ifo-Studie, November 2025.

- Baur, A., Flach, L., Moriana-Armendariz, X. (2026), Global Europe 2.0 – The Economic Potential of New EU Trade Agreements in an Era of US Protectionism, CESifo ECONPOL Policy Report, 57, Vol. 10, 04/26.
- Banin, M., D’Agostino, M., Gunelle, V., Lebastard, L. (2025), „How vulnerable is the euro area to restrictions on Chinese rare earth exports?”, ECB Economic Bulletin, Issue 6/2025 (https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2025/html/ecb.ebbox202506_01~44d432008e.en.html).
- Bekkers, E., Francois, J.F., Nelson, D.R., Rojas-Romagosa, H. (2025), “Trade wars and trade disputes: The role of equity and political support”, *Review of International Economics*, 2025, 265-289.
- Bernasconi, R., Cordemans, N., Gunnella, V., Pongetti, G. and Quaglietti, L. (2025), “What is the untapped potential of the EU Single Market?”, ECB *Economic Bulletin*, Issue 8, 2025.
- Bianchi, J., Coulibaly, L. (2025), The Optimal Monetary Policy Response to Tariffs, National Bureau of Economic (NBER) Research Working Paper 33560, April 2025.
- Blackwill, R.D., Harris, J.M. (2016), *War by Other Means*, Harvard University Press, Boston 2016.
- Bodo, M.D., McCauley, R.N. (2017), Triffin: dilemma or myth?, BIS Working Papers, No. 684, December 2017.
- Bown, Ch.P (2025), „Trump’s trade war timeline 2.0: An up-to-date guide“, 15 August 2025 (<https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/2025/trumps-trade-war-timeline-20-date-guide>)
- Breuss, F. (2003), *Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, New York, Wien, 2003.
- Breuss, F. (2022), “Who wins from an FTA induced revival of world trade?”, *Journal of Policy Modeling*, Vol. 44, Issue 3, May-June 2022, 653-674 ([Breuss_FTA_induced_revival_world_trade_JPO_2022.pdf](#)).
- Breuss, F., Christen E. (2019), Trump's Trade Wars. Implications for the EU and China, *WIFO Policy Brief*, August 2019 ([Breuss-Christen_Trumps_Trade_Wars_Wifo-PB_13_08_2019.pdf](#)).
- Buchter, H. (2025), “Der Staat bin ich“, *DIE ZEIT*, Nr.37, 28. August 2025, S. 18.
- Budget Lab at Yale (2025), The budget lab: <https://budgetlab.yale.edu/research/state-us-tariffs-august-7-2025>
- Burgert, M., Mojon, B., Rees, D., Rottner, M., Zhao, H. (2025), “A multi-sector assessment of the macroeconomic effects of tariffs”, *BIS Quarterly Review*, 15. September 2025, 16-32.
- Cavallo, A., Llamas, P., Vazquez, F.M. (2026), Tracking the Short-Run Price Impact of U.S. Tariffs, Harvard University, January 30, 2026.
- Chowdhry, S., Hinz, J., Kamin, K., Wanner, J. (2024), „Brothers in arms: the value of coalitions in sanctions regimes”, *Economic Policy*, Vol. 39, Issue 118, April 2024, 471-512 (<https://academic.oup.com/economicpolicy/article-abstract/39/118/471/7628130?redirectedFrom=fulltext&login=true>)
- Caliendo, L., Parro, F. (2015), “Estimates of the Trade and Welfare Effects of NAFTA,” *The Review of Economic Studies*, Vol. 82, No. 1, January 2015, 1–44.
- Clayton, Ch., Maggiori, M., Schreger, J. (2025), Putting Economics Back Into Geoeconomics, NBER Macroeconomics Annual 2025, Vol. 40, May 2025 (<https://www.nber.org/system/files/chapters/c15136/c15136.pdf>).
- Costabile, L. (2007), “Current Global Imbalances and the Keynes Plan”, PERI Working Papers, WP156, 2007.
- Cottier, Th. (2025), Die neue Zollpolitik der EUS aus WTO-rechtlicher Sicht: Beurteilung und Vorgehen, World Trade Institute, Universität Bern, WTI Working Paper no. 3/2025.
- Dekle, R., Eaton, J., Kortum, S.S. (2008), "Global Rebalancing with Gravity: Measuring the Burden of Adjustment", *IMF Staff Papers*, 55 (3), 511-540.

- Draghi, M. (2024), The future of European competitiveness. Part A: A comprehensive strategy for Europe, Brussels, September 2024.
- Draghi, M. (2025), „Europa ist schlecht gerüstet für eine Zeit der Handelskriege“, DIE ZEIT, Nr. 37. 28. August 2025, S. 21.
- Eaton, J., Kortum, S. (2002), „Technology, Geography, and Trade,” *Econometrica*, Vol. 70, No. 5, September 2002, 1741–1779.
- ECB (2025), The international role of the Euro, Frankfurt, June 2025.
- Evenett, S.J. (2025), The August 2025 US-EU Trade Framework: The Epitome of a Binding-Free Trade Understanding”, *Global Trade Alert*, Zeitgeist Series, Briefing #72, 22. August 2025 (https://ricardo-dashboard.s3.eu-west-1.amazonaws.com/reports/1755846905390_ZG%2072.pdf).
- Felbermayr, G. (2022), Die Zukunft des Welthandels – das Ende der Globalisierung?, ifo Institut Munich Economic Debate, 7. November 2022.
- Felbermayr, G. (2025), „Geoökonomik: Krieg mit anderen Mitteln“, *WIFO-Monatsberichte* 2/2023, 111-122.
- Felbermayr, G., Jung, B., Larch, M. (2013), „Optimal tariffs, retaliation, and the welfare loss from tariff wars in the Melitz model”, *Journal of International Economics*, Vol. 89, Issue 1, January 2013, 13-25.
- Ferry, J. (2023), „What are the best tariffs for the U.S.? Economists say: from 14% to 60%”, November 10, 2023: <https://prosperousamerica.org/what-are-the-best-tariffs-for-the-u-s-economists-say-from-14-to-60/#:~:text=Other%20economists%20have%20confirmed%20the,of%20the%20GTAP%20trade%20model>.
- Fischer, Peter, A. (2025), „Voreiliger Abgesang auf die WTO“, *Neue Zürcher Zeitung*, Dienstag, 9. September 2025, S. 19.
- Gonciarz, T., Verbeet, Th. (2025), “Significance of Most-Favoured-Nation Terms in Global Trade: A Comprehensive Analysis”, *World Trade Organization, Staff Working Paper: Research ERSD-2025-02*, 15 January, 2025.
- Gréus, Ch., Heil, Ph., Potrafke, N., Schmid, R., Tähtinen, T. (2025), „The Economic Consequences of Tariffs and Trade Policy Uncertainty”, *CESifo, ECONPOL Policy Brief* 79, Vol. 9, November 11, 2025.
- Gros, D., Herrero, A.G. (2026), “The EU’s Price Undertakings for Chinese EVs Can Bring more Risks than Solutions”, *Institute for European Policymaking, Bocconi University*, 20.01.2026 (<https://iep.unibocconi.eu/eus-price-undertakings-chinese-evs-can-bring-more-risks-solutions>)
- Head, K., Mayer, Th. (2025), “No, the EU does not impose a 45% tariff on itself”, *VoxEU Column, Centre for Economic Policy Research*, 13 November 2025 (<https://cepr.org/voxeu/columns/no-eu-does-not-impose-45-tariff-itself#:~:text=A%20recent%20paper%20which%20has,used%20and%20specific%20estimation%20choices>)
- Hinz, J., Mahlkow, H., Wanner, J. (2025), The KITE Model Suite: A Quantitative Framework for International Trade Analysis”, *ifW Kiel*, March 2025 (https://trade.ifw-kiel.de/KTTM/KITE_whitepaper.pdf).
- Hinz, J., Lohmann, A., Mahlkow, J., Vorwig, A. (2026), America’s Own Goal: Who Pays the Tariffs?, *Kiel Institute for the World Economy (ifW), Kiel Policy Brief*, Nr. 201, January 2026.
- Hufbauer, G.C., Zhang, Y. (2025A), „Trump’s tariff revenue tracker: How much is the US collecting? Which imports are hit?”, *PIIE*, September 8, 2025: <https://www.piie.com/research/piie-charts/2025/trumps-tariff-revenue-tracker-how-much-us-collecting-which-imports-are>

- Hufbauer, G.C., Zhang, Y. (2025B), „How much did US imports of different products change after Trump's tariffs?“, PIIE, November 18, 2025: <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/2025/how-much-did-us-imports-different-products-change-after-trumps>
- Ignatenko, A., Lashkaripour, A., Macedoni, L., Simonovksa, I. (2025), „Making America Great Again? The Economic Impacts of Liberation Day Tariffs“, NBER Working Paper 33771, May 2025.
- IMF (2024), Regional Economic Outlook: Europe. A Recovery short of Europe's Full Potential, Paris, October 2024.
- IMF (2025A), External Sector Report: Global Imbalances in a Shifting World, Washington DC, 2025.
- IMF (2025B), World Economic Outlook: A Critical Juncture amid Policy Shifts, Washington DC, April 2025.
- IMF (2026), World Economic Outlook: In the Shadow of War, Washington DC, April 2026.
- Irwin, D., Soderbery, A. (2021), „Optimal Tariffs and Trade Policy Formation: U.S. Evidence from the Smoot-Hawley Era“, Princeton University, October 28, 2021.
- Johnson, H.G. (1953-1954), „Optimum Tariffs and Retaliation“, The Review of Economic Studies, Vol. 21, No. 2., 1953-1954, 142-153.
- Kalemli-Özcan, S., Soylu, C., Yildirim, M. (2025), Global networks, monetary policy and trade, National Bureau of Economic Research, Working Papers, No. 33686, April 2025.
- Kamin, K., Mahlkow, H. (2025), „Optimalzölle als EU-Strategie? Wie die EU (nicht) auf die US-Zölle reagieren sollte“, ifo-Schnelldienst („Welthandel am Abgrund? Trump, Zölle und die Zukunft der Globalisierung“) 6/2025, 78. Jahrgang, 25. Juni 2025, 12-15.
- Kohlscheen, E., Rungcharoenkitkul, P., Xia, D., Zampolli, F. (2025), „Macroeconomic impact of tariffs and policy uncertainty“, BIS Bulletin, No 110, 12 August 2025.
- Lagarde, C. (2025), „From resilience to strength: unleashed Europe's domestic market“, Speech at the 35th Frankfurt European Banking Congress, Frankfurt am Main, 21 November 2025 (<https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2025/html/ecb.sp251121~bd4c7eacd0.en.html>)
- Lawrence, R.Z. (2025), 25-6 “Reciprocal” Tariffs: What Are They Really For?, PIIW Policy Brief, August 2025.
- Letta, E. (2024), Much more than a market: Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens, Brussels, April 2024.
- Mahlkow, H., Chowdhry, S., Hinz, J. (2025), „Diversifizieren, nicht reagieren: Europas neuer Weg in die Handelspolitik“, WIFO Research Briefs 5, April 2025.
- McKibbin, W., Hogan, M., Noland, M. (2024), The international economic implications of a second Trump presidency, Peterson Institute for International Economics (PIIE), Working Papers, No. 24-20, September 2024.
- McKibbin, W., Shuetrim, G. (2025), The US Revenue Implications of President Trump's 2025 Tariffs, PIIE: Peterson Institute for International Economics, PIIE Briefing 25-2, April 2025.
- Müller, A. (2025), „Trump kann Zölle auch auf anderem Weg einführen“, Neue Zürcher Zeitung, 1. September 2025, S. 16.
- Oberhofer, H. (2026), One Year of America First 2.0: Assessing the Effects of Trump's Trade Policies, FIW Policy Brief, No. 72, January 2026.
- OECD (2025), Inventory of Export Restrictions on Industrial Raw Materials 2025. Monitoring the Use of Export Restrictions Amid Growing Market and Policy Tensions, Paris 12 May 2025. (https://www.oecd.org/en/publications/oecd-inventory-of-export-restrictions-on-industrial-raw-materials-2025_facc714b-en.html)
- Ostry, D., Lloyd, S., Corsetti, G. (2025), Trading blows: The exchange-rate response to tariffs and retaliation, Bank of England, Staff Working Paper No. 1,139, August 2025.

- Ossa, R. (2014), „Trade Wars and Trade Talks with Data”, The American Economic Review, Vol. 104, No. 12, December 2014, 4104-4146.
- Pariès, M.D., Eyquem, A., Jouvanceau, V. (2026), The third-country effects of trade wars, ECB Working Paper Series, No 3213, 1. April 2026.
- Ramskogler, P. (2025), “Trump vs. the economy: Scheitert Trumponomics an der makroökonomischen Realität?“, OeNB, 2. Juli 2025 (<https://www.oenb.at/Presse/oenb-blog/2025/2025-07-03-trump-vs-the-economy.html>)
- Rodríguez-Clare, A., Ulate, M., Vasquez, J. (2025), The 2025 trade war: dynamic impacts across US states and the global economy, National Bureau of Economic Research, Working Papers, No. 33792, May 2025.
- Schieritz, M. (2025), „Trumps Willkürherrschaft der Zölle“, 21.08.2025 (<https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/569581/trumps-willkuerherrschaft-der-zoelle/>)
- Triffin, R. (1960): Gold and the dollar crisis: the future of convertibility, New Haven, CT: Yale University Press.
- USTR (2026): 2026 Trade Policy Agenda and 2025 Annual Report of the President of the United States on the Trade Agreements Program, United States Trade Representative, Washington, February 2026.
- Van der Mensbrugghe, D. (2018), “The Standard GTAP Model in GAMS, Version 7”, Version 7, Journal of Global Economic Analysis, Vol. 3, No1, 2018. 1-83.
- Walt, St. M. (2026), “The Predatory Hegemon: How Trump Wields American Power”, Foreign Affairs, March/April 2026, published on February 3, 2026. (<https://www.foreignaffairs.com/united-states/predatory-hegemon-walt>)
- WTO (2025A), Tariff Profiles 2025, Geneva, 2025
- WTO (2025B), Global Trade Outlook and Statistics, Genf, Update, October 2025
- Yuan, W.J.(„Jean“), Burfisher, M.E. (2021), Alternative Macroeconomic Closures in Baseline Projections – Implications for Macro Outcomes and Sectoral Structure, U.S. International Trade Commission, Washington, DC, Economics Working Paper 2021-06-A, June 2021.
- York, E., Durante, A. (2025), Trump Tariffs: Tracking the Economic Impact of the Trump Trade War, September 12, 2025 (<https://taxfoundation.org/research/all/federal/trump-tariffs-trade-war/>).

7. Anhänge

Anhang I: 33x33 CGE-Modelle

33 Länder, 33 Sektoren (Güter), 5 Produktionsfaktoren (RunGTAP, CGEBox); KITE als Ricardo-Modell hat nur 1 Produktionsfaktor (Arbeit).

33 Länder

EU23, Austria, Finland, Sweden, Germany, Switzerland, Norway, Rest-EFTA, UK, Turkey, Ukraine, Russia, Belarus, Rest-Europe, USA, Canada, Mexico, Brazil, Mercosur (excl Brazil), Latin America, China, Japan, South Korea, India, Taiwan, Vietnam, Asia (Rest), Australia and New Zealand, OPEC, MENA, South Africa, Africa (Rest), ROW.

33 Sektoren

Grains and Crops, Livestock and Meat Products, Coal mining, Gas manufacture distribution, Natural gas extraction, Crude Oil, Minerals nec, Fishing, Forestry, Processed Food, Electricity, Refined oil products, Textile and Clothing, Chemical products, Energy-intensive industries, Iron and steel, Paper products publishing, Electrical equipment, Computer electronic, Machinery and equipment, Motor vehicles and parts, Metal products, Aluminum

inclusive Copper, Cement, Other Industries, Business services, Financial services, Insurance, Housing, Utilities and Construction, Transport, Public services, Other services.

Anhang II: Simulationsannahmen – US-Zölle (Executive Order vom 31. Juli 2025; in Kraft ab 7. August 2025 (Alle Zölle sind fixe, neue Zölle, keine Zusatzzölle):

A) *Allgemeine „reziproke“ Zölle* auf alle Nicht-Dienstleistungswaren (ohne Stahl, Aluminium, Kupfer, Autos) – unterschiedlich je nach Land:

Brazil 50% (10% reziproke Zölle+40% politischer Zoll – seit 20.11.2025 Zusatzzoll von 40% wieder zurückgenommen; in Simulation 50% verwendet), Canada 35% (Effektiv-Zoll von 10% verwendet), Mexico 25% (Effektiv-Zoll von 5% verwendet), China 30% (34% reziproke Zölle ausgesetzt bis 10.11.2026; derzeit gilt 10% Basiszoll+10% Fentanylzölle), EU27 15%, UK 10%, Switzerland 15% (nach zuvor 39%), Norway 15%, Turkey 15%, South Africa 30%, India 50% (25% reziproke Zölle + 25% wegen Ölimporten aus Russland), Taiwan 20% (nach USA-Taiwan-Abkommen vom 13.1.2026 15%), Vietnam 20%, Japan 15%, South Korea 15%, Afrika 15%, Asia 19%, Australia and New Zealand (OCEANIA) 15%, Latin America 15%, Mercosur 15%. Die im USA-EU angebotene volle Liberalisierung der EU-Importe aus den USA wird durch Beseitigung des Durchschnittszolls von 5% berücksichtigt.

B) *Industriespezielle (Section 232) Zölle* auf 3 Sektoren: für Importe aus allen Ländern Iron and Steel 50% und Aluminium und Kupfer 50% (Ausnahme UK, jeweils nur 25%), Autos und Autoteile 25% - auf Importe von allen Ländern (Ausnahmen: aus UK 10%, aus Japan, der EU und Schweiz 15%). Für Kanada gelten 27,5% Zölle auf Autoexporte in die USA nur für Nicht-USMCA gefertigte Fahrzeuge. Dieser Anteil macht 20% aus, daher ist der Effektiv-Zoll 5,5%. In Mexiko gilt dieselbe Regelung (Nicht-USMCA Fahrzeuge machen 40% aus; bei einem Zollsatz von 27,5% ist der Effekt-Zoll daher 11%).